Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 35 – 1. September 2007 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Aus dem Historienspiel wurde beinahe tödlicher Ernst: Eigentlich sollte es wieder eine bis ins Detail durchorganisierte Inszenierung der historischen Schlacht von Großbeeren werden, in der es den Truppen unter General von Bülow gelang, die napoleonischen Truppen zu besiegen und eine erneute Besetzung Berlins zu verhindern. Doch ein aus Versehen abgefeuerter Ladestab eines Vorderladegewehres durchbohrte den Bauch eines Soldatendarstellers.

Foto: pa

KLAUS D. VOSS:

Weltfremd

Das härteste Urteil, das einen Politiker treffen kann, heißt „weltfremd“. Gemeint ist Ursula von der Leyen.

Es ist schon eine seltsame Sicht auf unser Land, wenn das Leyen-Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die neuen Bundesländer dermaßen abkanzelt: „Weitgehend unentwickelte zivilgesellschaftliche Traditionen setzen der Entfaltung bürgerschaftlichen Engagements deutliche Grenzen.“

Gemünzt ist das natürlich auf Vorfälle wie in Mügeln, das über Nacht als Hort rechtsradikaler Schläger abgestempelt worden ist. Die Stadt Mügeln muß um ihren guten Ruf kämpfen.

Mit ihr kämpfen die Menschen in den „weitgehend unentwickelten“ neuen Bundesländern dagegen, auf einen Dritte-Welt-Status abgewertet zu werden.

Weitgehend unentwickelt ist etwas ganz anderes – die Fähigkeit der Ministerin, politische Lagen richtig einzuschätzen. Das Land leidet unter linksradikalen Gruppen genauso wie unter Rechtsextremisten – oder sind die schweren Krawalle von Rostock beim G8-Gipfel schon verdrängt? Und die Bürger sind vor allem die extreme Gewaltbereitschaft junger Menschen leid, die sich durch nichts mehr gezügelt fühlen. Das wäre die vorrangige Aufgabe für eine Jugendministerin, die ihre Arbeit an der richtigen Stelle anpackt.

Zu den Tugenden in einer gereiften Zivilgesellschaft gehört es übrigens auch, erst einmal die Polizei ermitteln zu lassen, was Festzeltschlägerei und was ein ausländerfeindlicher Übergriff ist; das erspart Fehlurteile.

Es bleibt von der Leyen unbenommen, bei der nächsten Gasthaus-Prügelei in Sachsen die Streithähne höchst persönlich zu trennen – mit ihrem ganzen gesellschaftlichen Engagement.

Die Augen zu und durch

Große Koalition in der zweiten Halbzeit ohne jeden Reformeifer

Von KLAUS D. VOSS

Aufgelaufen zur zweiten Halbzeit – jetzt wird auf Sieg gespielt. Das gilt jedenfalls im Sport. Für die Große Koalition in Berlin hieße das, endlich die drängenden Reformaufgaben anzupacken, die Deutschland und die deutsche Wirtschaft wieder auf die Siegerstraße bringen könnten. Nichts davon wird geschehen, und die Kabinenpause auf Schloß Meseberg war alles andere als ein Aufbruch zu neuen Taten.

Die zentralen Themen unseres Landes blieben an den Rand gesetzt:

• eine Wirtschaftspolitik, die bei allen Bürgern ankommt, jedenfalls verhindern könnte, daß große Teile der Bevölkerung in Existenznot geraten. Die Zahl derer, die neben ihrem Arbeitseinkommen auf Staatshilfe angewiesen sind, wächst dramatisch.

• eine Bildungspolitik, die nicht nur dem Niedergang schulischer Leistung wegen des Disziplinverfalls begegnet. Letztlich ist auch der beklagte Mangel an „geeigneten Fachkräften“ eine Folge der zunehmend miserablen Ausbildungsergebnisse in den Lehreinrichtungen.

• eine Finanzpolitik, die nach den stärksten Steuererhöhungen aller Zeiten endlich ein Konzept zur Sanierung der Staatsfinanzen aufstellt.

Verlegt hat die Regierung ihr Themenschwergewicht aber in die „Schönwetter-Zonen“ – aus ganz naheliegenden Gründen. Sie muß den Anschein bestehen lassen, es gebe in Berlin eine handlungsfähige und handlungswillige Koalition. Tatsächlich wird bereits der Wahlkampf ausgeflaggt – in nur noch vier Monaten, im Januar beginnt das Super-Landtagswahljahr 2008 mit den Entscheidungen in Hamburg, Hessen, Niedersachsen und später dann in Bayern. Gemeinsam getragene Reformen mit tiefen Einschnitten haben da keine Chance mehr.

Statt dessen konnten die Kabinettsmitglieder ins Unverbindliche ausweichen. Kein Tagesordnungspunkt wurde auf Schloß Meseberg so ausführlich behandelt wie das Kavaliersthema „Klimawandel“ – und die Subventionsgeschäfte, die damit gemacht werden können.

Von der neuen sozialen Herausforderung, die Deutschland umtreibt, hatten sich die Koalitionäre nicht bedrängt gefühlt. Beruhigt durch geschönte Zahlen vom Arbeitsmarkt – nur noch 3,8 Millionen registrierte Arbeitslose – wird übersehen, daß mittlerweile fast 7,4 Millionen Menschen vom Hartz-IV-Bezug leben müssen; jeden Monat steigt die Zahl der ALG-II-Empfänger um 100 000 bis 150 000 Menschen an. Besonders dramatisch ist die Lage bei Arbeitnehmern, die sich auf Billiglöhne einlassen müssen. Bei steigenden Preisen müssen aktuell 900 000 Deutsche ihr Einkommen mit Hartz-IV-Zuschüssen aufstocken, vor Jahresfrist waren es noch 480 000.

Lediglich schon relativ Gutverdienenden will Bundesfamilienministerin von der Leyen mit einem vereinfachten Kinderzuschlag über die Runden helfen – aber schon ist in der Koalition heftig umstritten, wer über das 570 Millionen Euro teure Wahlgeschenk bestimmen darf – Arbeitsminister Müntefering (SPD) oder von der Leyen (CDU). (Siehe auch die Beiträge auf Seite 5.)

Im Abseits

EU-Beitritt der Türkei nicht mehr realistisch

Jetzt ist der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union noch unwahrscheinlicher geworden: Die Wahl des bisherigen Außenministers Abdullah Gül zum Staatspräsidenten setzt ein für den Westen nicht akzeptables Signal in Richtung Islamisierung des Landes. Gül, der im dritten Wahlgang mit einfacher Mehrheit in das Amt des Staatsoberhauptes kam, macht aus seiner religiösen Ausrichtung kein Hehl. Gül ist der erste Islamist in der Nachfolge des Gründers der modernen Türkei, Mustafa Kemal Atatürk. Seine Frau hält Gül dazu an, streng nach den islamischen Regeln zu leben; sie ist damit das falsche Vorbild in einer Gesellschaft, die sich nach demokratischen Grundsätzen ausrichten müßte, um den Grundanforderungen der Europäischen Union zu entsprechen.

Zugleich hat das türkische Militär seine Opposition gegen Gül und die religiös-konservative Regierung unter Tayyip Erdogan verstärkt. Generalstabschef Yasar Büyükanit warnte jetzt eindringlich, die Streitkräfte seien entschlossen, die Trennung von Staat und Religion zu verteidigen.

Zwar wollen die Streitkräfte Separatismus und „Zentren des Bösen“ nicht dulden und berufen sich dabei auf das Erbe Atatürks. Allerdings ist dies zugleich der zweite wichtige Punkt, den die Europäische Union nicht dulden kann: In keinem Staat der Gemeinschaft darf sich die Militärführung über die demokratisch gewählten Gremien stellen. *vs*

Warschau will den Spieß umdrehen

Rückgabe polnischer Kulturgüter gefordert – Offen bleibt, um was es gehen könnte

Von KLAUS APFELBAUM

Der Streit mit Warschau um die Rückführung deutscher Kulturgüter hat eine neue Dimension erreicht: Jetzt verlangt die polnische Außenministerin Anna Fotyga zuerst „die Rückgabe polnischer Kunstgegenstände, die in deutschen Museen lagern“. Gegenüber der Zeitung „Gazeta Wyborcza“ blieb sie die Antwort schuldig, um welche Kulturgüter es sich handeln könnte; sie habe das Kultusministerium angewiesen, eine Liste aufzustellen. Allerdings war sie sich in einem Punkt sicher: Die in Deutschland lagernden Kunstschätze polnischer Herkunft sollen rund 15 Milliarden Euro wert sein.

Deutlich ist, daß Warschau mit diesem Vorstoß Forderungen aus Deutschland abwehren will, im Zweiten Weltkrieg ausgelagerte deutsche Kulturgüter zurückzuführen. Nach dem Völkerrecht ist Polen zur Rückgabe verpflichtet, und unter dem Dach der EU wäre auch eine juristische Auseinandersetzung um die Kunstschätze nicht ohne Erfolgsaussichten.

Zu den Kulturgütern gehören Handschriften Goethes, Mozarts und das Original-Manuskript Hoffmann von Fallerslebens mit dem Text der deutschen Nationalhymne. Der deutsche Sonderbotschafter Tono Eitel, der mit Warschau über die Rückgabe verhandelt, hatte diese Kunstschätze die „letzten Gefangenen des Zweiten Weltkriegs“ genannt.

Die Pflicht zur Rückführung will Warschau unterlaufen – das hat Methode. Nicht übersehen werden darf nämlich, daß die Außenministerin Fotyga einer untergehenden Regierung angehört – das Kabinett von Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski kann ohne parlamentarische Mehrheit kaum noch etwas ausrichten. Es wird in Warschau erwartet, daß das polnische Parlament Ende kommender Woche endgültig den Weg für Neuwahlen freimachen wird. Nur die Linksparteien können die Auflösung des Sejm noch verzögern.

Inzwischen prägt ein verwirrendes Geflecht von gegenseitigen Anschuldigungen die Tagespolitik in Warschau – vor allem die ehemaligen Koalitionspartner aus der Kaczynski-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), der „Samoobrona“ und der „Liga polnischer Familien“ überhäufen sich mit Vorwürfen von Machtmißbrauch, Bespitzelung und Sex-Affären.

Profitiert hat vom Koalitions-Desaster bisher die liberale Bürgerplattform unter Donald Tusk, sie liegt bei den Umfragen mit 31 Prozent vorn. Allerdings hat die PiS in den letzten Tagen wieder Boden gutmachen und auf 28 Prozent Wählerzustimmung aufschließen können. Die PiS läßt keine Gelegenheit aus, mit antideutschen Affekten Stimmung für sich zu machen. Auch Anna Fotyga schürt das Feuer: In einem Interview mit der „International Herald Tribune“, das in Polen stark beachtet wurde, nannte sie Deutschland den „ewigen Feind Polens“.

MELDUNGEN

Evangelische Schulen im Trend

Eisenach – Evangelische Schulen werden immer beliebter. Im neuen Schuljahr steigt die Gesamtschülerzahl an evangelischen Bildungseinrichtungen in Thüringen um neun Prozent, teilte das Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen mit. Damit werden insgesamt 2484 Schüler im Schuljahr 2007 / 2008 die zwölf evangelischen Schulen in Thüringen besuchen; 2006/2007 waren es 2283. An den Schulen arbeiten rund 230 Lehrkräfte und 38 Erzieherinnen und Erzieher. Trotz des Ausbaus mehrerer Schulen habe man mindestens 100 Schülern, die sich angemeldet hatten, keinen Platz anbieten können. *idea*

Kirchgänger gar nicht so selten

München – Die Situation der evangelischen Kirche in Deutschland ist stabiler, als es die Öffentlichkeit wahrnimmt. In den vergangenen 30 Jahren ist die Zahl der Protestanten, die sich laut Umfragen ihrer Kirche eng oder zumindest ziemlich verbunden wissen, konstant bei rund 37 Prozent geblieben. Die Zahl der Kirchenaustritte nimmt nicht zu, dafür aber die der Eintritte. Darauf weist der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Johannes Friedrich, hin. Laut Friedrich gehen jeden Sonntag fünf bis sieben Prozent der evangelischen Kirchenmitglieder zum Gottesdienst. Bundesweit sei die Zahl der Gottesdienstbesucher höher als die aller Fußballfans in allen Stadien zusammen. Es sei daher „interessant, einmal zu vergleichen, wie viele Seiten die Zeitungen der Berichterstattung über den Fußball widmen und wie viele Seiten der Berichterstattung über die Gottesdienste“. *idea*

Kontakt: 040/414008-0
Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Die Schulden-Uhr:

Millionen für 37 Kilometer

Nicht um jeden Preis, so die Aussage von Verkehrsminister Tiefensee beim Streit um die Finanzierung der Transrapid-Strecke von der Münchner Innenstadt bis zum Flughafen. Der Transrapid soll Fluggäste innerhalb von zehn Minuten die 37 Kilometer Distanz überwinden lassen. Das Land Bayern will 460 Millionen Euro zahlen, der Bund soll den Rest dazugeben. Dieser will jedoch nicht mehr als 550 Millionen Euro bereitstellen. Da die Gesamtkosten auf 1,85 Milliarden Euro veranschlagt werden, steht die Realisierung in Frage.

1.491.751.493.896 €

(eine Billion vierhunderteinundneunzig Milliarden siebenhunderteinundfünfzig Millionen vierhundertdreiundneunzigtausend und achthundertsechsundneunzig)

Vorwoche: 1.491.425.244.197 €
Verschuldung pro Kopf: 18.110 €
Vorwoche: 18.106 €

(Dienstag, 28. August 2007, 12 Uhr. www.steuerzahler.de)

Das Mißtrauen wächst

Beim Fall Mügeln gibt es mehrere offene Fragen, doch die Medien enttäuschen

Von Hans Heckel

Die Bewohner von Mügeln sind von den Medien in zwei Kategorien unterteilt worden: Die „Beschöniger“ und „Verschweiger“ hier sowie die – wenigen – „Einsichtigen“ dort. Um zu den „Einsichtigen“ gezählt zu werden, reicht es, den Nachbarn vorzuwerfen, sie „beschönigen“ und „verschweigen“ die schlimme Wahrheit.

Wie schon viele Orte vor ihr durchlebt die sächsische Kleinstadt einen medialen Furor der Entrüstung. Die Dramaturgie solcher Entrüstungen verläuft nach einem festen Schema: Zunächst kommt es zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Ausländern. Dann wird ein ausländerfeindlicher Hintergrund unterstellt und damit im Grunde genommen für gesichert erklärt. Nun steht der ganze Ort am Pranger, weil er, wenn schon nicht „mitgemacht“, so doch „weggesehen“ habe, was als kollektives Einverständnis der Bürger mit Rassisten gedeutet wird.

Es gab Jahre, da sprangen Zigtausende Deutsche auf solche Kampagnen auf. So in Magdeburg, wo sich eine junge Rollstuhlfahrerin mühsam ein Hakenkreuz selbst in die Wange ritzte, um zu behaupten, dies hätten „Nazis“ ihr angetan. Über 10 000 Demonstranten schoben sich daraufhin zur Mahndemo durch die Stadt. Kurze Zeit später kam die Wahrheit ans Licht, daß die Öffentlichkeit dem Schwindel einer um Aufmerksamkeit ringenden Lügnerin aufgesessen war.

Ihren Höhepunkt erlebte die Aufwallung „gegen rechts“ im Jahr 2000 beim staatlich ausgerufenen „Aufstand der Anständigen“. Ende November erbebte das Land unter dem Vorwurf, in der Stadt Sebnitz nahe Dresden hätten „Nazis“ einen kleinen Jungen ertränkt, im Freibad, unter den Augen Hunderter gaffender Besucher. Das sei schon drei Jahre zuvor geschehen und würde seitdem „verschwiegen“. Plötzlich tauchten sogar sehr detaillierte Zeugenaussagen auf, die bis zur Kleidung und Anzahl der Täter den kompletten Ablauf der



Die Presse stürzte sich auf die Geschichte: Der verletzte Inder Kulvir Singh im Interview Foto: ddp

angeblichen Schandtat genau beschrieben. Doch: Es waren alles Spinnereien, wie sich schon wenige Tage später erweisen sollte. Die Sebnitz-Affäre entpuppte sich als bizarres Lügengebäude. Der Junge war krank und auf tragische Weise ertrunken. Die Mutter kam damit offenbar nicht zurecht und steigerte sich in die Räuberpistole mit der „Nazi-Attacke“ hinein.

Liegt es an diesen Erfahrungen, daß die meisten Deutschen heute eher skeptisch als empört auf die angebliche „Nazi-Schande“ von Mügeln reagieren?

Was auf dem Volksfest in der 5000-Seelen-Gemeinde vorgefallen ist, wurde mittlerweile recht genau rekonstruiert: Bis weit nach Mitternacht feierten zahlreiche Einwohner, unter ihnen acht Inder, auf dem Altstadtfest. Dann kam es zu einer Schubserei zwischen einem der Inder und einem Deutschen, die in ein Handgemenge mündete. Dabei schlugen die Inder mit aufgeschlagenen Flaschen herum, verletzten damit einen Deutschen in der Leistengegend und am Gesäß. Die Lage eskalierte, die Inder kamen schwer in Bedrängnis und flohen schließlich in eine rund 30 Meter entfernte Pizzeria, die einem von ihnen gehört. Eine größere Gruppe Deutscher folgte ihnen wutentbrannt und versuchte, gewaltsam in die verrammelte Pizzeria einzudringen, was von Einsatzkräften der Polizei verhindert werden konnte. Bei dem Angriff sollen „Ausländer raus“-Rufe gefallen sein. Die Rufe und die Tatsache, daß die Inder verletzt wurden, reichten, um in den Medien von einer „verabscheuungswürdigen Ausländerhatz“ mit „rassistischem Hintergrund“ zu berichten. Das wirft Fragen auf.

Erste Frage: Wenn unter den Mügelnern zahlreiche eingefleischte und gewaltbereite Rassisten gewesen sind, warum haben die dann zunächst bis in die frühen Morgenstunden friedlich mit den Indern gemeinsam gefeiert? Zweite Frage: Medien schockten die Öffentlichkeit mit dem Hinweis, die Inder seien „durch die Straßen gehetzt“ worden. Kann davon die Rede sein, wenn die Flucht streng genommen nur von einer Straßenseite auf die andere führte? Die dritte Frage – Wer hat angefangen? – dürfte, wie meist bei derlei Schlägereien, nur schwer zu klären sein.

Fest steht, daß die alltägliche Gewaltbereitschaft in Deutschland zugenommen hat, daß wir es immer öfter mit einer Brutalität zu tun haben, die aus früheren Wirtshaus- oder Festzeltschlägereien kaum bekannt ist. Allein: Das ist beileibe kein Sonderproblem der Neuen Länder. Daß vermeintlich harmlose Rangeleien in blutgierige Raserei ausarten, ist ein Zeitphänomen, von dem Menschen aus allen Teilen Deutschlands, Stadt wie Land, arme wie reiche Regionen, berichten können. Und nicht nur in Deutschland: England wird derzeit von grassierenden Bandenkriegen geschockt, bei denen 13jährige ihre elfjährigen Gegner mit gezielten Pistolenschüssen töten.

Interessant an den wiederkehrenden Erregungskampagnen in Deutschland ist nicht allein ihr immergleicher Ablauf, sondern auch ihr identischer Schußakkord: Der lautet stets: „Mehr Geld für ...“ Etwa für Initiativen oder Stiftungen, die von gut bezahlten Mitarbeitern auf Staatskosten unterhalten werden. Die melden auch dieser Tage wieder lautstark Forderungen nach mehr Steuergeldern für ihre Vorhaben an und werden von ihren politischen Schutzpatronen von Rot und Grün heftig darin unterstützt.

Für die gewöhnlichen Deutschen wird es da immer schwieriger zu unterscheiden, ob es sich bei einer angeblich rassistischen Attacke überhaupt um eine solche gehandelt hat. Es drängt sich der Verdacht auf, daß es in Teilen der Medien, der Politik und gewissen staatlich gestützten Organisationen ein waches Interesse daran gibt, jeden irgendwie greifbaren Vorfall als rassistisches Menetekel zu deuten, um seine Forderungen dranhängen zu können. Dies aber schadet nicht bloß der Glaubwürdigkeit solcher Kampagnen und ihrer Urheber. Damit wird auch die Abstumpfung der Öffentlichkeit gefördert, das Gegenteil von jener „Sensibilität“ also, welche den Deutschen laut Aussage der Kampagnenmacher im Umgang mit dem Ausländerthema fehlt.

Ohne politischen Hintergedanken?

Wilhelm-Pieck-Straße in Zechin – Märkisches Dorf ehrt den DDR-Präsidenten

Von Jörg B. Bilke

Die Gemeinde Zechin im Märkischen Oderland, nördlich von Frankfurt / Oder gelegen, ist hierzulande völlig unbekannt. Der 776 Einwohner zählende und vom parteilosen Bürgermeister Roberto Thiele regierte brandenburgische Ort hat keinerlei Sehenswürdigkeiten aufzuweisen bis auf eine: das Wohnhaus, in dem bis 1990 die Gedenkstätte für Wilhelm Pieck eingerichtet war.

In dieser Gedenkstätte, vielmehr in der dort vor mehr als einem Jahrhundert untergebrachten Tischlerei, soll der Tischlergeselle Wilhelm Pieck (1876–1960) aus Guben („Vater Kutscher, Mutter Wäscherin“) als Wanderbursche 1894, wie damals üblich, einige Wochen gearbeitet haben.

Später ging er nach Bremen, wurde dort 1895 SPD-Mitglied. 1918 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der KPD in Berlin. Als „enger Kampfgenosse“ Walter Ulbrichts (1893–1973) und Herbert Wehners (1906–1990) machte er als Stalinist eine steile Parteikarriere in der Exil-KPD in Moskau, kehrte 1945 nach Berlin zurück und war führend beteiligt an der

> Pieck habe versucht, Menschen weiterzubringen

Zwangsvereinigung von SPD und KPD Ostern 1946.

Am 11. Oktober 1949 wurde er zum DDR-Präsidenten gewählt, die Stadt Guben, in deren heute jenseits der Neiße gelegener Altstadt (Gubin) er geboren wurde, durfte sich von 1961 bis 1990 „Wilhelm-Pieck-Stadt“ nennen. Die 1966 von der Tochter Wilhelm Piecks in Zechin eingerichtete Gedenkstätte gibt es seit 17 Jahren nicht mehr.

Am 22. August nun wurde die Hauptstraße in Zechin in „Wilhelm-Pieck-Straße“ umbenannt. Während überall in den neuen Bundesländern nach 1989 zumindest versucht wurde, die Namen von Vertretern der DDR-Diktatur von den Straßenschildern zu entfernen, ist diese Neubenennung ein Schlag ins Gesicht der ehemaligen DDR-Opfer, die jahrelang unterdrückt, verfolgt und eingesperrt wurden. Wenn der Bürgermeister diese Namensgebung so begründet, daß sich der Gemeinderat „keine tiefgründigen politischen Gedanken“ gemacht habe und Wilhelm Pieck immerhin versucht habe, „etwas zu machen, was die Menschen weiterbringt“, so ist diese in holprigem Deutsch vorgetragene Erklärung plattes Geschwätz. Die SED-Kommunisten wollten niemals in der 40jährigen DDR-Geschichte „die Menschen weiterbringen“, sondern beherrschen, unterdrücken, ausbeuten, die Macht sichern bis zur Ermordung Hunderter von Fluchtwilligen, die es in jenem Staat nicht mehr aushielten.

Müssen wir jetzt mit einer Walter-Ulbricht-Straße in Leipzig und einer Erich-Mielke-Straße in Berlin rechnen, der eine Mauerbauer, der andere Doppelmörder von 1931, die beide „die Menschen“ auf ihre Weise „weitergebracht haben“? Die DDR-Nostalgie läßt seltsame Blüten sprießen!

Zu Besuch bei den Preußen Asiens

Von HARALD FOURIER

Es heißt, die Koreaner seien die „Preußen Asiens". Was ist da wohl dran? Ich hatte Gelegenheit, das Land zu besuchen, und war zunächst etwas enttäuscht. Neben dem Gestank im Sommer, wenn nachts der Müll auf den Straßen liegt, sprechen noch ein paar andere Dinge gegen den Preußen-Vergleich: das ewige Verneigen, das Maskenhafte, die bescheidene Körpergröße.

Kleine Menschen. Das merke ich in Gebäuden (wo ich den Kopf einziehen muß) oder bei den Hotel-Badelatschen. Im Speisesaal ist es schlimmer als in der winzigsten Jugendherberge. An einem runden Tisch, an dem in Europa sechs Personen platz nähmen, sitzen hier zehn. Aber Platz ist eben Mangelware in einer Stadt wie Seoul, die flächenmäßig kleiner ist als Berlin, aber elf Millionen beherbergt!

Der wirtschaftliche Erfolg des früheren Agrarlandes ist atemberaubend. Das geht nur mit eiserner Disziplin. Die Koreaner legen auch bei scheinbar zweitrangigen Dingen eine beachtliche Selbstbeherrschung an den Tag. In Seoul überquert niemand große Straßen. Es gibt Unterführungen dafür. Deutsche Fußgänger würden sich nicht daran halten, nicht zuletzt wegen der 100 Treppenstufen. Aber Fahrstühle, Rolltreppen, Problembewußtsein für das Schicksal von Rollstuhlfahrern? Leider Fehlanzeige in der südkoreanischen Metropole.

Und dann das: Während meiner ersten U-Bahnfahrt in einer Sonnabendnacht kommt sofort ein Koreaner auf mich zu, als er meinen Stadtplan und den leicht ratlosen Blick sieht, um mir (auf englisch) Hilfe anzubieten. Phänomenal – dafür haben die Berliner Verkehrsbetriebe 2006 Kurse mit dem Personal durchgeführt, damit es zur Fußball-WM auf freundlich macht. Anschließend ereignet sich auch noch folgende Begegnung: Ich bin mit lauter jungen Koreanern allein in der Bahn. Nach wenigen Stationen kommt ein Junge auf mich zu und fragt (wieder auf englisch), ob ich nicht den gerade freigewordenen Sitzplatz haben will? Ich muß mich zusammenreißen, um nicht laut loszulachen. Mein erster Gedanke: Stell dir vor, du bist als Asiate in der Berliner U-Bahn und so ein 18jähriger Rotzlöffel steht auf, um dir seinen Sitzplatz anzubieten – undenkbar. Jugendliche stehen heutzutage nicht mal mehr für Senioren oder Schwangere auf. Erst recht nicht für mich.

Damit steht für mich fest: Die Koreaner haben sich ihr Prädikat, die Preußens Asiens zu sein, redlich verdient, auch wenn sie ein bißchen klein sind. Selbst die Sache mit den müffelnden Müllbergen sollte sich bald klären. Die Stadtreinigung arbeitet mindestens so fleißig wie bei uns. Morgens früh ist von den nächtlichen Müllbergen am Straßenrand nichts mehr zu sehen.

Antifa im Geldregen

»Mügeln« läßt die öffentlichen Quellen noch üppiger sprudeln



„Was für Projekte finanziert der wohl?": Anetta Kahane mit Talkmaster Johannes B. Kerner 2005 in Hamburg bei der Vorstellung der Aktion „Laut gegen Nazis".

Foto: ddp

Von MARKUS SCHLEUSENER

Anetta Kahane hat jetzt wieder Hochkonjunktur. Das Telefon der Ausländeraktivistin von der Antonio-Amadeu-Stiftung klingelt unentwegt. Sie ist im Fernsehen, im Radio, gibt Interviews. Kahane weiß, es hat sich wieder mal ein Zeitfenster geöffnet, in dem es möglich ist, noch mehr Geld für linksradikale Vereine herauszuschlagen, die sich den „Kampf gegen rechts" auf ihre Fahne geschrieben haben.

Durch „Mügeln" hat die Anti-Rechts-Industrie wieder reichlich Rückenwind erhalten. Das „Fenster" steht gerade sperrangelweit offen. „Wir haben mehr Aufmerksamkeit, die Initiativen kriegen einen Auftrieb, manchmal auch Hilfe von staatlicher Seite", freut sich die Stiftungsvorsitzende Kahane.

„Manchmal" ist untertrieben. Allein in Berlin wurden die Mittel für 2008 nach „Mügeln" um 300 000 Euro aufgestockt. Doch der Kampf um die Verteilung der Beute hat bereits begonnen: „Stellen Sie sich vor, der Bürgermeister von Mügeln bekommt das Geld – mit seiner Weitsicht", sagt Kahane sarkastisch über Gotthard Deuse. Der FDP-Mann ist den linken Verschwörungstheorien über „einen braunen Sumpf" in seiner Stadt entgegengetreten, nicht zuletzt auch durch ein Interview in der „Jungen Freiheit" in dieser Woche. „Was für Projekte finanziert der wohl?" fragt Frau Kahane aufgeregt. Wahrscheinlich keine ihres Vereins, der Antonio-Amadeu-Stiftung.

Für mehrere SPD-Politiker war der Zeitpunkt gekommen, um auf dem angeblich rassistischen Übergriff ein politisches Süppchen zu kochen. Sie forderten das nächste NPD-Verbotsverfahren, obschon sie wissen, daß dies in einer erneuten Blamage enden könnte. Auch Berlins Innensenator Erhart Körting gesellte sich zu seinen Parteigenossen, die gedankenlos den zweiten Verbotsantrag anregen.

Das NPD-Verbot will auch Berlins Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linke). Aber das reicht ihr nicht. Schließlich seien Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im „Alltagsdenken vieler Menschen verankert", hat der Berliner „Tagesspiegel" herausgefunden. Deshalb sei die Bekämpfung des Rechtsextremismus aus Sicht der Senatorin, die von 1981 bis 1989 DKP-Genossin war, eine gesellschaftliche und politische Daueraufgabe.

Und nicht nur der Berliner Senat sieht Handlungsbedarf. Auch Günter Piening, Berlins Ausländerbeauftragter (politisch korrekt neuerdings: Integrationsbeauftragter), mischte sich ein und forderte mehr Geld vom Bund und eine „bessere Strategie". Darunter versteht er unter anderem „massiven polizeilichen Verfolgungsdruck" wie in Köpenick. Zu dieser Strategie gehört auch der sogenannte „Ratschlag für Demokratie", ein neuer Verein, der zum Jahresende gegründet werden soll, und das sogenannte „Beratungsnetzwerk", das bereits am 5. September erstmals zusammentritt. Hier sollen staatliche Stellen und private Initiativen zusammengeführt werden. Bei dieser Einheitsfront gegen rechts werden dann Antifas mit den Kriminalbeamten an einem Tisch sitzen, jubelt die linksalternative Tageszeitung „taz".

Federführend bei diesem Beratungsnetzwerk sollen zwei Projekte mit ellenlangen Namen sein. Das eine heißt „ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus" und wird von dem Verein ARIBA e.V. durchgeführt. Das andere nennt sich „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus" (MBR) und wird vom „Verein für Demokratische Kultur e.V." betreut.

Und das sind nur zwei der unzähligen Vereine, Netzwerke und Projekte, die jedes Jahr Geld für – ja, wofür eigentlich? – erhalten. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus zum Beispiel entwickelt in ihren eigenen Worten „realistische und nachhaltige Handlungsstrategien, um rechtsextreme, rassistische und antisemitische Vorfälle aufzuarbeiten und in Zukunft zu verhindern".

Was genau sollen das für Strategien sein? Wer dies konkret auf der Internetseite www.mbr-berlin.de erfahren will, der klickt auf „Angebot und Zielgruppe" – und landet auf einer leeren Seite.

So ist es auch bei den unzähligen anderen Vereinen und Projekten. Außer, daß man sich zu Gesprächen mit Gleichgesinnten trifft und hin und wieder mal vor einer NPD-Geschäftsstelle demonstriert, gibt es nichts, was diese Vereine an Positivem leisten. Außer, daß sie ihren hauptamtlich Beschäftigten ein sicheres Einkommen sichern. Der Großteil der Anti-rechts-Industrie geht zurück auf das Jahr 2000, als Kanzler Schröder den „Aufstand der Anständigen" ausrief. Die seitdem bewilligten Mittel belaufen sich schätzungsweise auf 200 Millionen Euro. Mindestens.

Unter Rot-Grün waren die Zuwendungen noch befristet. Es sah zunächst so aus, als würde eine unionsgeführte Regierung diese Programme auslaufen lassen. Nicht zuletzt deswegen, weil sich die Aktivitäten der meist linksradikalen Vereine ja auch gegen CDU-Politiker richten.

Die Kürzungen blieben jedoch aus. Im Gegenteil. Im „Spiegel" dieser Woche stellte die zuständige Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU) fest: „Wir haben die Finanzierung der Programme, die von der Vorgängerregierung noch befristet waren, auf Dauer gesichert. Und wir geben für den Kampf gegen Rechtsextremismus deutlich mehr aus als in den vergangenen Jahren." Anetta Kahane kann zufrieden sein.

(siehe auch Seite VI: „Zur Person")

Eine Metropole verheilt

Stadthäuser statt Wohnsilos: Im Herzen Berlins werden Maßstäbe für zeitgemäße Stadtplanung gesetzt

Von PETER WESTPHAL

Der Prenzlauer Berg ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie sich ein Stadtbezirk zu wandeln vermag. In der späten DDR von den staatlichen Behörden noch zum Abriß vorgesehen, zählt er heute – neben Berlin-Mitte – zu den attraktivsten Wohngegenden im innerstädtischen Bereich der deutschen Hauptstadt. Zudem gilt das unmittelbare Umfeld von Marienburger Straße, Kollwitz- und Helmholtzplatz seit einigen Jahren als kleinkinderreichstes Wohnviertel von ganz Deutschland.

Daß dies einmal so werden würde, war in der Nachkriegszeit nicht absehbar gewesen. Damals regierte in Ost wie West ein den Idealen des modernistischen Architekten Le Corbusier verhaftetes Denken, welches einschneidende und kaum zu reparierende Spuren hinterließ. In der hochideologischen Anmaßung, dem „neuen Menschen" eine eigene Architektursprache zuzuweisen, wurden 1950/51 Entscheidungen getroffen, die das Stadtbild Berlins bis heute schwer verunstalten.

Im ersten Bebauungsplan nach Kriegsende war gar für ganz Berlin ein großflächiger Abriß vorgesehen, demzufolge die Stadt in Raster aufgeteilt werden sollte. Wo früher Tür an Tür gewohnt, gearbeitet oder sich amüsiert wurde, sollten nun reine Wohnquartiere und monotone Bürowüsten entstehen. Serienweise entstanden Hochhäuser, jeweils umgeben von Grünflächen. Gewerbeeinheiten und andere Einrichtungen wurden in Extra-Gebäude verbannt, oftmals über die Auslagerung in sogenannte „Dienstleistungswürfel".

Bis Mitte der 70er Jahre galt die Maxime, alte und gewachsene Strukturen möglichst großflächig abzureißen – zugunsten einer geschichtspolitisch aufgeladenen Neubebauung, die den Abschied von jeder Tradition in Beton gießen sollte. In der Folge verödeten die Innenstadtbereiche, der Einzelhandel brach ein. Die verbliebenen Altbauten der Gründerzeit in den Bezirken wie Prenzlauer Berg, Schöneberg und Kreuzberg verfielen der Vernachlässigung.

Eine Rückbesinnung setzte in den 80er Jahren ein. Auch in Deutschland erkannte man bald, daß das Konzept der europäischen Altstadt die attraktivste Form von Wohn- und Lebensraum verkörpert. Dieses ist durch vier Faktoren gekennzeichnet: Funktionsmischung, städtebauliche Dichte, lokale Einzigartigkeit und Verbindung zur Geschichte.

Wegweisend für die Rückbesinnung Deutschlands war dabei Berlin mit seinem Modell der „sozialen Stadterneuerung". Dieses beinhaltete erstens die behutsame Sanierung der Altbaubestände, sodann die Wiederherstellung der Funktionsmischung und schließlich die Schaffung eines lebenswerten Sozialgefüges. Wenig später fiel die Mauer. In dieser historischen Sternstunde wurde mit Hans Stimmann ein Mann Senatsbaudirektor, der in der Folge zum einflußreichsten Baupolitiker Deutschlands seit Kriegsende aufsteigen sollte.

Bauhaus-Nostalgikern, die Berlin zu ihrer Spielwiese machen wollten, erteilte Stimmann eine glatte Absage. Mit seinem „Planwerk Innenstadt" verfolgte der Senatsbaudirektor die vorsichtige Rekonstruierung des Vorkriegs-Stadtgrundrisses.

Nicht minder bedeutsam war die von Stimmann verfügte Gestaltungssatzung, der zufolge Fassaden von Neubauten an historischen Plätzen zu mindestens 50 Prozent aus Stein bestehen müssen. Für diese Vorgabe mußte sich der Baudirektor als „Reaktionär" oder gar „Faschist" beschimpfen lassen.

Stimmann, davon unbeirrt, parzellierte schließlich das städtische Gebiet Friedrichswerder und verkaufte die einzelnen Grundstücke unterhalb des Marktwertes, verbunden mit einer Bauverpflichtung. Der Erfolg war spektakulär: Innerhalb einer Woche waren sämtliche Grundstücke vergeben. Inzwischen sind diese Stadthäuser regelrechter Trend. Das jüngste, vielbestaunte Projekt „Prenzlauer Gärten" (Internet: www.prenzlauer-gaerten.de) ist längst ausverkauft. An die 20 weitere sind derzeit in Vorbereitung, etwa die Kastaniengärten. Sie sind das Ergebnis des bereits nach der Wende einsetzenden Zuzugs nach Berlin-Mitte und Prenzlauer Berg und verkörpern eindrücklich das Konzept einer lebendigen Innenstadt, mit dem die deutsche Metropole die Wunden heilt, welche ihr Krieg, Teilung und ideologiebeladene Nachkriegs-Architekten und -Planer geschlagen haben.

Sorben bangen um Förderung

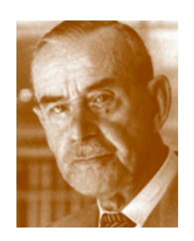
Medienberichte über einen noch unveröffentlichten Bericht des Bundesrechnungshofs haben bei den Vertretern der sorbischen Minderheit in Brandenburg, Sachsen und Niederschlesien heftige Kritik ausgelöst.

In dem Bericht kritisiert der Rechnungshof vor allem, daß die 15 Millionen Euro an jährlicher Förderung ohne Bedingungen an die Stiftung für das sorbische Volk überwiesen werde. Die Stiftung entscheide dann völlig frei, wofür sie die Millionen verwende. Sprachprojekte würden beispielsweise kaum unterstützt. Dafür wird ein breit gefächertes Netz von Einrichtungen finanziert, bis hin zum „Sorbischen National-Ensemble".

Das Geld für die Förderung der Kultur der rund 60 000 Sorben stammt zur Hälfte vom Bund, die andere Hälfte teilen sich Brandenburg und Sachsen im Verhältnis eins zu zwei. Der Sorbenrat droht nun, den Zuschuß notfalls beim Europäischen Gerichtshof einzuklagen.

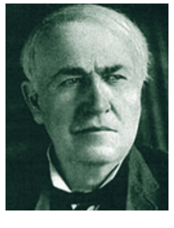
H.H.

Zeitzeugen



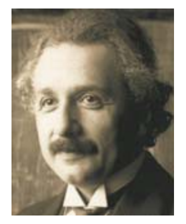
Thomas Mann – Der 1875 geborene Literat empfand seine Schulzeit als überaus stumpfsinnig, er schrieb lieber, was er wollte, und nannte sich bereits mit 14 Jahren „Dichter". Die Schule verließ er nach der Obersekunda, um zunächst in einer Versicherung, später als Journalist zu arbeiten. Bald jedoch war der 1955 verstorbene Mann nur noch als Schriftsteller tätig.

Louis Ferdinand – Der 1907 geborene Kaiserenkel war offenkundig kein Freund der für einen Prinzen von Preußen vorgesehenen höheren Schulbildung. Als ihm die Kaiserin im November 1918 eröffnet habe, daß sein Großvater abgedankt hat, sei ihm, so verriet er viele Jahre später, als erster Gedanke durch den Kopf geschossen: „Gott sei Dank muß ich jetzt nicht auf diese Kadettenschule nach Plön!" Der deutsche und preußische Thronanwärter starb 1994.



Thomas Alva Edison – Seine Erfindungen auf dem Feld der Elektizität und im Kraftwerkswesen machten den US-Amerikaner Edison (1847–1931) weltberühmt. So war er maßgeblich an der Entwicklung einer marktfähigen Glühbirne beteiligt. Geregelten Schulunterricht erhielt Edison jedoch nur einige Monate lang, wurde anschließend vermutlich von den Eltern unterrichtet. Mit elf Jahren arbeitete er als Zeitungsjunge, mit 14 verkaufte er in Zügen bereits ein von ihm selbst herausgebrachtes Blättchen.

Rudi Carrell – Der im Sommer 2006 verstorbene TV-Unterhalter wurde 1934 im Holländischen als Rudolf Wijbrand Kesselaar geboren. Mit 17 schmiß er die Schule und tingelte als Schautalent über die Bühnen der Niederlande. Seinen großen Durchbruch erlebte er indes im deutschen Fernsehen.



Albert Einstein – Das 1879 in Ulm geborene Physikgenie begann erst mit drei Jahren zu sprechen. Auf der Schule tat sich der junge Albert denn auch schwer mit den Sprachen. Um so schneller entwickelten sich jedoch seine Fähigkeiten auf dem Feld der Naturwissenschaften. Schon 1894 aber entschloß sich der 15jährige, die Schule hinzuschmeißen, um der Familie zu folgen, die kurz zuvor nach Mailand gezogen war.

Lernen und nochmals lernen

Nach Jahren der Lethargie machen Bildungspolitiker endlich ihre Hausaufgaben

Von Mariano Albrecht

Schlechte Noten, Gewalt und Lehrermangel an deutschen Schulen, seit Pisa-Test und Rütlischulskandal geht das Gespenst des Bildungsnotstands um an deutschen Schulen. Wie die Hamster im Rad strampeln sich Pädagogen und Bildungspolitiker in sogenannten Bildungsoffensiven ab, das ganze Schulsystem wird in Frage gestellt, doch hat, so scheint es, bisher die Initialzündung für einen Wandel in der Bildungspolitik gefehlt. Eltern werden unter Generalverdacht gestellt, nicht genug für das geistige Heranwachsen ihrer Kinder zu sorgen. Den Kindern fehlt es an ausreichender Sprachkompetenz. Der Staat greift ein: Mit Sprachförderprojekten wie „Deutsch Plus" oder „Schulreifes Kind" soll Kindern schon im Alter von drei bis vier Jahren sprachlich auf die Sprünge geholfen werden, das kostet Millionen, doch das Kind ist bereits in den Brunnen gefallen.

Verfehlte Bildungspolitik, ein in die Jahre gekommenes Schulsystem und ein immer höher werdender Anteil von Ausländerkindern, die kaum Deutsch sprechen können, das ist der Ist-Zustand an unseren Schulen. Seit der Föderalismusreform aus dem Jahr 2006 liegt das Thema Bildung bei den Ländern und Kommunen. Als Ursache für das Debakel ist die vernachlässigte frühkindliche Bildung ausgemacht. Kinder sollen ab einem Alter von drei Jahren durch Kita und Vorschule befähigt werden, mit der deutschen Sprache umzugehen, und für die Schule fit gemacht werden. Im Fokus der Projekte sind Migranten und sogenannte bildungsferne Schichten, meist mit Hartz-IV-Hintergrund. Die ehrgeizigen Projekte kosten Millionen und werden von den Bundesländern in Eigenregie entwickelt. Was in Berlin „Deutsch Plus" heißt, nennt man in Baden-Württemberg „Schulreifes Kind", in Hamburg gibt man für „Frühe Bildung von Anfang an" mittlerweile 345 Millionen Euro aus. Blickt man jedoch auf die Politik der vergangenen Jahre zurück, wird schnell klar, daß in vielen Bildungsbehörden nun unter hohem finanziellen Aufwand die Notbremse gezogen wird und Versäumtes glattgebügelt werden soll. In Berlin wird schon seit den 90er Jahren über einen verpflichtenden Vorschulbesuch diskutiert. Sprachtests für Migrantenkinder scheiterten in der Vergangenheit an der Ablehnung durch den Türkischen Bund. Fast zehn Jahre brauchten die Hauptstädter, um eine verpflichtende Teilnahme an der vorschulischen Sprachförderung durchzusetzen. Die Lage in Berlin ist prekär, von 25000 Kindern, die im Schuljahr 2006 / 2007 schulpflichtig wurden, mußten insgesamt 6496 Kinder (25,5 Prozent der getesteten Kinder) bis zum Schulanfang im Herbst 2006 intensiv in Deutsch gefördert werden. Unter den 7560 Kindern nichtdeutscher Muttersprache wurde sogar ein Förderbedarf bei 4274 Kindern (56,5 Prozent) ermittelt. Von den 1140 Kindern, die keine Kita besucht haben, hatten in Berlin 566 (49,6 Prozent) Sprachförderbedarf.

Auch Hamburg hat gesetzliche Grundlagen geschaffen, um die Teilnahme an Sprachförderkursen für Vorschulkinder mit festgestellten Sprachdefiziten zur Pflicht zu machen.

Die Kinder müssen an vier Pflichtstunden in der Woche am Sprachunterricht teilnehmen. Aus Sicht von Bildungssenatorin Alexandra Dinges-Dierig (CDU) ist es ein großer Erfolg, daß in diesem Jahr 6353 Mädchen und Jungen in der Hansestadt eine Vorschule besuchen. Das sind rund 1000 mehr als im Vorjahr. Sie verwies darauf, daß gerade die Zahl der Vorschüler in sozialen Brennpunkten um 22 Prozent gestiegen sei.

Baden-Württemberg hat zwar in Medienmeldungen verkündet, ab 2008 verpflichtende Sprachtests einführen zu wollen, doch bei festgestelltem Förderbedarf besteht nach Auskunft des Kultusministeriums bisher keine Handhabe, den Besuch von Förderkursen zur Pflicht zu machen, dazu müsse das Schulgesetz geändert werden, so eine Sprecherin.

Die neue deutsche Bildungs- und Erziehungspolitik zielt offensichtlich auf eine ganzheitliche Kinderbetreuung unter staatlicher Aufsicht ab. Wird Eltern hier pauschal die Kompetenz zur Kindererziehung abgesprochen oder liegen die Gründe vielleicht tiefer? Sozialwissenschaftler bestätigen, daß auch der Anstieg der Armut mit der Bildungsmisere zu tun hat. Unter der rot-grünen Regierung haben sich die sozialen Unterschiede in Deutschland dramatisch verschärft. Dies geht aus dem Armuts- und Reichtumsbericht hervor, den die Bundesregierung im Jahr 2005 vorstellte. In dem Bericht wird bestätigt, daß die Bildungschancen von Kindern aus sozial schwachen Familien deutlich schlechter sind als die von Kindern aus finanziell gut versorgten Haushalten. Viele Familien haben trotz Arbeit und zusätzlicher Grundsicherung kein Budget für Zoo-, Kino- oder Theaterbesuche. Mit den Programmen zur frühkindlichen Bildung werden zwar Symptome einer angeschlagenen Erziehungspolitik bekämpft, das eigentliche Übel liegt jedoch tiefer.

Die verfehlten Reformen der rot-grünen Regierung haben einen sozialen Scherbenhaufen hinterlassen, dessen Ausmaß sich nun in der heranwachsenden Generation widerspiegelt. Niedriglöhne und Massenarbeitslosigkeit treiben Familien in Resignation und Sprachlosigkeit, die sich auf die Kinder überträgt.



Alleingelassen: Auch gut vorgebildete ABC-Schützen leiden unter Nachzüglern. Foto: ddp

Recht auf Bildung

Im Jahre 1966 schlossen die Vereinten Nationen den „Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte". Der Pakt umfaßt neben zahlreichen Artikeln, etwa zum Recht auf Mutterschutz, auf Berufsfreiheit, auf Streik oder das Verbot von Zwangsehen in seinem Artikel 13 auch das „Recht auf Bildung".

Die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete den Vertrag bereits 1968, obschon sie wie die DDR noch nicht Mitglied der Uno war. Gleich nach der Aufnahme von Bundesrepublik und DDR 1973 aber ratifizierte der Bundestag den Vertrag noch im selben Jahr und erhob ihn zum Bundesgesetz, das 1976 in Kraft trat.

Das hier definierte „Recht auf Bildung" umfaßt die allgemeine Grundschulpflicht und das

Kinder nach ihren Fähigkeiten trennen

Recht auf eine unentgeltliche Grundschule, das Recht auf allgemeinen Zugang zum höheren Schulwesen, das Recht auf allgemeinen Hochschul-Zugang und sogar das Recht auf Unentgeltlichkeit des Hochschulstudiums. Letzteres steht streng genommen im Widerspruch zu den in verschiedenen deutschen Ländern eingeführten Studiengebühren.

Von den hier eingegangenen Verpflichtungen ausgehend, untersuchte UN-Sonderberichterstatter Vernor Muñoz bei einer Stippvisiste im Februar 2006 das deutsche Bildungssystem. Der Kostarikaner kritisierte danach vor allem das dreigliedrige Schulsystem, das zu viele Kinder ärmerer Herkunft benachteilige, weil es „zu früh" trenne.

Kritiker von Muñoz warfen dem UN-Berichterstatter vor, das deutsche System viel zu oberflächlich betrachtet zu haben, um es beurteilen zu können. Muñoz habe sich zudem vor allem von linken Befürwortern des Gesamtschulprojekts wie der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" (GEW) ins Bild setzen lassen.

Anhänger des dreigliedrigen Schulsystems hielten dem UN-Vertreter überdies entgegen, daß der Niedergang des einst weltweit angesehenen deutschen Schulsystems erst mit der Aushöhlung der Dreigliedrigkeit (Hauptschule, Realschule, Gymnasien) eingesetzt habe. *H.H.*

Preußen setzte Maßstäbe

Die Franckeschen Anstalten und die Niederlage von Kunersdorf brachten die Schulpflicht voran

Von Manuel Ruoff

Bereits 1524 verfaßte nicht etwa ein Pädagoge, sondern kein Geringerer als Martin Luther die Schrift „An die Ratsherren aller Städte deutschen Landes, daß sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen".

Verständlicherweise fand diese Forderung vor allem in den protestantischen Teilen des Heiligen Reiches Gehör.

Das erste Territorium im Reiche und in der Welt, das förmlich eine gesetzliche Schulpflicht einführte, war 1598 Straßburg. Die evangelische Freie Reichsstadt wurde allerdings 1681 durch das katholische Frankreich erobert.

Vor Straßburg war bereits in Württemberg in der großen Kirchenordnung von 1559 eine Schulpflicht festgelegt worden. Diese betraf allerdings nur die Jungen. Die allgemeine Schulpflicht wurde hier erst 1649 eingeführt. Das war sieben Jahre nach Sachsen-Coburg-Gotha und immerhin noch zwei Jahre nach Braunschweig-Wolfenbüttel.

Der erste größere Staat, der die Schulpflicht einführte und damit über die Grenzen Deutschlands hinaus Maßstäbe setzte, war Preußen. Der Soldatenkönig hielt Schulfragen anfänglich für weniger wichtig. Die Erfolge August Hermann Franckes mit seinen 1695 gegründeten und nach ihm benannten Anstalten zur Erziehung und Betreuung der Jugend beeindruckten jedoch den König und bewogen ihn zu einem Umdenken. Ein Meilenstein war das zur maßvollen Anhebung des geistigen und zur Verbesserung des sittlichen Niveaus 28. September 1717 erlassene Generaledikt betreffend die Schulpflicht. Wo bereits Schulen bestanden – und das war wahrlich nicht überall –, wurde der Besuch von diesen zur Pflicht gemacht. Eine Befreiung war allerdings möglich, wenn die Eltern ihre Kinder für die Arbeit in Haus und Landwirtschaft benötigten. Armut sollte jedoch kein genereller Hinderungsgrund sein. Sollten die Eltern für das Schulgeld nicht aufkommen können, wurde es aus dem jeweiligen Ortsalmosen bezahlt.

Wie Friedrich Wilhelm I. war auch sein Sohn und Nachfolger Friedrich der Große an Schulfragen anfänglich wenig interessiert. Was beim Vater die Franckeschen Anstalten, war beim Sohne der Siebenjährige Krieg. Bei der Reorganisation des Heeres nach der empfindlichen Niederlage bei Kunersdorf vom 12. August 1759 stellte sich ein eklatanter Mangel an Unteroffizieren, die rechnen und schreiben konnten, heraus. Hier galt es schon aus militärischen Erwägungen, durch Schulbildung Abhilfe zu schaffen. Zudem schienen die durch eine Ausweitung des Schulwesens entstehenden Schulmeisterstellen prädestiniert zur Versorgung der beim Aufstieg Preußens zur Großmacht anfallenden Kriegsinvaliden. Am 12. August 1763 wurde ein Generallandschulreglement erlassen, das die Grundlage für die Entwicklung des preußischen Volksschulwesens bildete. Die ersten sechs der insgesamt 26 Paragraphen beschäftigen sich mit der Schulzeit. Demzufolge begann die Schulpflicht spätestens mit dem fünften Lebensjahr und endete mit dem 13. oder 14., sobald die Kinder „nicht nur das nötigste vom Christentum gefaßt haben und fertig lesen und schreiben, sondern auch von demjenigen Red und Antwort geben können, was ihnen nach den von Unsern Consistoriies verordneten und approbierten Lehrbüchern beigebracht werden soll". Lernerfolgsabhängige Schulpflicht gab es also auch schon damals.

Kampf um den Briefmarkt

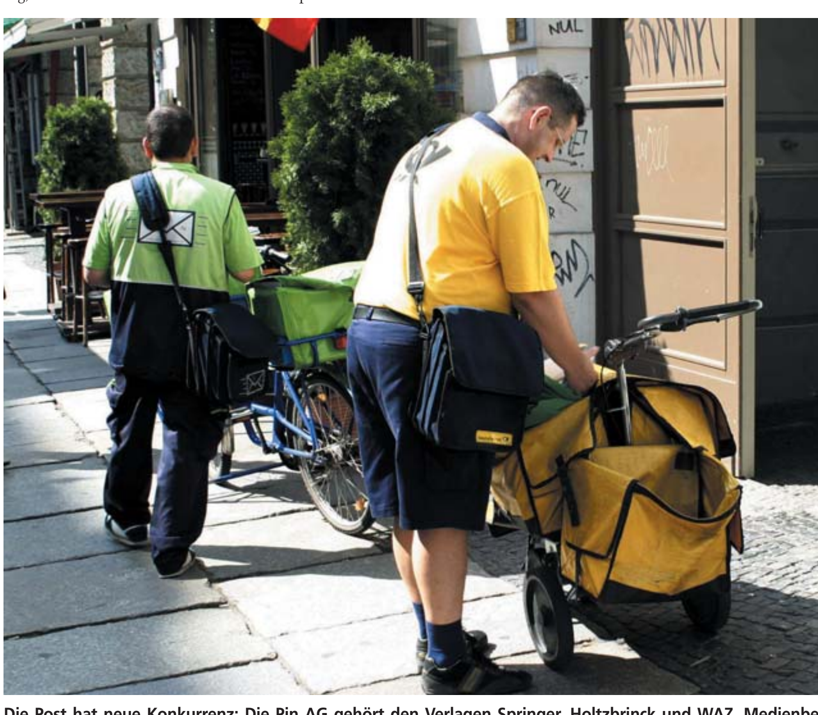
40 Prozent niedrigere Stundenlöhne – Deutsche Post AG arbeitet mit Gewerkschaften zusammen

Von Rebecca Bellano

Konkurrenz belebt das Geschäft. Die Deutsche Post AG sieht das allerdings nicht so, und demgemäß hält sich ihre Begeisterung über die Entscheidung der Bundesregierung, das Briefmonopol Anfang 2008 auslaufen zu lassen, in Grenzen. Die Wettbewerber stehen schon in den Startlöchern und unterbieten die grimmig am Rande stehende Post. So hat der Konkurrent Pin AG jetzt die Neuausschreibung der Berliner Behörden gewonnen und darf ab 2008 mit 28 Millionen zu verteilenden Briefen rechnen, was einem Umsatz von 12,6 Millionen Euro entspricht.

Die Post unkt schon, daß der Wegfall des Briefmonopols 32000 der 160000 Arbeitsplätze kosten wird. Und die neuen Arbeitsplätze, die bei der Pin AG oder TNT Post entstehen, würden keinesfalls dem Niveau der Post AG entsprechen. Grund: Pin AG, TNT Post und Co. zahlen deutlich weniger als die tariflich gebundene Post. 10,40 Euro beträgt der Einstiegsstundenlohn eines Postzustellers. Was die Konkurrenten zahlen, ist nicht offiziell. Zwar hat die Bundesnetzagentur, die als Bundesbehörde für die Aufrechterhaltung und die Förderung des Wettbewerbs in den Netzmärkten für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen sorgen soll, bereits die Daten angefragt, wurde jedoch abgewiesen. Der Fragenkatalog sei zu umfassend gewesen, so der genannte Grund für die Ablehnung.

Allerdings wird das Gerücht gestreut, daß die Mitbewerber 30 bis 40 Prozent unter dem Post-Lohn zahlen und somit Zusteller bei einer 40-Stunden-Woche so wenig verdienen, daß die Gehälter mit Staatsgeldern aufgestockt werden müssen. 7,18 Euro soll die Pin AG zahlen, so ein Gerücht, das von Seiten der Post AG und ver.di gern gehört wird, um die anderen schlecht aussehen zu lassen. Der Vorstandschef der Pin AG behauptet allerdings, daß ein unverheirateter Zusteller bei einer 40-Stunden-Woche 1025 Euro netto bei ihm verdiene. Außerdem wären seine Angestellten nur Geringqualifizierte mit Schnellkursen.



Die Post hat neue Konkurrenz: Die Pin AG gehört den Verlagen Springer, Holtzbrinck und WAZ. Medienberichte über Lohndumping sind daher „so eine Sache“. Foto: vario images

Und während Union und SPD sich immer noch über einen allgemeinen Mindestlohn streiten, macht sich die Post AG eine Möglichkeit zunutze, der Konkurrenz das Leben schwer zu machen. Tarifparteien können einen Mindestlohn festlegen, der für alle gilt, wenn 50 Prozent der Beschäftigen einer Branche unter den Tarifvertrag fallen.

Und so schickte Deutsche-Post-Chef Klaus Zumwinkel seinen Vertrauten und ehemaligen Bundespost-Vorstand Wolfhard Bender vor. Dieser leitet jetzt den neugegründeten Bundesverband Deutscher Postdienstler e. V. Der Arbeitgeberverband ist der erste tariffähige Verband der Branche. Bisher war derartiges nicht nötig gewesen, doch mit dem Wegfall des Briefmonopols stellt sich die Branche neu auf, und die Post muß ihr Revier verteidigen. 20 Mitglieder hat der Verband, dem neben der Post und ihren Töchtern auch einige mittelständische Transportunternehmen angehören, und der mit 200000 Arbeitnehmern sogar mehr als 50 Prozent der Beschäftigten der Branche umfaßt. Natürlich hat Bender bereits bei der Pin AG und TNT Post angefragt, ob ein Interesse an einer Mitgliedschaft beim Arbeitgeberverband besteht, doch die haben gar kein Interesse daran, daß ein Mindestlohn mit den Gewerkschaften ausgehandelt wird, der sich an dem Stundenlohn der Post orientiert. Schließlich zahle diese im Gegensatz zu ihnen keine Mehrwertsteuer. Da bleibe ihnen ja nichts anderes übrig, als niedrigere Löhne zu zahlen.

Die Post AG hingegen klagt über Lohndumping und darüber, daß die Post-Mitarbeiter mit ihren 2,3 Milliarden Euro, die durch sie in die Sozialkassen fließen, und von denen die vom Staat zu bezuschussenden Lohndumping-Opfer profitieren, ihre eigenen Jobs wegsubventionieren. „Kein Wettbewerb um die miesesten Arbeitsbedingungen“, fordert die Post. Es soll um Qualität gehen.

Während die Post AG indirekt die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sucht, um einen brancheneigenen Mindestlohn von etwa 10 Euro die Stunde gegen ihre Konkurrenten durchzudrücken, kommen sich Union und SPD in Sachen gesetzlicher Mindestlohn nicht näher. Davon profitiert auch die SPD, weil sie ein Wahlkampfthema hat, das die Union als sozial ungerecht dastehen läßt. Denn, so ver.di-Sprecherin Cornelia Haas, es sei keineswegs mit dem bürgerlichen Ethos der Mittelschicht, also vielen potentiellen CDU-Wählern, vereinbar, daß einige Menschen Vollzeit arbeiten, aber nicht davon leben können. Ver.di fordert einen Stundenlohn von 7,50 Euro und verweist auf das Beispiel von Großbritannien, wo ein Mindestlohn von über 8 Euro sogar die Binnenwirtschaft belebt habe. Befürchtungen, daß die CDU von Arbeitgeberverbänden beeinflußt wird, hält Haas für unwahrscheinlich. „Das Lobbying ist bei Gewerkschaften stärker als bei Arbeitgebern.“ Allerdings würden Arbeitgeber unsachlich mit der Urangst vorm Arbeitsplatzvernichter Mindestlohn arbeiten. Die CDU wiederum sei in einer alten Ideologie gefangen, die besagt, daß der Staat bei der Lohnfindung keine Rolle spielen dürfe.

MELDUNGEN

Die Marke muß stimmen

Köln – Wenn der Ernst des Lebens beginnt, überlassen viele Schulanfänger nichts dem Zufall – oder besser: den Eltern. Besonders die kostspieligen Anschaffungen rufen den Nachwuchs auf den Plan. Die Wahl des im Schnitt rund 74 Euro teuren Schulranzens etwa bestimmen mehr als 60 Prozent der befragten Kinder mit, so eine 2006 durchgeführte Umfrage. Selbst beim Kauf von Tintenlöschern sagt noch mehr als ein Drittel der jungen Konsumenten den Großen, wo es langgehen sollte. Ein wichtiges Kriterium ist die Marke. Fast die Hälfte der 6- bis 13jährigen achtet darauf, ob Etuis, Füller und Filzstifte das „korrekte“ Logo tragen. Nach Schätzungen der Kultusministerkonferenz werden in diesem Jahr lediglich 803000 Kinder eingeschult – ganze 172000 weniger als 1995. Und der Schwund hält an: Im Jahr 2015 werden voraussichtlich nur noch 709000 Jungen und Mädchen in die erste Klasse kommen. *IW*

Weniger Professoren

Frankfurt / M. – Wie die „FAZ“ berichtet, sind in den vergangenen zehn Jahren 1451 Professorenstellen gestrichen worden, während sich die Zahl der Studierenden um 0,5 Prozent erhöht habe. Am stärksten sei der Verlust in der Klassischen Philologie mit einem Minus von 35 Prozent. Die Evangelische Theologie habe 18,9 Prozent der Professorenstellen eingebüßt und die Katholische Theologie 20,7 Prozent. Zuwächse habe es nur in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit einem Plus von 5,6 Prozent und in der Kunstwissenschaft mit 9,4 Prozent gegeben. Der Deutsche Hochschulverband fordere, den Universitäten die gestrichenen Professorenstellen zurückzugeben. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts lehrten Ende 2006 37900 Professoren an deutschen Hochschulen. *idea*

Ost-Deutsch (30): Brüderschaft

Von Wolf Oschlies

Brüderschaft trinken ist antiquiert“, las ich kürzlich in der *PAZ*. Tja, vielleicht bei Deutschen, im Osten gelten Wort und Tat noch sehr viel. Was im Rumänischen so klingt: „brudersaft, Plural brudersafturi, fel de a bea in sem de imprietenire si infratire“, also: „Trinkweise zum Zeichen von Freundschaft und Verbrüderung“. So geht das seit Jahrzehnten: Auf „brjudersaft“ trank vor rund 90 Jahren schon der russische Lyriker Sergej Jesenin, 1935 verzeichnete dessen polnischer Dichter-Kollege Juljan Tuwim „bruderszaft“ in seinem legendären „Polski Slownik Pijacki“ (Polnischen Säufer-Lexikon). 1975 erlebten amerikanische Slawisten, daß in Moskau „in student circles is still common to drink brudersaft“. 1997 schrieb der Kroate Josip Cvitanovic sein elegisches Chanson „Brudersaft sa Zagrebom“ (Bruderschaft mit Zagreb) und 2001 führten Kroaten „brudersaft“ unter „najdrazi germanizmi“ (liebste Germanismen) auf.

Ich lebe im Rheinland, wo die „Bruderschaften“ der Schützen ihre Hochburgen haben. Die hat der Osten natürlich nicht im Sinn, auch keine Chöre „Brüderschaft“ oder ähnliche. Östlich ist, was ein Tscheche so beschrieb: „Vecer zvrhnul v grandiozni smes vodky a piti na brudersaft“ (Der Abend endete mit einem grandiosen Wodka-Besäufnis und Brüderschafttrinken). Serben rätseln, ob 1944 „su Tito i Staljin popili brudersaft“ (Brüderschaft getrunken haben) – haben sie nicht, dazu mißtrauten sie einander zu sehr –, Russen überlegen, ob man russisch-deutsch „pit' nabrjudersaft“ oder gleich deutsch „trinken auf brjudersaft“ sagen soll. Das haben Slowenen schon entschieden, wenn sie für die erweiterte EU die Losung „brudersaft und ajnigkait“ ausgeben. (Bitte, laut lesen!)

Aber es muß nicht immer alkoholisch sein. Wenn ein Russe plumpe Vertraulichkeit abwehren will, dann giftet er „na brjudersaft my ne pili“ (Wir haben nicht auf Brüderschaft getrunken). Ukrainer sind „z Klio na brudersaft“ (mit Klio, der Göttin der Geschichte, auf Bruderschaft). Jugoslawische Fußball„gastarbajter“ erinnern sich an die „brudersaft“ in den Anfangsjahren der Bundesliga. Moskauer Blätter bestaunten die „brudersaft“ zwischen Putin und Schröder, sahen sie aber als normal an im deutsch-russischen Umkreis von „geseft i brjudersaft“: Geschäft und Bruderschaft.

Döner-Buden statt Einsteins

In Sachen Zuwanderung ist die Große Koalition mal wieder zu kurz gesprungen

Von Ansgar Lange

Politik ist das beharrliche und ausdauernde Bohren dicker Bretter. Das wußte schon der Soziologe Max Weber, der von 1874 bis 1920 lebte. Manchmal fällt beim jahrelangen Bohren aber so viel Sägemehl ab, daß kaum noch jemand die Bretter erkennt. So ist es zum Beispiel bei den Themen Zuwanderung und Fachkräftemangel. Seit Jahren, beim Thema Einwanderung sogar schon seit Jahrzehnten, reden sich die Parteien die Köpfe hierüber heiß. Eine befriedigende Lösung wurde bisher nicht gefunden.

Jetzt hat die Bundesregierung mal wieder zum Sprung angesetzt. Ob er ein großer werden wird, daran sind Zweifel angebracht. Bei ihrer Kabinettsklausur in Meseberg beschloß Rot-Schwarz einige „Sofortmaßnahmen“, damit ab November dieses Jahres Maschinenbau-, Fahrzeugbau- und Elektroingenieure aus den osteuropäischen EU-Staaten eine Arbeit in Deutschland aufnehmen dürfen. Die Arbeitgeber müssen nun nicht erst prüfen, ob auch ein deutscher Ingenieur zur Verfügung stünde.

Migrantenverbände entlarven sich

Erst vor kurzem hatte Bundespräsident Horst Köhler das sogenannte Zuwanderungsgesetz unterschrieben. Dieses Gesetz war noch vor der Sommerpause von Bundestag und Bundesrat verabschiedet worden. Es setzt elf EU-Richtlinien um und enthält unter anderem eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Ausländer, neue Regeln für den Ehegattennachzug, Integrationskurse und die Einbürgerung. Daß Migrantenverbände kritisieren, daß jetzt von nachziehenden Ehepartnern schon vor der Einreise Sprachkenntnisse gefordert werden, zeigt, wie wenig ernst sie ihr Anliegen nehmen, die Integration der Ausländer in Deutschland zu fördern. Angeblich stelle diese neue Regelung einen Verstoß gegen den Artikel sechs des Grundgesetzes dar, also den besonderen Schutz von Ehe und Familie. Man kann daraus nur folgern, daß es für die Integration zum Beispiel der Türken anscheinend am besten ist, wenn die nachreisende Ehefrau aus Anatolien keinen Brocken Deutsch versteht. Das hält auch die Familie am besten zusammen, weil die Frau dann an den eigenen Haushalt und die eigene Familie gebunden ist, da sie sich außerhalb dieses Kreises nicht verständigen kann. Doch Satire beiseite: Endlich scheinen unsere Politiker zu begreifen, daß Integration keine Einbahnstraße oder Bringschuld des deutschen Staates ist. Hier ist das gern bemühte Motto „Fördern und Fordern“ recht am Platze.

Kanadas Vorbild wird nicht beherzigt

Doch der Zuzug bestimmter qualifizierter Ausländer soll in Zukunft bekanntlich auch erleichtert werden. Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) erinnerte kürzlich daran, daß zunächst einmal die 3,8 Millionen deutschen Arbeitslosen erwarten, daß sie eine Stelle bekommen. Etwas heuchlerisch klingt auch das Wehklagen von Politik und Industrie, wir hätten zu wenig Fachkräfte. Kann es nicht sein, daß deutsche Unternehmen wegen kurzfristiger Profitmaximierung jahrelang versäumt haben, den eigenen Nachwuchs auszubilden? Man sieht es ja an den Fußball-Nationalmannschaften. Wer – wie die englischen Top-Klubs – in der eigenen Liga nur auf ausländische Spitzenkräfte setzt und die heimischen Jugendlichen nicht fördert, der erntet irgendwann diese Früchte. Dann spielt in einer Ligamannschaft nämlich kaum noch ein Einheimischer mit, und die Nationalmannschaft kickt auf kümmerlichem Niveau.

Wer hat zudem die Länder gezwungen, in den vergangenen zehn Jahren 356 Professoren-Stellen im Fachkräfte-Mangelfach Ingenieurwesen abzubauen? Dies entspreche einem Rückgang von 13,3 Prozent aller Professuren in dieser Disziplin, so der Deutsche Hochschulverband. Mathematik und Naturwissenschaften verloren 264 Professoren (minus 4,3 Prozent).

Die Meseberger Lösung ist nicht der Weisheit letzter Schluß. So will Frau Schavan allenfalls die Einkommensgrenzen für die Zuwanderung von Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten und aus Osteuropa von derzeit 85000 Euro im Jahr auf 40000 bis 60000 Euro senken.

Deutschland scheut noch immer den Weg Kanadas, den Zuzug von Ausländern unsentimental und arbeitsmarktbezogen über ein Punktesystem zu steuern. Einwanderung in die Sozialsysteme erscheint eben humaner als Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Die Realität der Zuwanderung läßt sich daher auf folgende Formel bringen: Mehr Döner-Buden als ausländische Albert Einsteins.

MELDUNGEN

Lieber Zeugen Jehovas als Katholiken

Berlin – Die Zeugen Jehovas sind in der Türkei als Körperschaft anerkannt worden. Das berichtet die religiöse Sondergemeinschaft in Deutschland auf ihrer Internetseite. Dieser Rechtsstatus wird den evangelischen und der katholischen Kirche verwehrt. Die Registrierung der „Vereinigung zur Unterstützung von Jehovas Zeugen“ als Rechtskörperschaft in der Türkei ermöglicht unter anderem den Kauf oder Besitz von Immobilien und das Anmieten von Anbetungsstätten. Die Zeugen Jehovas könnten ferner Spenden entgegennehmen und ihre rechtlichen Interessen vor Gericht verteidigen. Seit 1933 gibt es nach eigenen Angaben Zeugen Jehovas in der Türkei. Seit 1994 werden sie nicht mehr für die Ausübung ihrer Religion bestraft. Laut Internetseiten strebt die Religionsgemeinschaft nun ihre Anerkennung in allen Bundesländern an. In Deutschland gibt es 210000 Zeugen Jehovas, weltweit sind es 6,5 Millionen. *idea*

Bibeln werden beschlagnahmt

Riad – Vorsicht bei Reisen nach Saudi-Arabien: Bei der Einreise werden möglicherweise Bibeln, Kruzifixe, Davidsterne und andere nicht-islamische Gegenstände vom Zoll beschlagnahmt. Darauf macht die Fluggesellschaft Saudi-Arabian-Airlines in ihrem Reiseratgeber aufmerksam. Verboten sind demnach auch alkoholische Getränke, Schweinefleischwaren, Rauschgift, Waffen und Pornographie. In dem streng islamischen Königreich ist jede nicht-muslimische Religionstätigkeit verboten. Immer wieder werden ausländische Christen, die etwa 4,5 Prozent der 22,5 Millionen Einwohner stellen, wegen Religionsausübung festgenommen und ausgewiesen. *idea*

Verschwörung gegen Rußland

Ermittler der russischen Polizei sehen Drahtzieher für den Auftragsmord im Westen

Von M. ROSENTHAL-KAPPI

Zehn Monate nach der brutalen Ermordung der Enthüllungsjournalistin Anna Politkowskaja gibt der russische Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka erste Ermittlungsergebnisse bekannt. Es heißt, daß zehn Verdächtige verhaftet worden seien, darunter auch Mitarbeiter von FSB und Polizei.

Es überrascht nicht, daß als Hauptverdächtiger und Organisator des Mordes ein 24jähriger gebürtiger Tschetschene festgenommen wurde, dessen Namen man allerdings noch nicht preisgab. Seit einigen Jahren studierte der junge Mann in Moskau an der juristischen Fakultät; er soll einer Moskauer Verbrecherbande angehören und sich als Auftragskiller spezialisiert haben. Mit ihm wurden drei weitere Tschetschenen verhaftet. Überraschend an der Ankündigung des Staatsanwalts ist jedoch, daß erstmals auch ehemalige und gegenwärtige Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes FSB und der Moskauer Polizei mit angeklagt werden, die als Komplizen der Täter Informationen über das Opfer besorgt haben sollen.

Bemerkenswert ist nicht die Tatsache, daß Mitarbeiter der russischen Sicherheitskräfte eines Verbrechens verdächtigt werden, sondern daß die Sicherheitskräfte diese offensichtlich nicht zu decken bereit waren. Es überrascht auch nicht sonderlich, daß Staatsanwalt Tschajka die Ermordung der Journalistin als „Provokation“ einer im Ausland lebenden Person sieht, deren Auslieferung Rußland beantragen werde, sobald genauere Ermittlungsergebnisse vorlägen. Diese Andeutungen gehen in eine andere Richtung als die der bisherigen Recherchen und Ermittlungen von Journalisten, die eine Spur nach Tschetschenien bis hin zum damaligen Präsidenten Ramsan Kadyrow verfolgt und auch Angehörige der kremlnahen Sicherheitsorgane verdächtigt hatten.

Ein Auslieferungsgesuch russischer Behörden würde nur Sinn haben, wenn es sich bei der verdächtigten Person um einen russischen Staatsbürger handelt. Der einzige im Ausland lebende Landsmann, dessen Auslieferung Rußland seit langem anstrebt, ist der im Londoner Exil lebende Ex-Oligarch Boris Beresowskij. Seit geraumer Zeit schon versuchen die russischen Behörden, seiner habhaft zu werden. Da auf legalem Wege nicht an ihn heranzukommen ist, beschuldigen sie ihn immer wieder des Mordes – zuletzt der Ermordung des in London vergifteten Ex-KGB-Agenten Alexander Litwinenko –, um seine Auslieferung fordern zu können. Staatsanwalt Tschajka beklagte in seiner Presseerklärung einmal mehr die Weigerung Großbritanniens, Rußlands Forderung nach Auslieferung nachzukommen.

Die Hintermänner im Westen hätten Rußland demütigen wollen, heißt es in einer Interfax-Meldung. Rußland solle destabilisiert und in eine Krise gestürzt werden, damit man zum alten System der 90er Jahre zurückkehren könne, als das große Geld und Oligarchen die Macht im Lande hatten.

Im politischen Teil der Tageszeitung „Komsomolskaja Prawda“ erschien am selben Tag, an dem der Staatsanwalt die Verhaftungen bekanntgab, ein Artikel darüber, daß Beresowskij erneut zum Sturz Putins aufgerufen haben soll. In einem Interview, das erfunden sein könnte, da dessen Wortlaut nirgends nachzulesen ist, soll Beresowskij gefordert haben, daß westliche Regierungen die Regierungsform des heutigen russischen Präsidenten als verfassungswidrig erklären sollten. Der Westen müsse auf unterschiedliche Art Druck auf Moskau ausüben, als äußerstes Mittel einen Aufstand unterstützen. Ob Beresowskij ein solches Interview tatsächlich gegeben hat, sei dahingestellt. Die Tatsache, daß ein Artikel über die angeblichen Vorstellungen Beresowskijs, die weder im Westen noch im Osten jemand ernst nehmen dürfte, in einer vielgelesenen russischen Zeitung erscheint, und mit Formulierungen wie „ein sich verzehrender Verrückter“ Beresowskij diskreditieren sollen, läßt darauf schließen, daß der Artikel gezielt eingesetzt wurde, um eine bestimmte Meinung in der russischen Öffentlichkeit zu verbreiten. Es zeugt aber auch von einer gewissen Nervosität der Mächtigen, denn der Ex-Oligarch scheint, allen gegenteiligen Zeitungsberichten zum Trotz, immer noch genügend Einfluß in Rußland zu haben, um den Ausgang der bevorstehenden Parlamentswahlen und eventuell der Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr beeinflussen zu können.

Beresowskij unterstützt mit viel Geld von seinem Exil aus Menschenrechtsorganisationen und Oppositionelle. Sollte es ihm gelingen, in Rußland vor den Wahlen ein Bewußtsein für die vielerorts fatale Lage der kleinen Leute zu schaffen, könnte es für die Regierungspartei „Einiges Rußland“ eng werden, vor allem in den Regionen, in denen die Menschen bislang von Rußlands Reichtum nicht profitieren konnten. Obwohl die Präsenz der Putin-Partei allerorts durch übergroße Wahlplakate gegeben ist und Putin übers Fernsehen auch in den entferntesten Winkeln des Landes gegenwärtig ist, findet die Partei nicht überall die Unterstützung, die sie für die Wahl benötigt.

Präsident Putin hingegen genießt großes Ansehen in der Bevölkerung. Die Menschen sehen in ihm den großen starken Herrscher, den sie – vor allem nach den desaströsen Jahren der Perestrojka – zu brauchen glauben. Putin hat Rußland geeint und ihm zu neuem Ansehen in der Welt verholfen.

Ob Putin wieder kandidieren wird, ist offen. Jedoch ist der Präsident bereits angetreten, seine Nachfolge zu regeln. Gouverneure, die der Regierung nicht treu ergeben sind, werden ausgewechselt, damit die „vertikale Machtachse“ erhalten bleibt. Menschenrechtler wie Politkowskaja passen nicht in das Bild vom starken Staat.



Anna Politkowskaja: Sie starb, weil sie sich zu sehr für Tschetschenien einsetzte. Foto: ddp

Feind im Innern

Mazedonien prosperiert, doch radikale Albaner sorgen für Unruhe

Von WOLF OSCHLIES

Bereit sein ist alles, mag sich Branko Crvenkovski, Staatsoberhaupt der Republik Mazedonien, gedacht haben, als er zum 23. August den mazedonischen Sicherheitsrat einberief. Zu diesem gehören der Präsident selber, Außenminister Antonio Miloschoski, Verteidigungsminister Lasar Elenovski sowie weitere Minister, Parlamentarier und Parteivorsitzende. Einen direkten Anlaß, über die Sicherheit Mazedoniens zu debattieren, gab es nicht, wohl aber eine mühsam gezügelte Nervosität über die Lage im benachbarten Kosovo. Dessen „finaler Status“ ist seit acht Jahren Gegenstand internationaler Beratungen und Planungen, aber konstruktive Schritte sind bislang nicht herausgekommen. Die internationale Gemeinschaft, zivil mit der UN-Übergangsverwaltung (UNMIK) und militärisch mit den Kosovo-Forces (Kfor) vor Ort, möchte die Region rasch verlassen, was bei jährlichen Kosten von rund 50 Milliarden Euro verständlich ist. Aber das Kosovo verlassen hieße, es der terroristischen UCK zu überantworten, die ohnehin die heimliche Allmacht im Kosovo ausübt.

Derzeit laufen die Dinge auf eine Teilung des Kosovo zu, denn die kompakt von Serben besiedelten Gebiete, speziell die nördliche Region Kosovska Mitrovica, sind mittlerweile der albanischen Kontrolle restlos entzogen. In Mazedonien befürchtet man, daß die Kosovaren territoriale „Kompensationen“ fordern werden und dafür die mehrheitlich von Albanern bewohnten westmazedonischen Gebiete im Blick haben. Um diese hat Mazedonien 2001 einen blutigen Krieg geführt, als ihm „etwas passierte, was es in der Menschheitsgeschichte noch nie gegeben hat: Ein souveräner Staat ist einer Aggression aus einem internationalen Protektorat ausgesetzt“. So 2001 Minister Miloschoski, der gegenwärtig eine Neuauflage der einstigen Konflikte befürchtet. So denken auch andere Politiker, und darum die jetzige Sitzung.

Mazedonien durchlebt momentan eine Phase der politischen Ruhe und ökonomischen Prosperität. Die liberal-konservative Regierung unter Premier Nikola Gruevski, einem international anerkannten Finanzexperten, konnte in den letzten zwei Wochen „Geschenke“ verteilen – Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst, Anhebung der Renten, Preisminderungen für Medikamente etc. –, woran bei ihrem Amtsantritt vor einem Jahr noch nicht zu denken war. So etwas mißfällt den albanischen Radikalen, die sich derzeit bemühen, gestrige Niederlagen in heutige Siege zu verwandeln. Die Kämpfe von 2001 wurden von einer UCK-Filiale namens „Albanische Befreiungsarmee“ (ONA) geführt, deren Veteranen, allen voran ONA-„Kommandant“ Ali Ahmeti, sich zur „Demokratischen Union für Integration“ (DUI) zusammengetan haben. Die DUI ist zwar die mit Abstand stärkste Albanerpartei in Mazedonien, aber Premier Gruevski hält sie für „undemokratisch“ und „unfähig“ und hat ihr Regierungsbeteiligung verwehrt. Das hat die DUI früher mit Straßenblockaden beantwortet und präsentiert nun ihr altes Programm unerfüllbarer Maximalforderungen, die letztlich auf eine Zerschlagung Mazedoniens hinauslaufen.

Das alles läuft unter der Losung „endgültige Implementierung des Ohrid-Abkommens“. In Ohrid – einer wunderschönen Stadt am gleichnamigen Bergsee, die beide auf der Unesco-Liste des Weltkulturerbes stehen – wurde im August 2001 ein Vertrag signiert, der die Rechte ethnischer Minderheiten fixierte. Da diese Rechte in Mazedonien ohnehin längst bestanden und praktiziert wurden, mußte sich im politischen Alltagsgeschäft kaum etwas ändern. Die jetzige DUI-Taktik, immer neue Postulate zu erheben und sie als Teile des Ohrid-Abkommens zu deklarieren, ist politischer Nonsens. Die DUI sieht, wie ihr Einfluß unter den Albanern in Mazedonien (knapp 25 Prozent der Bevölkerung) schwindet, während das internationale Ansehen der Republik laufend steigt. Deswegen wagt sie einen letzten Kraftakt und läßt durch Herolde wie den Angeordneten Rafiz Aliti kaum verhüllte Gewalt- und Kriegsdrohungen äußern.

Im Detail verlangt die DUI die Aufwertung des Albanischen zur „zweiten Staatssprache“, Renten für „frühere ONA-Kämpfer“, eine „Föderalisierung Mazedoniens“, eine ethnische Teilung des Hochschulwesens, albanische Flagge und Wappen neben mazedonischen Staatssymbolen.

Was die albanischen Radikalen wirklich wollen, demonstrieren sie derzeit auf zweisprachigen Orts- und Straßenschildern: Auf denen sind die mazedonisch-kyrillischen Namen durchgestrichen. Doch die Armee Mazedoniens ist gewappnet, ihre Kampfkraft wurde bereits auf Nato-Standard gebracht.

Partnersuche

Pakistans Musharraf kämpft um Machterhalt

Der pakistanische Präsident Perves Muscharraf mußte eine weitere Niederlage einstecken: Der oberste Gerichtshof entschied, daß der frühere Premierminister Nawas Scharif aus dem Exil in Saudi-Arabien heimkehren und damit auch bei den noch für dieses Jahr geplanten Parlamentswahlen antreten darf. Die Entscheidung erfolgte unter Vorsitz jenes Richters, den Muscharraf im März aus dem Amt gejagt hatte, aber auf Geheiß des höchsten Gerichts wieder einsetzen mußte.

Intim-Feind Sharif darf wieder einreisen

Als Premierminister hatte Scharif 1998 Muscharraf an die Spitze der Armee berufen. Zwischen den beiden kam es aber bald zu Zerwürfnissen. Scharif versuchte 1999, Muscharraf an der Rückkehr von einer Auslandsreise zu hindern, indem er seinem Flugzeug die Landeerlaubnis verweigerte. Daraufhin wurde er in einem unblutigen Putsch von Muscharraf abgesetzt und inhaftiert. Nach Verurteilung zu lebenslänglichem Kerker wegen Korruption und „versuchter Flugzeugentführung“ durfte er aber wenige Monate später ins Exil gehen. Die Regierung hat angekündigt, ihn bei allfälliger Einreise neuerlich zu verhaften. Scharif ist Chef der Pakistanischen Muslim-Liga – einst das Gegenstück zur indischen Kongreßpartei. Er gilt als erbitterter Gegner der in Dubai lebenden früheren Premierministerin Benasir Bhutto, die neuerdings bei den USA hoch im Kurs steht. Denn Washington hat im „Krieg gegen den Terror“ kein Vertrauen mehr zu Muscharraf, findet jedoch keine Alternative und möchte, daß Muscharraf Bhutto zur Premierministerin macht. Daß Bhutto 1996 die Taliban-Regierung in Afghanistan anerkannte, ist offenbar verziehen.

Da Musharraf sich von einer Zusammenarbeit mit Bhutto mehr erhofft, hat er bereits Vertreter zu ihr geschickt, um mit ihr Bedingungen für eine mögliche Koalition auszuhandeln. Da sich die liberale Bhutto genau wie Musharraf offen gegen militante Islamisten stellt, gilt sie als natürliche Verbündete des pakistanischen Präsidenten.

Der nun zurückkehrende Nawaz Sharif hingegen gilt als religiöser Hardliner. *RGK / Bel*

Aussteigen oder Weitermachen?

Das Dilemma mit Afghanistan und dem Irak – Einblicke in die Zukunft

Von R. G. Kerschhofer



Auf der Suche nach Taliban: Bundeswehrsoldat auf Patrouille in Afghanistan Foto: ddp

Die Kriegsmüdigkeit nimmt überhand – in den USA wie in allen anderen Ländern, die Truppen in Afghanistan oder im Irak stationiert haben. Die eigenen Verluste spielen dabei ebenso mit wie die Tatsache, daß die kostspieligen Einsätze seit 2001 in Afghanistan und seit 2003 im Irak bisher keine nachhaltigen Erfolge zeitigten. Warum aber halten die Regierungen trotzdem an einer sichtlich verfehlten Strategie fest? Und manche Parteien, die heute in der Opposition auf Rückzug drängen, würden in einer Regierung mit den Wölfen heulen.

Als Rechtfertigung werden sowohl moralisierende Argumente angeführt als auch Horror-Szenarien gemalt. Da heißt es etwa, man dürfe „die Leute dort“ nicht im Stich lassen. Doch werden nicht auch andere Leute weltweit im Stich gelassen? Und natürlich heißt es, man müsse internationale Verpflichtungen einhalten. Das zieht beim Afghanistan-Krieg besser, denn der hat ein Nato-Mäntelchen und ein UN-Mäntelchen. Aus dem Grund wird jetzt auch „eine stärkere Rolle der Uno im Irak“ gefordert – was zwar nichts bringen, aber Verantwortung und Kosten breiter streuen würde.

Präsident Bush erklärte vorige Woche, man müsse die Terroristen „dort“ bekämpfen, sonst kämen sie „zu uns“, gemeint sind die USA. In Wahrheit gedeihen Terroristen, eben weil man „dort“ auf fragwürdige Kriegshandlungen setzt. Und eben weil man sie „dort“ bekämpft, weichen sie auf andere Ziele aus. Und sie weichen nicht in die verbarrikadierten USA aus, sondern nehmen US-Verbündete ins Visier.

Während ein Abzug einzelner Militär-Kontingente keine grundsätzliche Änderung der Lage vor Ort brächte, kann man sich bei einem Abzug von Amerikanern und Briten Horror-Szenarien gut vorstellen: Nicht daß Chaos ausbrechen würde – nein, es würde sich bloß das jetzige Chaos verschlimmern. „Darf“ man das riskieren? Die Geschichte lehrt, daß aus Chaos früher oder später wieder Ordnung entsteht – auch ohne äußere Eingriffe. Die eigentliche Frage ist also, ob das ein größeres Übel wäre als die unbefristete Fortschreibung des Ist-Zustands.

Trotz etlicher Parallelen zwischen Afghanistan und Irak gibt es Unterschiede. Der Irak hat mehrere starke und stabile Nachbarn. Der schiitische Ministerpräsident Al-Maliki, den außer sunnitischen auch schiitische Minister verlassen haben und dessen Rückendeckung durch die USA im Schwinden ist, ging nicht zufällig auf Rundreise nach Ankara, Teheran und Damaskus. Riad könnte folgen.

Denn alle Nachbarn, auch Jordanien und Kuwait, haben ein elementares Interesse daran, daß der Irak als Staatsgebilde erhalten bleibt – die Türkei und der Iran vor allem aus Angst vor einer Unabhängigkeit der irakischen Kurdengebiete. Und die Hauptkontrahenten Iran und Saudi-Arabien haben auch die Macht, ihre Klientel im Irak – die Schiiten beziehungsweise die Sunniten – auf dieser Linie zu halten. Ein Abzug der USA würde sie zwingen, sich auf ein Abstecken ihrer Einflußgebiete zu einigen, denn einen Krieg gegeneinander würden sie innenpolitisch nicht verkraften.

Unbekannte Größe bliebe, was man grob vereinfachend El-Kaida nennt – und was akute Motivationsprobleme bekäme, wenn das Feindbild, „der große Satan USA“, nicht mehr greifbar wäre! Doch können sich die USA zurückziehen, wenn die irakischen Erdölfelder an amerikanische und britische Konzerne privatisiert sind?

Afghanistan, wo die Stammes-Strukturen eine ungleich größere Rolle spielen, würde voraussichtlich in „Teilfürstentümer“ zerfallen – kaum ein Unterschied zur jetzigen Situation. Braucht man überhaupt eine Zentralregierung, wenn es nichts zu verteilen gibt? Daß die Taliban mehr als nur ein paar Landstriche unter ihre Kontrolle bringen könnten, ist wenig wahrscheinlich. Aber wenn die Afghanen nicht selber zu größeren Opfern bereit sind, werden sie den islamistischen Terror eben akzeptieren müssen. Die Opium-Produktion ist übrigens trotz „Gesamtstaatlichkeit“ und trotz fremder Truppen heute höher als je zuvor.

Doch was wären die internationalen Auswirkungen? Obwohl wieder eine Art Kalter Krieg zu drohen scheint, würde sich Rußland hüten, in das Wespennest Afghanistan zu stechen. Präsident Putin hat die Genugtuung, daß die zentralasiatischen Ex-Sowjetrepubliken ihr Öl und Gas via Rußland vermarkten. Hinfällig ist die Anbindung dieser Staaten an die USA durch Gas- und Öldienstleister von Zentralasien zum indischen Ozean – ein Plan, den manche als wahren Grund für die US-Intervention in Afghanistan ansehen.

Gewiß, der Zerfall Afghanistans könnte auf den südlichen Nachbarn Pakistan übergreifen – oder dort genau umgekehrt die zivilen und gemäßigten Kräfte mobilisieren! Daß sich die Stammesführer der 33 Millionen Paschtunen diesseits und jenseits der Grenze auf die Errichtung eines eigenen Staates einigen könnten, ist ohnehin nur eine theoretische Möglichkeit.

Als großes Fragezeichen bleibt also wieder El-Kaida. Tatsache ist, daß die bisherigen Maßnahmen nichts brachten, doch ebenso, daß es gegen irre Fanatiker keinen 100prozentigen Schutz gibt. Wenn sie jedoch keine lebenden Zielscheiben mehr frei Haus geliefert bekämen, würden sich auch ihre Medienpräsenz und damit ihr Zulauf drastisch verringern! Zugleich könnten sich westliche Regierungen nicht mehr auf den Popanz El-Kaida berufen, um ihren Bürgern immer neue Lasten aufzuzwingen. Oder sollte hier der Schlüssel zur eingangs erwähnten Frage zu suchen sein?

MELDUNGEN

Zaun soll Flucht verhindern

Seoul – Nordkorea hat mit dem Bau eines Grenzzaunes nach China begonnen. Da aufgrund von bitterer Not und politischer Verfolgung Zehntausende Nordkoreaner in den vergangenen Jahren nach China geflohen sind, um sich von dort teilweise weiter nach Südkorea durchzuschlagen, versucht Nordkorea nun, die Flucht seiner Bevölkerung zu unterbinden. 2006 wurde bereits auf chinesischer Seite ein Zaun gebaut, der die Nordkoreaner abhalten sollte, denn auch China ist über die Flüchtlinge nicht erfreut. Laut Menschenrechtsorganisationen sollen sich sogar Hunderttausende Nordkoreaner inzwischen in Chinas Nordosten aufhalten.

»Imperialisten ausschalten«

Caracas – Venezuelas Präsident Chavez macht derzeit publik, daß er von Rußland 5000 Dragunow-Gewehre gekauft hat. Jeder Imperialist, der sich Venezuela nähere, würde sofort ausgeschaltet werden, so die Warnung, die speziell Richtung USA geht. Neben bereits von Rußland erworbenen Kampfflugzeugen und Sturmgewehren verhandelt Caracas mit Moskau über den Kauf von U-Booten.

Endlich Wahlen nach Putsch

Bangkok – Wie von den Putschisten versprochen, kommt es in Thailand noch in diesem Jahr zu Parlamentswahlen. 2006 hatte das Militär – offenbar mit Zustimmung von König Bhumibol Adulyadej – den für Korruption und Vetternwirtschaft bekannten Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra abgesetzt. Nachdem vergangene Woche die neue Verfassung mit 57,8 Prozent angenommen worden ist – 42,2 Prozent der Wahlberechtigten stimmten allerdings mit Nein –, finden am 23. Dezember Wahlen statt. Gerade in ländlichen Regionen hat der im Exil lebende Thaksin aber noch viele Anhänger.

Massenarmut in der Schatzkammer Asiens

Die Mongolei hat zahlreiche Bodenschätze, doch hiervon profitieren nur die postkommunistischen Kader

Von A. Rothacher

Schon aus der Entfernung sieht man die eigenwillige Skyline der verarmten Millionenstadt Ulan Bator: Die Vielzahl der Baukräne ist unübersehbares Anzeichen des Aufschwungs ebenso wie die sich verbreitenden schadstoffgeschwängerten Verkehrstaus in der Hauptstadt. Seit vier Jahren beginnt sich die mongolische Wirtschaft nach der schweren Krise des Nachwendejahrzehnts zu erholen. Dabei hat jene junge Demokratie, die sich 1990 aus eigener Kraft nach einer Intellektuellenrevolte von dem seit 1924 bestehenden sowjetischen Joch befreite, noch einen Berg an ererbten und teils auch selbstverschuldeten Folgeproblemen abzuarbeiten. Nach Landesart geht das Hirtenvolk, dessen Vorfahren vor 800 Jahren den eurasischen Kontinent noch in Angst und Schrecken versetzten, mit einer freundlichen Gelassenheit und seine politische Klasse mit einer Mischung aus Selbstbereicherung und Nonchalance an die Problemlösungen heran.

Verantwortlich für den Aufschwung ist der dramatische Anstieg der Weltrohstoffpreise, der durch die unersättliche Nachfrage des großen chinesischen Nachbarn ausgelöst wurde, und der die Mongolei trotz ihrer schlechten Verkehrserschließung als eines der an Bodenschätzen reichsten Länder der Welt begünstigt. So sorgen der Verkauf von Kupfer, Gold, Kohle, Nickel, Eisenerz, Uran, Zinn, Zink, Wolfram, Molybdän und Flußspat für 76 Prozent der Exporterlöse und 18 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Doch sind die Gewinne des Rohstoffreichtums ungleich verteilt. So besitzen sechs Spitzenkader der postkommunistischen, seit 2000 wieder regierenden Mongolischen Revolutionären

Hunger durch Überweidung

Volkspartei (MRVP) – darunter Staatpräsident Enchbajar und sein Vorgänger Ochirbat – die Lizenzen zum Tagebau jener Kokskohle.

Der wichtigste Wirtschaftszweig der Mongolei ist weiter die Landwirtschaft mit 30 Prozent des BIP. Die Hälfte der Bevölkerung lebt auf dem Lande und fast ausschließlich von den Erträgen der Weidewirtschaft: Fleisch, Milch, Kaschmirwolle und Häuten. So wurde aufgrund der massiven Überweidung die Erosion von Böden zumal im Gebirge und in die Versteppung entlang der Wüste Gobi stark beschleunigt. Während der trockenen Sommer und bitterkalten Winter von 1999–2002 starben dann große Teile der geschwächten Herden. Die ihrer Tiere beraubten Hirten zogen damals mittellos mit ihren Zelten und Familien in die Städte. Da die 21 Provinzhauptstädte bestenfalls Mittelstädte mit bis zu 70 000 Einwohnern sind – die meisten sind nichts anderes als übergroße Dörfer – landeten fast alle in Ulan Bator. Seine Einwohnerzahl schwoll binnen eines Jahrzehnts von 150 000 auf eine Million an. Das entspricht 40 Prozent der Gesamtbevölkerung. Angesichts der Härten des Landlebens würden nach Umfragen 99 Prozent der Landjugend in die Städte ziehen.

Während neureiche, von hohen Schutzmauern umzäunte Villenviertel in Ulan Bator hochgezogen werden, Luxuslimousinen Rekordabsätze erzielen und manche der Wendegewinner, wie der mongolische Autor Galsan Tschinag bitter beobachtete, zu „sauf- und freßgierigen Affen“ wurden, leben 27 Prozent der Städter und 43 Prozent der Landbevölkerung unter der Armutsschwelle von einem US-Dollar pro Tag. Allein in Ulan Bator müssen sich 4000 bis 10 000 Straßenkinder – ähnlich wie im Bukarest der Nachwendezeit – mit Betteln, Kleinkriminalität, Autowaschen oder als Schuhputzer durchschlagen. Auch mit den sich ausbreitenden Slumvierteln von Holzhütten und Jurten hinter Bretterzäunen, die sich nach allen Himmelsrichtungen an den Berghängen ausbreiten, scheint die Stadtverwaltung Ulan Bators überfordert. Sie liefert weder Wasser noch Strom. Abfall- und Abwasserentsorgung finden nicht statt.

Die Schulen von Ulan Bator sind wegen des Kinderreichtums der Städter und mehr noch der zugewanderten Hirten so überfüllt, daß der Unterricht in drei Schichten gegeben werden muß. Oft wird den Zugewanderten auch die Einschulung schlicht verweigert. Schon Zwölfjährige müssen dann als Zigarettenverkäufer, Müllsammler und Lastenträger für 100 Tugrig (7

Schulunterricht in drei Schichten

Cents) am Tag ihr Berufsleben beginnen.

Das beim Bergbau, der Verhüttung, der Lederverarbeitung und dem städtischen Verbrauch entstehende Abwasser wird meist ungeklärt in die wenigen Flüsse geleitet, die damit als Trinkwasser und für Bewässerungszwecke ausfallen. Ein Großteil der in der Mongolei belasteten Flüsse mündet in den Baikalsee, dessen Zustand zu Balladen bald nicht mehr Anlaß geben wird. Der Bergbau findet ohne Umweltauflagen statt. Im Tagebau entstehen Mondlandschaften. Ebenso ungeregelt sind die vorzeitlichen Heizkraftwerke sowjetischer Bauart in der Hauptstadt, die in eine schwefelhaltige Dunstglocke gehüllt ist.

Zu den Erblasten des Kommunismus zählt die staatsanwaltschaftliche Praxis statt aufwendiger Ermittlungsarbeiten lieber Geständnisse aus den Verdächtigen zu prügeln. Auch wird die Todesstrafe noch unter großer Geheimhaltung vollstreckt (1990–2000: 259 Todesurteile). Abgesehen von einem – weiter unaufgeklärten – Mord im Jahre 1998 an den Demokratieaktivisten Zorig, der zuviel über die Korruption der MRVP-Kader wußte und öffentlich zu machen drohte, gibt es in der Mongolei jedoch keine politische Gewalt. Wenn Menschenrechtsverletzungen erfolgen, so sind sie, wie etwa im Elend der Gefängnisse, eher in Armut und Unterentwicklung begründet, als im bösen Willen der Regierung.

Die größten Probleme der Mongolei sind der fehlende Binnenmarkt, der mangelhafte Zustand von Infrastruktur und internationaler Verkehrsanbindung, ungenügende Berufsausbildung, eine nicht ergebnisorientierte Arbeitsmoral sowie Korruption. Der Weg der Mongolei zu einer nachhaltigen Ressourcenentwicklung und zu einem dem Rohstoffreichtum entsprechenden Massenwohlstand ist noch weit, aber nicht hoffnungslos.

»Moment mal!«



Nähe zum Gegner – Lafontaine und die NPD

Von Klaus Rainer Röhl

In der „Bild"-Zeitung wird auf der Seite 2, wo täglich deutsche Innenpolitik für Millionen Leser gemacht wird, der Linken-Führer Oskar Lafontaine als Populist angegriffen und sogar mit der NDP und dem gestorbenen Rechtspolitiker Schönhuber („Ich war dabei" – bei der Waffen-SS nämlich) verglichen. Die Übereinstimmung ist groß. Sagt Lafontaine „Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, daß Familienväter und -mütter arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen", so druckt „Bild" gleich darunter die Forderung der NPD: „Jeder Deutsche hat das Recht auf Arbeit. Arbeitsplätze sind zuerst an Deutsche zu vergeben." Lesen Sie mal, wie sich ihre Sprüche gleichen, titelt „Bild" dazu. Und weiter Lafontaine: „Die Bundeswehr darf nicht weiter für Militärinterventionen im Ausland eingesetzt werden ... Militärbündnisse wie die Nato wollen wir überwinden." Dazu die NPD: „Deutsche Streitkräfte dürfen nicht Mittel internationaler Großmachtpolitik sein. Daher fordern wir den Austritt aus der Nato."

Was beabsichtigt Deutschlands größte Tageszeitung mit dem Vergleich? In der „Bild"-Zeitung, dafür sorgt deren Chef Diekmann für ein sechsstelliges Jahresgehalt, geschieht nichts zufällig. Weder auf Seite 1, wo die Katastrophen und die Nackten ihren Platz haben, noch auf der politisch brisanten Seite 2. Wie haben wir uns also den Angriff auf Lafontaine und die ausführlichen Zitate aus NPD-Reden für Millionen Leser zu erklären? Die Erklärung ist einfach: Die „Bild"-Zeitung hat, was laut Inschrift im Parteibuch der KPD Aufgabe jedes guten Kommunisten sein sollte, aber nie war, „das Ohr an der Masse". Und sie hat die selbstgestellte Aufgabe, diese Masse zu erziehen.

Eine große Anzahl der Deutschen, rund ein Drittel, mit steigender Tendenz auch im Westen, ist unzufrieden mit der Politik. Mit der Politik der Regierungsparteien, vor allem aber mit der SPD. Die Volksparteien bröckeln. Was tun?

Sollen wir nun für Lafontaine sein? Oder gar für die NPD? Nein. Das sind ja gerade die gefürchteten „Populisten", die Rattenfänger oder Volksverführer. Wie Lafontaine, der Linken-Flüsterer, der der führungsschwachen SPD jeden Tag mehr zusetzt. Jedenfalls trägt er sehr zu ihrer allmählichen Auflösung als Volkspartei bei. Aber auch rechts sind die Rattenfänger am Werk, die der CDU das Wasser abgraben könnten, selbst der CSU, die allmählich schon vor den Wahlen steht und kein Prozent an eine Splitterpartei abgeben darf. Es geht aufwärts mit uns, doch wir fragen nicht, wann. 35 Prozent der Deutschen geht es gut. Abgeordnete des Bundes oder der Länderparlamente gehören übrigens auch dazu. Sie haben halbwegs sichere Arbeitsplätze und fahren schöne neue, schadstoffreie Autos, treiben Sport und essen gesund und fahren im Urlaub in interessante Länder, wo die Bekannten noch nicht alle waren. Ihre Söhne und Töchter gehen auf eine „gute Schule", essen nur selten bei McDonalds und nach dem Abitur gehen sie „selbstverständlich" ins Ausland, um Sprachen zu lernen. Die 35 Prozent fühlen sich wohl, meist rundum wohl, wenn nicht, nehmen sie einen wirklich „guten Psychiater". Die Frau oder Lebenspartnerin arbeitet in einem „intelligenten" Beruf, ist in Grenzen emanzipiert, fand Alice Schwarzer früher aber grauslich, die heutige, alt und milde gewordene Alice – bemerkenswert. Tolle Karriere.

Sie sind, wie man so schön sagt, an Menschen interessiert, nie national, sondern eben global, ausländerfeindlich nie, sie sehen auch nur nette, freundliche Ausländer, den „wirklich guten" türkischen Gemüsemann an der Ecke oder den portugiesischen oder japanischen Kollegen im Tennisclub. Alles locker. Auch in der Politik. Kein Publikum für Lafontaine. Dieser Populist! Rechte kennen sie nur vom Fernsehen her, mögen sie schon aus ästhetischen Gründen nicht. Unter rechts verstehen sie auch Vertriebene auf ihren Jahrestreffen. Ihre Meinung darüber sagt ihnen der Fernsehkommentator. Sie sprechen nur nach.

Mindestens 35 Prozent aller Deutschen geht es schlecht, mit steigender Tendenz. Sie sind arbeitslos oder Rentner oder haben nur einen wackeligen Job und keine richtigen Aussichten und kein Geld mehr in Reserve. Sie sehen für sich und die Zukunft schwarz, tiefschwarz. Nicht nur in der früheren DDR, auch im Westen.

Sind diese Mitbürger eigentlich dumm? Und deshalb in Gefahr, auf Populisten und Rattenfänger hereinzufallen? Im Gegenteil. Sie sind ohne Illusionen und deshalb hellhörig. Sie sind zwar manchmal verzweifelt und am Abend manchmal schon betrunken. Aber sie sehen, was geschieht, nicht nur mit ihnen. Mit dem ganzen Volk. Dumm und gleichgültig sind eher die gut oder halbwegs gut Verdienenden, sie lassen sich leichter verführen vom schönen Schein der Worte und Kontoauszüge. Zur Maxime ihres Handelns machen sie, was ihnen nützt. Die Nutznießer der Drittel-Gesellschaft sind kurzsichtig. Erst wenn sie auf den Bauch fallen, werden sie wehleidig. Sie sind, vom Standpunkt des Gemeinwohls betrachtet, denkfaul und dumm.

Die da unten sind aufmerksamer, mißtrauischer, klüger. Sie leben bewußter. Weil sie dauernd aufpassen müssen, bei jedem Einkauf und jedem Schluck Kaffee, den sie trinken und jedem Lichtschalter, den sie anknipsen. Sie leben von 967 Euro Rente (statistischer Durchschnitt) bei 500 Euro Miete und Strom und anderen Nebenkosten. Sie leben von Schulden oder von dem bißchen Vermögen, das sie früher hatten, oder von ihren Eltern oder ihrer Frau. Aber sie leben von Tag zu Tag schlechter. Ihre Kinder und Enkelkinder auch. Viele aber leben nur von Hartz IV.

Lesen wir dazu noch einmal die Zitate aus der „Bild"-Zeitung. Originalton Lafontaine: „Hartz IV muß weg. Das ist Armut per Gesetz!" NPD-Chef Udo Voigt: „Hartz IV ist Armut per Gesetz!" Wie sich der Ton doch gleicht, mokiert sich das Massenblatt.



„Populisten" mit ähnlichen Forderungen: Franz Schönhuber (l., † 2005) und Oskar Lafontaine

Fotos (2): ddp

Die da unten werden immer mehr. Die Mitte bröckelt ab. Sie haben jeden Tag mehr Wut im Bauch und glauben immer weniger dem Fernsehen, dem Radio und den Zeitungen. Und diese Wut ist gefährlich. Gefährlich nicht nur für das System der Sozialen Marktwirtschaft, des ausgewogenen Wohlstands. Auch für seine Voraussetzung: Die funktionierende Demokratie, in der jeder für das Gemeinwohl arbeitet. Die Deutschen da unten in der Gesellschaft glauben einfach nicht mehr daran, daß das obere Drittel noch nach dem „Kategorischen Imperativ" des großen Königsbergers Kant handelt. Daß die Behörden unbestechlich sind. Daß Ärzte noch gemäß dem Eid des Hypokrates arbeiten, Beamte nach der Devise des Preußenkönigs „Ich dien'". Sie glauben nicht so recht, daß Angela Merkel und Wolfgang Bosbach konservativ und national denken und handeln. Oder SPD-Chef Beck die soziale Gerechtigkeit will. Sie hören viel reden von Europa, vom Gemeinwohl, von „Werten". Wofür sollen sie und ihre Kinder arbeiten, lange Wege und harte Einsparungen in Kauf nehmen, wenn es keine Werte mehr geben darf, und leider auch keine Nation, keine Identität mit dem eigenen Volk. Statt dessen dürfen sie – schon ein Schützenfest gilt als rassistisch – zusammen mit ihren soeben aus Anatolien und Marokko zugezogenen Muslimen mit deutschem Paß ein multikulturelles Stadtteilfest besuchen, während die Nachbarvölker lautstark ihr Land feiern, in Paris ebenso wie in Warschau. Sollen sie ihre Identität auf den Wohlstand gründen und den „Verfassungspatriotismus" statt auf Deutschland? Der Wohlstand ist – für sie – weg. Das Zutrauen auch.

Sie glauben an nichts mehr. Und das ist schlecht. Diese Gruppe von Menschen sprechen die beiden von „Bild" genannten Extrem-Parteien gezielt an. Wir leben schon in Erwartung der nächsten Wahl, im Januar in Bayern, und kurz vor den Wahlen kommt es auch auf minimale Prozentpunkte an. Und auf Treu und Glauben. Daß die CSU deutschfreundlich und sozial ist. Wackelt das Vertrauen, dann ist das ganze System in Gefahr, zu der die „Bild"-Zeitung ebenso gehört wie die linke „taz". Dann ist der Schaden da. Kurz vor den Wahlen werden also auch Angela Merkels Berater ihr Herz entdecken für die deutschen Eingeborenen, für die Leitkultur, für die Mütter, die arbeiten, und für die, die zu Hause bleiben wollen, für die deutsche Sprache, für Tugenden wie Ordnung und Sparsamkeit und Unbestechlichkeit, über die Lafontaine 1989 gespottet hat, daß es „Sekundär-Tugenden" seien, mit denen man auch ein KZ führen könne.

Wenn die Bundestagswahl kommt, wird man sogar sein Herz für die Vertriebenen entdecken. Und das Zentrum gegen Vertreibungen gegen den Willen der SPD und Polens bauen. Ja? Wahrscheinlich einen Monat vor der Bundestagswahl. Achten wir nicht auf die Worte, nur auf die Taten. Es gilt das eingelöste Wort.

„Nähe zum Gegner – Über die Zusammenarbeit von Nationalsozialisten und Kommunisten beim Berliner BVG-Streik von 1932" lautet der Titel der Doktorarbeit, mit der Dr. Klaus Rainer Röhl bei Prof. Ernst Nolte promoviert hat. Frankfurt / M. 1992 (Campus Verlag)

Einfach nur ein Gebäude?

Am »Tag des offenen Denkmals« können in diesem Jahr historische Sakralbauten besucht werden

Von Helga Steinberg

In diesem Jahr wird ein neuer Rekord erreicht werden", freut sich die Deutsche Stiftung Denkmalschutz (DSD) und kündigt über 9500 historische Gebäude in mehr als 3000 Städten und Gemeinden an, die ihre Pforten am „Tag des offenen Denkmals" für interessierte Besucher öffnen werden. Zum 15. Mal wird diese Aktion, die unter der Schirmherrschaft des Europarats steht, in Deutschland durchgeführt. Insgesamt waren es bisher über 45 Millionen Menschen, die sich in dieser Form für das kulturelle Erbe interessiert haben.

Das Motto des diesjährigen „Tags des offenen Denkmals" am 9. September lautet „Orte der Einkehr und des Gebets – Historische Sakralbauten". Eröffnet wird er von Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee auf dem Haidplatz in Regensburg, dem jüngsten Mitglied auf der Liste der deutschen Unesco-Weltkulturerbestätten mit einem reichen Bestand an historischen Sakralbauten.

Doch nicht nur Kirchen, Kapellen, Klöster, Synagogen und Moscheen sollen Besucher willkommen heißen, auch „Wegekreuze, Stätten mit kultischem Hintergrund, Denkmale entlang der alten Pilgerwege, Spitäler, Schulen und Stifte, die auf kirchliche Gründer und Erbauer zurückgehen" stehen im Mittelpunkt des Interesses. „Die Geschichte des abendländischen Europa ist viel enger mit dem religiösen Leben verwoben, als heute für den oberflächlichen Blick erkennbar. Die historischen Sakralbauten sind wie Schlüssellöcher, durch die wir das reiche sakrale Erbe Europas wiederentdecken. Und es sind erstaunlich aktuelle Inhalte, die da zum Vorschein kommen: Als mäzenatische, bildungspolitische, sozialkaritative und interkulturelle Akteure haben die großen Kirchen und Religionsgemeinschaften das Wertefundament unseres Landes maßgeblich geprägt. An zahlreichen schon bekannten oder erstmals zugänglichen Denkmalen sollen diese alten Werte und Inhalte neu lesbar gemacht werden."

Viele der Kirchen sind oft nicht für jeden zugänglich wie etwa die Friedenskirche im Park von Sanssouci, 1845 bis 1854 von Ludwig Persius und Friedrich August Stüler nach Entwürfen von Friedrich Wilhelm IV. erbaut. Die Kirche dient als letzte Ruhestätte von Friedrich Wilhelm IV. und Kaiser Friedrich III. sowie den beiden Ehefrauen. Sonst nur auf Anfrage geöffnet ist die Dorfkirche in Potsdam-Uetz, die zwischen der Residenz Potsdam und dem Sommersitz der Königin Luise in Paretz liegt. An Stelle des heutigen Sakralbaus stand schon im 14. Jahrhundert ein Gotteshaus, das von einer geistlichen Bruderschaft errichtet wurde.



Erfurt: Romantischer Garten des Augustinerklosters Foto: DSD

Im Rahmen des „Tags des offenen Denkmals" wird man sich ganz gewiß auch eines Themas annehmen müssen, das in jüngster Vergangengeit die Gemüter mehr denn je bewegt hat: die sogenannte Umnutzung von Kichen. Viele Gotteshäuser stehen leer, weil die Kirchenbesucher wegbleiben, weil Pfarrgemeinden zusammengelegt wurden. Sie drohen zu verfallen, wenn nicht eine neue Nutzung gefunden wird. Die oft denkmalgeschützten Gebäude zu sanieren, kostet viel Geld, meist zuviel Geld. Was bleibt da anderes als ein Verkauf des Gotteshauses, um der noch viel schlimmeren Lösung, dem Abriß, zu entgehen? Anders als die evangelische Kirche, die in einer Kirche nur einen sakralen Raum sieht, wenn dort ein Gottesdienst abgehalten wird, ist für die katholische Kirche ein Gotteshaus „nicht ein Gebäude wie jedes andere, sondern ein steinernes Glaubenszeugnis" (Joachim Kardinal Meissner). Beide Konfessionen wünschen sich natürlich eine kirchliche oder kirchennahe Nutzung, auch sei der Einzug anderer christlicher Konfessionen durchaus denkbar. So zog die russische-orthodoxe Kirche in die Hamburger Gnadenkirche auf St. Pauli ein. Bildungs- und Kultureinrichtungen, Suppenküchen und andere soziale Gruppierungen finden eine neue Heimstatt in profanierten Kirchen. Das Konzept scheint im brandenburgischen Milow allerdings schiefgegangen zu sein. Dort rattert (wenn auch dezent) heute ein Geldautomat, wo einst der Altar stand. Die örtliche Sparkasse war der einzige Investor, der die Kirche vor dem Abriß retten konnte. Landauf, landab werden leerstehende Kirchen wie selbstverständlich als Wohnungen, Kunstschulen, Kindertagesstätten genutzt. Doch selbst denjenigen, die seit Jahren keinen Fuß in ein Gotteshaus gesetzt haben, stößt dies sauer auf. Was läuft da falsch?

»Der Balzac des deutschen Ostens«

150. Geburtstag von Hermann Sudermann: Blankensee feiert sich selbst und seinen berühmtesten Einwohner

Von Silke Osman

Es war eher ein Zufall, daß der spätere Dramatiker und Schriftsteller Hermann Sudermann am 30. September 1857 das Licht der Welt ausgerechnet in Matziken, Kreis Heydekrug, erblickte, diesem abseits gelegenen Winkel. Der Vater, aus der Elbinger Niederung stammend, war „zwei Meilen vor der russischen Grenze im Schneetreiben" steckengeblieben, erzählt Sudermann später im „Bilderbuch meiner Jugend": „Während er in dem Heydekrüger Gasthause sehnsüchtig auf die Weiterfahrt des Postschlittens wartete, erfuhr er von einem Tischnachbarn, daß unfern des Ortes eine Pachtung ausgeboten wurde, die für ihn geschaffen schien. Darum bin ich ‚zwischen den Wäldern' geboren, darum ist das Memelland, das geliebte und nun verlorene, meine Heimat geworden ..."

Dieser Heimat hat Sudermann in vielen Schauspielen, Erzählungen und Romanen ein eindrucksvolles Denkmal gesetzt. „Die Reise nach Tilsit" zum Beispiel wurde später mehrfach verfilmt. Die Geschichte von Ansas und Indre wird auch heute noch gern gelesen und spiegelt eindrucksvoll ein Bild längst vergangener Zeiten. Das Memelland, die Landschaft, die Menschen stehen im Mittelpunkt dieser Erzählung, die Sudermann in dem Band „Litauische Geschichten" 1917 veröffentlichte. Professor Dr. Helmut Motekat sieht in den Litauischen Geschichten „das stärkste und bleibende Werk Hermann Sudermanns" („Ostpreußische Literaturgeschichte", Schild Verlag, 1977). „In Sudermanns ‚Litauischen Geschichten' sind Landschaft und Menschen zwischen Tilsit, Memel und der Kurischen Nehrung mit dem liebenden Blick erfaßt, dem sich das unter der Oberfläche der Erscheinung verborgene Geheimnis des wahren Wesens und Empfindens seiner litauischen Landsleute erschloß."

Mehr als 100 Jahre sind vergangen, daß „Jolanthes Hochzeit" zum ersten Mal veröffentlicht wurde. Hermann Sudermann berichtete von einer Lesung im Berliner Kaiserhofsaal: „Vom ersten Momente an hatte ich mein Publikum in der Gewalt. Schon bei den Anfangsworten ‚Sehn Se, meine Härren ...' rauschte hörbar eine behagliche, genußfreudige Stimmung durch den Saal ... hie und da überraschte mich eine feiner und schärfer aufgefaßte Wendung – und drückte ich durch noch sorgfältigeres Pointieren ein fröhliches Gelächter heraus ... Zum Schlusse minutenlanger Beifall ..." Diese Hinwendung Sudermanns zur Heimat mag vor allem darin begründet gewesen sein, daß er trotz seines Erfolges beim Publikum den Spott der Berliner Literaturkritik nicht verwinden konnte. Die Heimat war so ein Ort der Geborgenheit, des mitmenschlichen Verständnisses. Es gibt wohl kaum einen Schriftsteller, der so viel Lob, aber auch so viel Kritik geerntet hat wie Sudermann. Oft hat man ihn mit seinem Zeitgenossen und Berufskollegen Gerhart Hauptmann verglichen, obwohl die Arbeit der beiden Dramatiker in Grundstimmung, Form und Gehalt nichts gemein hatte. Mit seinem ersten Schauspiel „Die Ehre" erlebte Sudermann den entscheidenden Durchbruch. Auch das zweite Stück „Heimat" war beim Publikum ein großer Erfolg. Die Kritik aber meldete erste Bedenken an. In der Folgezeit wurde sie zunehmend schärfer, so daß Sudermann sich nicht anders zu helfen versuchte, als selbst das Wort gegen die Kritiker zu richten. Mit der Broschüre „Verrohung der Theaterkritik" machte er seinem Herzen zwar Luft, gab aber den Kritikern nun erst recht Grund zu Sticheleien bis hin zu heftigen Angriffen. Alfred Kerr antwortete mit einer Gegenbroschüre unter dem nicht schmeichelhaften Titel „Herr Sudermann, der D ... D ... Dichter".

Den Spott der Literaturkritik konnte er nicht verwinden

Sudermann wandte sich schließlich 1902 ab von Berlin und hielt sich meist in seinem Schloß Blankensee auf, das er zu einem wahren Kleinod herrichten ließ. Heute erinnert dort die von Rolf Lauckner, dem Stiefsohn des Dichters, 1929 errichtete Hermann-Sudermann-Stiftung mit einem Sudermann-Zimmer an den Dichter und Dramatiker, den Paul Fechter in seiner „Geschichte der deutschen Literatur" als den „Balzac des Ostens" würdigte. Das Schloß gehört seit 1994 der Brandenburgischen Schlösser GmbH und wird jetzt als Hotel genutzt.

Großen Trubel wird es vom 9. bis 16. September in Blankensee geben. Einmal, um den 150. Geburtstag des Dichters zu feiern, zum anderen aber auch, um die Gemeinde Blankensee selbst hochleben zu lassen.

Man schrieb das Jahr 1307, als Blankensee zum ersten Mal urkundlich erwähnt wurde. Mit einer Festwoche will man diesen Geburtstag ausgiebig feiern. Theater, Vorführungen von Sudermann-Verfilmungen, Konzerte und natürlich ein buntes Markttreiben stehen auf dem Programm.

Sudermann hat die Renaissance seiner Bühnenwerke nicht mehr miterlebt, etwa die Neuinszenierung seines Dramas „Johannisfeuer aus dem Jahr 1901, das Jürgen Fehling nach dem Zweiten Weltkrieg im Berliner Staatstheater wieder auf die Bühne brachte.

Fechter: „Fehling bewies mit dieser Aufführung, daß Sudermann nicht ein Mann der Wirklichkeit, sondern der Schöpfer einer seltsam großartigen östlichen Phantasiewelt gewesen war, daß es darauf ankam, ihn aus dem engen Bannkreis des Naturalistischen zu lösen und in die wunderbare Unwirklichkeit des Visionären zu stellen, aus der sein Werk gewachsen war."

Das Literaturarchiv in Marbach / Neckar, wo im Cotta-Archiv der Sudermann-Nachlaß verwahrt wird, zeigt aus Anlaß des 150. Geburtstags eine Vitrinen-Ausstellung, 17. September bis 26. Oktober.

Hermann Sudermann wurde am 30. September 1857 in Matziken im ostpreußischen Kreis Heydekrug als Sohn eines Brauereibesitzers geboren. Er besuchte das Gymnasium in Tilsit und Elbing und studierte später einige Semester Geschichte und Philosophie in Königsberg und Berlin. Als Journalist beim „Deutschen Reichsblatt" (1881/82) und als Hauslehrer hielt er sich über Wasser, bis er sich eine Existenz als Schriftsteller aufbauen konnte. Große Schauspieler seiner Zeit verkörperten seine Figuren bald eindrucksvoll auf der Bühne, so Josef Kainz, Adele Sandrock oder Paul Wegener. Sein erstes Drama „Die Ehre" wurde 1890 am Berliner Lessing-Theater uraufgeführt. Es folgten „Heimat" 1893 und „Johannisfeuer" 1901. Zu seinen erfolgreichen Romanen und Erzählungen gehören Titel wie „Frau Sorge" (1887), „Der Katzensteg" (1889) und „Litauische Geschichten" (darunter „Die Reise nach Tilsit", 1917). Hermann Sudermann starb am 21. November 1928 in Berlin und fand seine letzte Ruhestätte auf dem Friedhof Halensee-Grunewald in einem Ehrengrab. *os*

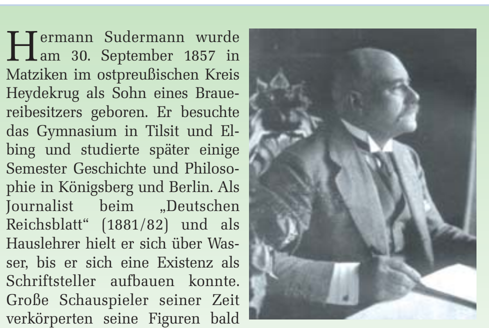


Foto: Hermann-Sudermann-Stiftung



Schloß Blankensee: In der oberen Etage befindet sich das Sudermann-Zimmer.

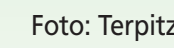


Foto: Terpitz

»Ich bin ein Sonntagskind«

Eine Begegnung mit Karin Stilke, die einst von den großen Fotografen der Zeit abgelichtet wurde

Von SUSANNE DEUTER

Nach einem halben Jahrhundert steht sie erneut im Scheinwerferlicht, kommt ein wahrer Boom auf sie zu. Die Medien aus allen Himmelsrichtungen suchen den Kontakt zu ihr. Gerade entsteht ein Filmbeitrag für den NDR. „Es ist wirklich unglaublich. Ich kann's immer noch nicht verstehen", freut sich Karin Stilke. Von 1936 bis 1957 war sie das wohl gefragteste deutsche Fotomodell. Eine ungewöhnlich lange Zeit in dem Beruf, den die gebürtige Bremerin ursprünglich gar nicht angestrebt hatte. Doch der Zufall, der ja bekanntlich keiner ist, führte Regie. Und so ist sie auch heute noch, mit 90 Jahren, eine Freude fürs Fotografenauge. Ob im Türrahmen bei der Begrüßung oder im Sessel beim Gespräch: Sie steht und sitzt einfach anders da – perfekt! Entweder man hat's oder man hat's nicht. Sie hat's.

Karin Stilke, damals noch Lahl, lebte als angehende Dolmetscherin für Englisch in Berlin, als sie 1936 von der Fotografin Yva auf dem Kurfürstendamm angesprochen und entdeckt wurde. Was dann folgte, befindet sich seit kurzem nicht nur zwischen zwei Buchdeckeln, sondern zeigt auch die Sonderausstellung „Karin Stilke: Fotomodell" im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe. Zur Eröffnung war der Spiegelsaal vollbesetzt. Sie wurde gefeiert. „Das hat mir Freude gemacht. Es war so eine wunderbare warme Atmosphäre." Momente, die bleiben und guttun.

Rechtzeitig zur Ausstellung entstand ein gewichtiges Buch, das mit den Lebenserinnerungen Karin Stilkes beginnt: „Ich bin ein Sonntagskind." Der zweite Teil von Christoph Moderegger ist nicht nur eine Reise durch die Geschichte der Modefotografie, er enthält vor allen Dingen herrliche Aufnahmen von Karin Stilke aus den vielen Jahren als Topmodell.

Damals schminkte man sich mit den wenigen Mitteln noch selber. Das macht sie weiterhin, sogar vor dem Spiegel, obwohl sie kaum noch sehen kann. Eine außergewöhnliche Frau. Die war sie mit Sicherheit für all die Modefotografen, zu denen auch F. C. Gundlach gehörte, der stets ihre große Professionalität hervorhebt. Karin Stilke betont gern, daß der Beruf nicht ihr Leben ausmachte. Es war viel Spaß dabei. Und es war eine andere Zeit. Während heute Models wie Claudia Schiffer und Heidi Klum durch die Welt reisen, beschränkte sich der Arbeitsplatz damals doch mehr auf das Atelier der Fotografen. Da wurde improvisiert, gezaubert, und schon war sie da, die nötige Kulisse für Fotos, die in Modezeitschriften wie „Die Dame" und „Film und Frau" erschienen. Auch für Werbezwecke war Karin Stilke, ebenso elegant wie sportlich, ein beliebtes Modell. 1950 beispielsweise grüßte ihr Porträt von allen westdeutschen Litfaßsäulen. Sie, die Nichtraucherin, machte Reklame für Texas-Zigaretten.

Karin Stilke kann auf ein reiches gesellschaftliches Leben zurückblicken, voll interessanter Begegnungen und Freundschaften. Schon in ihrer ersten Berliner Zeit verkehrte sie in einem Künstlerkreis, zu dem Erich Kästner, Gustaf Gründgens, Curt Goetz und Lilian Harvey zählten. „Ich hab einfach dabei gesessen und gelauscht, war begeistert davon, was ich so zu hören bekam. Und gerade wenn man aus der Provinz kommt." Hans Söhnker war Karin Stilke schon aus Bremen verbunden, Curd Jürgens lernte sie bei Modeaufnahmen in Berlin kennen und Marlene Dietrich in Venedig, ihrer Lieblingsstadt. Die wohl wichtigste Begegnung war die mit dem Unternehmer Georg Stilke. Auf einer Party in Potsdam lernten sie sich 1938 kennen. Bis in die Gegenwart hinein tragen Bahnhofsbuchhandlungen seinen Namen. Am 6. August 1941 wurde geheiratet. Das Leben mit einem Buchhändler kam ihrer Leselust nur entgegen.

Noch heute charmant: Hutmode im März 1941 präsentiert von Karin Stilke Foto: Ilse Flöter



Eine außergewöhnliche Frau: Karin Stilke heute Foto: Deuter

Auf Schloß Ringelsdorf, dem Familienbesitz der Stilkes 100 Kilometer entfernt von Berlin, hat Karin Stilke die Schrecken des Zweiten Weltkriegs erlebt und überlebt. Zu den schönen Erinnerungen gehört das Landleben mit Tieren: „Wir hatten auch Puten, und ich merkte, daß die kleinen Puten immer starben." Sie habe sich schlau gemacht und gelernt, daß die Tiere kein Regenwasser trinken dürfen.

Dann waren die russischen Besatzer fort. „Nichts ist übrig geblieben. Wir hatten keinen Pfennig in der Tasche und auch nur das an, was wir schon ein Vierteljahr lang getragen hatten." Das Paar zog zunächst ins Stadthaus nach Berlin, das zum Teil bewohnbar war. Berlin lockt sie heute nicht mehr. Von anderen geliebten Orten wie Berchtesgaden („Ich habe in Salzburg jeden ‚Jedermann' der Nachkriegszeit gesehen.") und Morcote bei Lugano hat sie Abschied genommen. Längst ist Hamburg ihr Zuhause. Die begeisterte Spaziergängerin fühlt sich wohl in Alsternähe. „Natur, wo auch immer, ist für mich ein Platz der Ruhe. Bäume finde ich toll. Als Kind habe ich sie immer gern umarmt und mir eingebildet, daß sie mir Kraft geben. Es ist ein besonderes Gefühl."

Bereits 1974 starb ihr Mann Georg Stilke. Ganz in seinem Sinne gründete sie eine Stiftung für alte Menschen. „Man darf die Alten nicht vergessen. Sie ertragen stumm ihr Leid. Alles andere hat irgendwo eine Lobby." So gibt es in Genthin unweit von Magdeburg ein Seniorenzentrum, das nach Georg Stilke benannt ist. Bis vor kurzem war es noch in Schloß Ringelsdorf untergebracht, doch mehr Raum wurde benötigt.

Auch in Hamburg unterstützt die Stiftung diverse Einrichtungen für alte Menschen. Beim Montagstreff im Pöseldorfer Stilke-Haus ist Karin Stilke regelmäßig mit dabei.

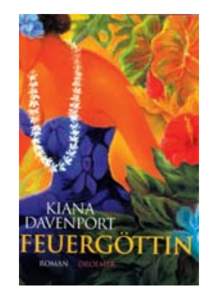
Sie ist ein lebensfroher, dankbarer Mensch. Wie lautet ihr Rezept, wenn das Sonntagskind doch mal unglücklich ist?

„Dann sage ich mir immer, du hast wirklich ein Leben, wie viele es sich wünschen. Du hast liebe Menschen, die sich um dich kümmern. Schnell das hervorholen, was einen noch freut." „Fernhören" und Hörbücher zum Beispiel, die Stunden mit ihrem 19jährigen Vorleser, Gespräche und Musik. Noch vor kurzem unternahm Karin Stilke eine ihrer geliebten Kreuzfahrten – ans Nordkap. Wenn sie auch wegen der schlechten Augen auf Landausflüge verzichten mußte, an Bord gab es genug Abwechslung. Für einen wachen Geist wie Karin Stilke allemal.

Die Ausstellung „Karin Stilke: Ich bin ein Sonntagskind – Erinnerungen eines Fotomodells" ist im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe täglich (außer montags) von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr zu sehen, Eintritt 8 / 5 Euro, bis 23. September.

Alles andere als fröhlich

Endlose weiße Strände, gesäumt von Palmen, die sich im Wind wiegen. Fröhliche Menschen, die Blumengirlanden um den Hals tragen und sich im Rhythmus der Musik anmutig bewegen. So stellt sich Lieschen Müller Hawaii vor, diese Inselkette im Pazifischen Ozean und 50. Bundesstaat der USA. Die Wirklichkeit der Touristen mag so aussehen. Die Insulaner jedoch, die auf einer der 137 Inseln des Archipels leben, haben mit handfesten Problemen zu kämpfen.



Landlosigkeit, mangelnde Bildung und Drogen prägen ihre Existenz. Allein der enge Zusammenhalt in der Familie kann die Menschen vor dem Untergang retten. Zu dieser Überzeugung gelangt letztlich auch Ana, die von ihrer Mutter Anahola als Kind verlassen wurde. Ein Trauma, das sie lange mit sich herumträgt und das es ihr unmöglich macht, sich einem anderen Menschen bedingungslos zu öffnen. In ihrer Kusine Rosie findet sie eine Vertraute, und erst spät merkt sie, wie sehr sie den Russen Nikolai liebt. Zu spät?

Kiana Davenport, Autorin mit hawaiianischen Wurzeln, hat mit ihrem neuen Roman „Feuergöttin" (Droemer Verlag, München 2007, 540 Seiten, geb. mit Schutzumschlag, 19,90 Euro) eine großartige Hommage an die Heimat ihrer Vorväter geschaffen, aber auch einen kraftvollen Frauenroman, der nicht nur durch die spannende Handlung übezeugt. Ihre große Erzählkunst, die sie schon in „Haifischfrauen" offenbarte, zeigt sich in der Schilderung zweier dramatischer Geburten, aber auch in der Darstellung des Lebens im Rußland nach der Wende. Davenport ist einmal eine Geschichte über einen Mutter-Tochter-Konflikt gelungen, zum anderen aber auch die Geschichte von Menschen, die von skrupellosen Regierungen radioaktiv verstrahlt wurden. Vor der farbenfrohen Kulisse von Hawaii ist alles nicht weniger dramatisch. *SiS*

Das Geheimnis wurde mit dem Leben bezahlt

Seide, die elegante Schmeichlerin: Anmerkungen zur Geschichte eines begehrten Textils

Von ANNE BAHRS

Reine Seide, der seit Jahrtausenden begehrte Rohstoff für elegante Kleidung und darum immer noch teuer, ist auch Favorit der nächsten Modesaison. Kenner wissen schon lange, daß ein Stoff aus dieser Naturfaser im Sommer kühlt und im Winter unseren Körper warm hält. Dem, der sich so gern umhüllen läßt von diesem federleichten, zarten und heute zu erschwinglichem Preis zu erwerbenden Stoff, sei erzählt, daß in China, wo man es bereits vor mehr als 2700 Jahren verstand, die Kokons der Seidenraupen abzuhaspeln, jedem die Todesstrafe sicher war, der das Geheimnis über die Fertigung der so begehrten Seide verriet. Noch heute besitzt China die größte Seidenindustrie der Welt. Eines Tages wird es nur noch domestizierte Seidenspinner geben, die durch nun schon Jahrtausende währende Züchtung der Falter trotz ihrer Flügelspannweite von fünf Zentimeter die Fähigkeit zum Fliegen verloren haben. Die Seidenspinnerin legt nach der Begattung bis zu 500 Eier ab auf den Blättern des weißen Maulbeerbaumes, der heute in Chinas großen Plantagen in strauchartiger Form gezogen wird, längst aber auch in Japan und den warmen Mittelmeerländern, hier vorwiegend in Italien und Südfrankreich. Kleine dunkle Raupen entschlüpfen den winzigen Eiern. Sie ernähren sich mit großem Appetit einzig von den Blättern der Moris alba. Nach etwa drei Wochen und ihrer vierten Häutung beginnen sie, um sich einen dicken Kokon zu spinnen. In ihm vollzieht sich die Metamorphose. Die Puppe sondert einen Stoff ab, der nach zwei bis drei Wochen an einer Stelle die kunstvoll zur achtförmigen Schleife gelegten Fäden, welche die Raupe aus ihren Spinndrüsen preßte, auflöst. Durch diese Öffnung gewinnt der junge Falter die Freiheit.

Das Spiel des Lebens beginnt erneut, wenn nicht der Mensch die zur Seidengewinnung geernteten Kokons unter heißen Wasserdampf setzt, um die Puppen zu töten. 1000 Meter Faden lassen sich aus einem Kokon gewinnen. 20 hauchdünne, aus Fibroin und dem Seidenleim Sericin bestehende Fäden werden gesponnen zu einem webfähigen Garn.

Die Dichte des Gewebes macht die Qualität des Stoffes aus. Erst nach Entfernung des Seidenleims (Entbastung) ist das Textil weich, schmiegsam und von edlem Glanz. Wird sein nur federleichtes Gewicht durch Zusatz von Metall aufgefüllt, entsteht der seines besonderen Fallens und Rauschens wegen begehrte Seidentaft.

Die modern gewordene „gewaschene Seide" wurde mittels Chemikalien „angeschmirgelt". Dadurch bekam sie einen weißen Film, der ihre Farbe pastellen erscheinen läßt. Der Stoff fühlt sich „griffig" an, ist unserer Haut besonders angenehm und fällt schön. Durch diese Behandlung aber büßt die Seide einen Teil ihre vielgepriesenen Reißfestigkeit ein. Gewaschene Seide ist zur Herstellung von Fallschirmen und Bändern für Maschinen nicht geeignet.



In einer Seidenspinnerei: Das kostbare Garn wird aufgespult. Foto: Archiv

Berechtigte Zweifel oder Hexenjagd?

Forderung nach Verbot von Scientology in Deutschland wird laut, doch es fehlen greifbare Argumente

Von Rebecca Bellano

Von Verbot der Drehgenehmigungen an bestimmten Orten war die Rede, Politiker machten sich sogar Sorgen um den Ruf Deutschlands, allerdings ging es bei den Diskussionen um die Hollywood-Verfilmung des Hitler-Attentats vom 20. Juli 1944 nicht um mögliche Verhunzungen des historischen Stoffs durch sensationslüsterne US-Filmstudios, sondern um die Scientology-Mitgliedschaft des Hauptdarstellers.

Tom Cruise, der bekannteste Scientologe weltweit, spielt den Stauffenberg, und trotz allen Protests ist der Film inzwischen abgedreht. Deutschlands Ruf blieb unbeschädigt, dafür hatten Klatschblätter und seriöse Tageszeitungen viel zu berichten. Auch Fotografen liebten es, Tom Cruise, seine Gattin Katie Holmes und Tochter Suri abzulichten. Dabei blickte die 28jährige junge Mutter keineswegs so unglücklich drein, wie es die vielen Klatschblätter immer vermelden. Nach denen soll Katie über ihren Mann in die Fänge der Scientology-Sekte geraten sein. Diese sei ja dafür bekannt, daß sie obskur sei. Von stiller Geburt war die Rede und „angeblich verlange die Scientology-Tradition direkt nach der Geburt die 24stündige Isolation des Babys, damit es seinen Geist frei entfalten kann. Mehrere Zeitungen berichteten, daß Holmes sich einer seelischen Reinigung unterziehen mußte, mit einem Gerät, das den Körper von negativen Schwingungen befreit“, meldete das Magazin „Stern“ schon vor über einem Jahr nach der Geburt der kleinen Suri, beendete aber den Artikel mit den Worten: „Was davon wahr ist, bleibt fraglich.“

Tatsächlich ist hier einiges fraglich, wenn es um Scientology geht. Fakt ist, daß der Ruf der Sekte, Kirche oder Glaubensgemeinschaft – die Bezeichnung ist abhängig vom jeweiligen Standpunkt – in Deutschland äußerst schlecht ist. Von Gehirnwäsche ist die Rede, von der finanziellen Ausbeutung der Mitglieder und Gruppenzwang. Sogar Verfassungsfeindlichkeit wird unterstellt.

Der Hamburger Innensenator forderte deswegen kürzlich gar das Verbot von Scientology. Angesichts des Presserummels zu dem Thema und der von Günther Beckstein, Bayerischer Staatsminister des Innern, geäußerten Sorge, daß sich junge Leute nach Verlassen des Kinos nach Tom-Cruise-Filmen in die Hände von Scientology begäben, hört sich die Forderung nach einem Verbot gut an. Doch ein Blick hinter die Fassade stimmt nachdenklich. Denn Nagel hat die Forderung im Rahmen der Veröffentlichung des „Schwarzbuch Scientology“ von Ursula Caberta, der Scientology-Beauftragten der Stadt Hamburg, die der Behörde für Inneres unterstellt ist, getätigt. Also Werbung für das Buch, das durch seine Behörde ermöglicht wurde? Zeitgleich sorgte der Fall von zwei jungen Leuten, die aus Berlin zu Frau Caberta nach Hamburg geflohen waren, weil die jüngere Schwester nicht auf das Scientology-Internat in Dänemark wollte, für Schlagzeilen. Doch wieso wandte sich Frau Caberta offenbar erst an die Presse anstatt an die Eltern in Berlin? Und was ist mit dem eigentlichen Scientology-Experten Christian Markert, auf den sich Ursula Caberta beruft? Dieser wurde gerade vom SWR als Hochstapler enttarnt. Caberta, die nach dem Austritt aus der SPD bei der WASG anheuerte, um dort enttäuscht wieder auszutreten, antwortet der *PAZ*: „Ihre Fragen lassen sich durch journalistische Internetrecherche beantworten.“ Persönliche Stellungnahme scheint zu anstrengend oder zu unangenehm zu sein. Die Scientology-Hamburg war bezüglich Frau Cabertas „Schwarzbuch“ gesprächsbereiter: „Ein Schwarzbuch ist gemäß Wikipedia ein Schmutzbuch, welches eine Sammlung von Negativbeispielen aus der Sicht des Autors darstellt, und wenn Sie sich das Buch durchlesen, ist es auch genau das. Es ist eine Verunglimpfung einer in den wesentlichen westlichen Ländern anerkannten Religionsgemeinschaft.“ Außerdem sei nach Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die Lehre des L. Ron Hubbard eine Religion im Sinne des Gesetzes, nämlich „eine mit der Person des Menschen verbundene Gewißheit über bestimmte Aussagen zum Weltganzen sowie zur Herkunft und zum Ziel des menschlichen Lebens“. Und der „Spiegel“ lästert: „Caberta hat das Thema groß gemacht und das Thema sie“, ohne greifbare Argumente bei ihr zu entdecken.

Und was ist Scientology nun? Während uns ständig am Straßenrand Zeugen Jehovas bei Wind und Wetter den „Wachtturm“ anbieten, der Islam durch Zwangsehen, Ehrenmorde, Selbstmordattentäter und ähnliches nicht gerade verfassungskonform auftritt, sind die als gefährlich deklarierten 6000 bis 30 000 Scientologen in Deutschland kaum sichtbar. „Unsere Türen stehen Ihnen offen“, wird jedoch auf der Internetseite geworben, also besteht keine Angst vor Konfrontation. Dann ist die Rede von „Wegen zum Glücklichsein“ und natürlich dem 1986 verstorbenen Scientology-Gründer Ron Hubbard. Man merkt schnell, daß der Mann von Beruf Sciencefiction-Autor war. Alles mutet sehr spirituell an. Die geforderte Abschaffung der klassischen Psychiatrie ist ähnlich befremdend wie die Ablehnung von Bluttransfusionen bei den Zeugen Jehovas. Doch nur weil etwas fremd ist, ist es ja deswegen nicht gleich vernichtenswürdig.



Berühmtestes Scientology-Pärchen: Tom Cruise und Katie Holmes mit Tochter Suri in Berlin Foto: pa

Renaissance der Philatelie

Immer mehr Ruheständler entdecken das Briefmarkensammeln! Zugegeben, nicht jeder kann sich mit dem Hobby des Briefmarkensammelns spontan anfreunden. Für viele ist diese Art des Zeitvertreibs wenig aufregend. Kleine bunte Papierchen sammeln – wie uncool. Und doch geht der aktuelle Trend in eine unerwartete Richtung. So verzeichnete das Briefmarkenhaus Richard Borek in Braunschweig einen wachsenden Trend hin zum Briefmarkensammeln. Vor allem Ruheständler widmen sich wieder dem Jugendhobby. Oft lagen die Alben seit Jahrzehnten auf dem Dachboden oder waren im Bücherregal unzugänglich eingeordnet. Mit dem Eintritt in den Ruhestand möchten jetzt viele ihre Jugendsammlung komplettieren oder weiter ausbauen.

Wiederentdeckung alter Leidenschaft

Mit der Wiederentdeckung der alten Leidenschaft gibt es aber auch Überraschungen der besonderen Art. Erst kürzlich hat ein älterer Herr seine Briefmarkensammlung schätzen lassen. Dabei war er doch sehr erstaunt, daß diese in der Zwischenzeit einen gewaltigen Wertsprung vollzogen hatte. Unter anderem hatte sein Vater den kompletten Posthornsatz von 1951 bis 1952 in das Album einsortiert. Der damalige Postpreis belief sich auf 5,15 D-Mark. Heute wird der komplette Satz für rund 2000 Euro gehandelt. „Doch nicht immer geht der neue Sammelanstoß mit einem solchen Prachtfund einher“, betont Richard Borek, Juniorchef des Braunschweiger Briefmarkenhauses in der vierten Generation. „Oft ist es das Interesse an der deutschen Geschichte, die Suche nach einem geselligen Verein, die sinnvolle Freizeitbeschäftigung in der dunklen Jahreszeit oder einfach alles zusammen.“

Hinzu kommen aber auch Ereignisse, die nicht absehbar waren. So hat die Wahl von Papst Benedikt XVI. für einen regelrechten Boom des Sammelgebietes „Vatikanstadt“ gesorgt. Die Briefmarken des Kirchenstaates sind aufgrund der niedrigen Auflagen weltweit schon immer sehr begehrt gewesen.

Gut für den Arbeitsmarkt und Chancengleichheit?

Fachkräftemangel macht »Studium ohne Abitur« möglich

Von George Turner

In den Bundesländern gibt es unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zu den Universitäten und Fachhochschulen für Bewerber ohne Reifeprüfung, die dafür aber eine berufliche Qualifikation vorweisen müssen. Seinerzeit ist dies nicht zuletzt auf Betreiben des Handwerks unter dem Motto „Studium auch ohne Abitur“ eingeführt worden. Dahinter stand die Sorge, nicht genügend Nachwuchs in den Ausbildungsgängen des dualen Systems zu haben. Die Möglichkeit, ein Studium auch ohne Abitur an eine berufliche Ausbildung anzuhängen, sollte junge Menschen zwar (zunächst) in eine berufliche Ausbildung führen; dies sollte sich aber nicht als „Sackgasse“ erweisen. Im Ergebnis traf man sich mit den Interessen der politischen Linken, die darin die Verwirklichung von Chancengleichheit auch in einem späteren Lebensabschnitt und die Aufhebung des Klassenunterschieds mit Hilfe eines durchlässigen Bildungssystems sieht.

Derzeitig wird es vor allem als Chance betrachtet, dem drohenden Fachkräftemangel in den Ingenieurfächern zu begegnen. Das ist richtig und zeigt zugleich erneut, wie Fehler ausgebügelt werden müssen, die eine angeblich fortschrittliche Hochschulreform produziert hat. Bis vor 30 Jahren hatten Absolventen einer beruflichen Ausbildung die Möglichkeit, eine Ingenieurschule zu besuchen. Indem man diese Einrichtungen in Fachhochschulen umbenannt und sie durch das Erfordernis der Fachhochschulreife beziehungsweise des Abiturs beim Zugang aufgemotzt hatte, wurde dieser Weg verschlossen. Die Folgen sind zu besichtigen: Die Fachschulen versuchen, sich den Universitäten anzunähern (universities of applied sciences), und befähigte Ab-

Duales System in Bedrängnis

solventen des dualen Systems gucken in die Röhre. Das ließe sich schnell korrigieren, indem man die Zugangsvoraussetzungen zu den Fachhochschulen verändert.

Damit wäre allerdings nicht automatisch das Problem fehlender Kräfte vor allem in den naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen gelöst. Hier wirkt sich eine über Jahrzehnte dauernde Vernachlässigung entsprechender Fächer in den Schulen aus. Hemmend war nicht nur eine inzwischen wohl weitgehend überwundene Skepsis gegenüber Technik, die sich auch schon mal zur Technikfeindlichkeit steigern konnte. Vor allem ist ursächlich das zum Teil fachlich unterbrochene Angebot in den Schulen. Wenn naturwissenschaftliche Fächer nicht durchgehend unterrichtet werden, wenn Physik oder Chemie in einem Schuljahr nicht im Lehrplan erscheinen, darf man sich nicht darüber wundern, daß das Interesse der Schüler entweder nachläßt oder gar nicht erst geweckt wird. Auch hier ein Fehler von Experimenten zu Lasten von Schülern und des Bedarfs an Kandidaten für bestimmte Disziplinen. Daraus sollte wenigstens eines gelernt werden: Bei der jetzt anstehenden Reform des Zugangs müssen alle Konsequenzen bedacht werden, auch die, daß es wenig hilfreich ist, bei der in Betracht kommenden Gruppe Illusionen hinsichtlich ihrer Möglichkeiten zu erwecken. Das wäre ein uneingeschränkter Zugang statt der fachgebundenen, das heißt vom bisherigen Berufsfeld abhängigen Zulassung. Man kann nicht auf der einen Seite die mangelnde Studierfähigkeit eines nicht ganz unbeachtlichen Teils der Studierenden beklagen, die eine allgemeine Hochschulreife erworben haben, und auf der anderen Seite die Tore für andere, die einen solchen Nachweis nicht erbracht haben, weit öffnen. Es gibt seit langem die Möglichkeit, das Abitur im zweiten Bildungsweg nachzuholen. Bewerbern mit einer solchen Qualifikation sind, abhängig von vorhandenen Studienplätzen, alle Fächer zugänglich. Wer diesen Weg nicht gehen will oder kann, sollte durchaus die Möglichkeit zu einem Studium haben, aber auf der Basis des bisher Nachgewiesenen. Der Kraftfahrzeugmechaniker kann Maschinenbau studieren, nicht aber Medizin oder Philosophie. Das wird den Verfechtern der uneingeschränkten Zulassung nicht genügen. Nur sollten sie bedenken, daß man neben persönlichen Enttäuschungen, die ein Scheitern auf bisher fremdem Feld mit sich bringt, auch das Abitur nicht unnötig abwerten darf. Warum fordert man grundsätzlich die allgemeine Hochschulreife, wenn es auch an-

Abitur wird abgewertet

ders, ohne diese Hürde geht? Die Vertreter einer uneingeschränkten Zulassung führen ins Feld, daß Berufstätige eine Entscheidung zum Studium überlegter träfen und sich nicht auf Abenteuer einließen. Im übrigen erweise sich die Qualifikation zum Studium im Studium. Dann kann man aber von vornherein auf Prüfungen und den Nachweis von Voraussetzungen verzichten. Auf die Spitze getrieben hieße das, die Befähigung zum Beruf erweise sich im Beruf. Zweifel sind ferner angebracht, wenn Kandidaten, die nicht eben erfolgreich in ihrem Beruf sind, meinen, sie hätten „nichts zu verlieren“, wenn sie sich für die Aufnahme eines Studiums entscheiden.

So plausibel es ist, den Versuch zu unternehmen, dem Fachkräftemangel durch eine Offensive beizukommen – es ist zugleich ein Lehrstück, wie die Hochschulen zum Objekt der Politik gemacht werden. Es kommt nicht darauf an, wie Wissenschaft und akademische Ausbildung sich verstehen und verstanden werden müssen. Im Gegenteil: Die Hochschule wird zum Instrument der Gesellschafts- oder Sozialpolitik, indem die Chancengleichheit in den Vordergrund rückt, zum Mittel der Arbeitsmarktpolitik, soweit es um die Ausbildung von Nachwuchskräften geht. Von den Hochschulen wird damit zunehmend erwartet, daß sie zu berufsnahen Ausbildungsstätten werden. Das ist für die Fachhochschulen auch richtig, nur leider mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Deshalb wäre es richtig, die derzeitige Diskussion zum Anlaß zu nehmen, Bewerbern ohne allgemeine Hochschulreife den Zugang zur Fachhochschule für ein Studium zu ermöglichen, das einen Zusammenhang mit der bisherigen beruflichen Tätigkeit aufweist. So gelangen die Betroffenen aus der vermeintlichen Sackgasse der beruflichen Bildung, ohne in eine neue an den Universitäten zu geraten.



Häufig nur Anhängsel

Frauen in der Bibel

Wenn sie verschleierte Muslima sehen, so verspüren viele westliche Frauen Mitleid mit diesen armen unterdrückten Geschlechtsgenossinnen. Dabei war es lange Zeit auch kein Geschenk, als Jüdin oder Christin geboren zu sein.

In „Alle Frauen der Bibel – Ihre Geschichte, ihre Fragen, ihre Nöte, ihre Stärke“ nimmt sich das Autorenduo Sue und Larry Richards aller Frauen der Bibel von Abigajil bis Zippora an. Dabei wird chronologisch vorgegangen, und es beginnt demgemäß mit Eva. Was sagt die Bibel über die erste Frau und wie war ihre Beziehung zu Adam und zu Gott? Was können die Menschen der Gegenwart von ihr lernen?

Sue und Larry Richards verknüpfen mit leichter Hand Bibelzitate mit eigenen Interpretationen. Es liest sich überaus spannend, wenn über die Beziehung Saras zu ihrer Sklavin Hagar erzählt wird, die auf den Vorschlag der kinderlosen Sara als Leihmutter fungieren muß. Was wiederum Neid und Zwietracht zwischen den Frauen sät. Wie war damals die Rolle der Ehefrau, wie die von unehelichen Kindern?

Gerade im Alten Testament gibt es unzählige namenlose Frauen, die nur als Mutter oder Ehefrauen fungieren. Aber auch einige namentlich genannte lassen nicht auf eine wichtige Rolle der Frau schließen. So wird Dina entführt und vergewaltigt und von ihren Brüdern „befreit“. Was Dina fühlte, dachte oder wollte, wird nirgendwo erwähnt.

Tamar, Silpar, Esther, Milka, Rahel und Lea heißen nur einige der noch Angeführten. Stets wird auf ihr Schicksal und ihre Funktion eingegangen. Immer wieder werden verschiedene Frauenthemen in eigenen Kästen aufgegriffen und immer die Beziehung zu Gott und den jeweiligen Männern erläutert.

Je weiter die Zeit in der Bibel voranschreitet, desto häufiger werden die Hinweise, daß Frauen nicht nur als Objekt gesehen werden.

Mit Erscheinen von Jesus steige auch die Achtung vor Frauen, so das Autorenduo. Sogar von Jüngerinnen und Diakoninnen sei die Rede. Tabea beispielsweise sei eine von ihnen gewesen. Auch wird analysiert, welche Rechte und Pflichten das Neue Testament Frauen zu- beziehungsweise abspricht.

Am Ende der sehr übersichtlich gegliederten Ausführungen sind noch einmal alle namentlich genannten Frauen der Bibel alphabetisch aufgelistet, wird die Bedeutung aller Namen genannt und ihre Rolle kurz aufgeführt. *Bel*

***Sue und Larry Richards: „Alle Frauen der Bibel – Ihre Geschichte, ihre Fragen, ihre Nöte, ihre Stärke“**, Brunnen, Gießen 2007, geb., 351 Seiten, 12,95 Euro, Best.-Nr. 6324*



Mord für die Familienehre

Deutsch-Türkin besucht Familie in Anatolien und erlebt Kulturschock

Zeynep, Tochter türkischer Gastarbeiter, ist 32 Jahre und wieder bei ihren Eltern eingezogen. Antriebslos lungert die Journalistin bei ihren arbeitsamen Eltern herum und badet sich in Selbstmitleid, weil ihr Freund und Kollege Stefan sie nach dreieinhalb Jahren wegen einer anderen verlassen hat, worauf sie gekündigt hat und nun Trübsal bläst.

Dilek Güngör, die eine ähnliche Abstammung hat wie ihre Romanheldin Zeynep, erzählt in „Das Geheimnis meiner türkischen Großmutter“, wie es dazu kommt, daß die Deutsch-Türkin plötzlich in das Dorf ihrer Eltern nach Anatolien fahren muß. Erst ist die junge Frau gar nicht begeistert, daß sie mit ins rückständige Anatolien muß, um ihre sterbende Oma zu pflegen, doch Stück für Stück beginnt sie, sich für die alte Frau, die sie acht Jahre zuvor das letzte Mal gesehen hat, zu interessieren.

Die Autorin beschreibt nachvollziehbar, wie Zeynep, welche die dörfliche Welt mit deutscher Überheblichkeit betrachtet, deswegen öfter mit ihrem Onkel Mehmet, einem türkischen Familientyrann, und sogar seiner Schwiegertochter Özlem, die das Arbeitstier der mit vier Generationen unter einem Dach lebenden Sippe ist, aneinandergerät.

Özlem, die ergeben die Launen der Männer im Haus erträgt, kann Zeyneps Ratschläge keineswegs gebrauchen, denn sie hat gar keine Möglichkeit, sich gegen die Männer im Haus zu wehren.

Und auch die Großmutter beutet Özlems Arbeitskraft aus, die nebenbei Hof, Haushalt und Kinder versorgt.

Das alles in einer Gesellschaft, in der nur jede zweite Familie ein Auto hat und die Gemeinschaftswaschmaschine noch ohne Schleudergang ist.

Der Journalistin Güngör gelingt es, die angespannte Atmosphäre in der Großfamilie zu schildern, die sich nur nicht entzündet, weil Zeyneps Vater sich voll und ganz seinem jüngeren Bruder unterordnet, was allerdings Zeyneps Mutter Fatma erzürnt.

Vor allem Zeyneps Großmutter ist für manche Überraschung gut. So erzählt die alte Dame in ihren letzten lichten Momenten von ihrer Jugend und sogar von ihren Sexerfahrungen, was Zeynep total irritiert.

Das größte Familiengeheimnis, das Mord und archaische Traditionen beinhaltet, erfährt die Deutsch-Türkin allerdings nicht von der Sterbenden, bringt aber ihr gesamtes Familienbild ins Wanken und läßt sie auch ihre Eltern in einem neuen Licht betrachten. *R. Bellano*

***Dilek Güngör: „Das Geheimnis meiner türkischen Großmutter“**, Piper Verlag, München 2007, geb., 206 Seiten, 16,90 Euro, Best.-Nr. 6325*



Heimat als Droge

Schlesierin berichtet von Kindheit, Vertreibung und unerfüllten Hoffnungen

In „Schlagsahne aus Magermilch“ berichtet Barbara Weinrich von ihrer glücklichen Kindheit in Löwenberg beziehungsweise Görlitz und der Odyssee auf der Flucht 1945 nach Ostbayern.

„Im Sommer 1944 fuhren die Geschwister mit Mutter ins Riesengebirge. Ich bettelte mit dickköpfigem Eifer, sie sollten mich mitnehmen – ohne Erfolg … Erneut kam ich zu Großmutter nach Löwenberg … Ich erlebte diesen letzten Sommer in Schlesien sehr bewußt. Noch heute erinnere ich mich an viele Details. In den Jahren nach der Flucht bildete Löwenberg die Kulisse für meine Träume, Geschichten und Märchen, die ich hörte, selber las oder mir ausdachte … Die schweren Jahre nach der Flucht konnte ich nur deswegen so scheinbar leicht ertragen, weil ich immer in diesem Schlesien weiterlebte, ganz gleich, wo ich mich tatsächlich befand; das Wissen um die sichere Rückkehr war die Droge, die mich alles ertragen ließ.“

Wirklich glücklich war die Familie nach der mehrwöchigen Flucht in dem kleinen Dorf in der Oberpfalz jedoch nicht. Immer wieder wurde es unbewußt mit der Heimat verglichen, und auch die Dorfbewohner waren über die vielen im Dorf gestrandeten Vertriebenen alles andere als glücklich.

„Einmal befand ich mich gerade mit einem etwas jüngeren Mädchen bei einem Nachbarbauern zum Spielen, als wieder eine Gruppe Vertriebener vom Milchlaster sprang. Da begann die alte Bäuerin zu jammern: ‚Eieieieieiei, wo soll'n denn die vielen Leit hie? Eieieieiei.‘ … Je länger dieser primitive Zustand im Dorf andauerte und je mehr der Sommer herannahte, als desto unerträglicher empfand man die ungewohnten Zustände: Überall im Dorf stank es nach Stall, die meisten Misthaufen waren nicht wie in Schlesien sauber eingemauert und mit einem Ablauf für Jauche versehen … In unmittelbarer Nähe stand das Toilettenhäuschen. Eine Wasserspülung, wie sie sie von Löwenberg und Görlitz gewöhnt waren, gab es nirgends im Dorf. Für Sauberkeit sorgte in einem solchen Abort auch niemand. Bald stellten sich Ausschläge und Entzündungen ein.“

Schwere Jahre standen der Familie noch bevor, und auch als sie 1949 das bayerische Dorf verließen, um sich fürs erste im Raum Hannover bei der Großmutter niederzulassen, blieb immer die Hoffnung, irgendwann in die Heimat zurückzukehren. Eine Hoffnung, welche leider nie erfüllt wurde.

Derart anschaulich und realistisch kann nur schreiben, wer wie die Autorin selbst diese Zeiten der Angst, der Unsicherheit und der Entbehrungen erlebt und durchgemacht hat.

Als Zeitzeugin versteht es Barbara Weinrich, durch interessante Anekdoten und private Erlebnisse immer wieder das Interesse des Leser zu wecken. *A. Ney*

***Barbara Weinrich: „Schlagsahne aus Magermilch – Vom Überleben in schwieriger Zeit“**, Verlag Neue Literatur, Jena 2007, Paperback, 14,90 Euro, Best.-Nr. 6326*



Erlöser oder was?

Deutsch-Russe sorgt an seiner Schule für Wirbel

Im großen Festsaal des Immanuel-Kant-Gymnasiums wird wie jedes Jahr der Geburtstag des ehrwürdigen Philosophen gefeiert. Zur gleichen Zeit wird auf der Schüler-Toilette ein Schüler von vier älteren Schülern verprügelt und beklaut. Zum Schluß drohen sie ihm noch Schlimmeres an, wenn er beim nächsten Mal nicht mehr Geld mitbringt. Völlig verängstigt schleicht er sich in den Festsaal, wo der Rektor bereits mit seiner Rede begonnen hat. Wie aus weiter Ferne dringen die Schlußworte zu ihm durch: „… daß ich von Herzen stolz darauf bin, daß unser Gymnasium, das den ehrwürdigen Namen des großen Philosophen trägt, sich so erfolgreich gerade im Kampf gegen rechte Gewalt gezeigt hat. Werte-Grundlagen sozialer Verantwortung für Schüler, Lehrer und Eltern des Kant-Gymnasiums sind in gegenseitiger Wertschätzung, Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft und Teamgeist zu sehen. Sie werden sichtbar im täglichen Umgang miteinander, im Unterrichtsgeschehen, in der umfangreichen Teamarbeit.“ Für seine Rede bekommt der Rektor viel Beifall und Lob von den Anwesenden.

Einige Tage später steht der 17jährige Frank zum ersten Mal auf dem Schulhof des Kant-Gymnasiums und blickt zu seinem Vorbild empor. Schon mit 14 Jahren hatte er angefangen, sehr zur Freude seines Vaters, sich mit der Ethik Kants zu beschäftigen. In der Klasse bittet der Deutschlehrer Frank sich vorzustellen. Freimütig erzählt er, daß er vor 14 Tagen aus Rußland gekommen sei, genauer gesagt aus Sibirien, der Stadt Omsk. Alle seien Deutsche gewesen. Frank spricht über seine Lieblingsbücher, über Schiller, Goethe, Fallada, Lermantow, Mann, Dostojewski und besonders Kant. Für ihn sei die Kantsche Ethik verbindlich und danach wolle er leben. Der dritte Grundsatz Kants sei für ihn der wichtigste, stets nur die Wahrheit zu sagen – ohne Ausnahmen und Berücksichtigung der möglichen Folgen eines solchen Verhaltens.

Sofort entsteht Unruhe in der Klasse, und Frank wird von seinen Mitschülern gleich auf die Probe gestellt. Auch in den nächsten Tagen muß sich Frank wegen seiner Ansichten vor seinen Mitschülern rechtfertigen. Die einen sind von ihm fasziniert, die anderen halten ihn für einen Wichtigtuer.

Auch im Lehrerkollegium ist dieser höfliche, intelligente Schüler aus Rußland ein Gesprächsthema. Nur die Geschichtslehrerin Frau Brammert sieht in seinen, wie sie es nennt, überkommenen Ansichten über das Deutschtum eine Gefahr. Hatte Frank doch in dem Geschichtsbuch über das Thema „Der Zweite Weltkrieg und der Überfall auf die Sowjetunion“ einige Widersprüche und offensichtliche Fehler gefunden. Durch seine fundierten Ausführungen hatte er ihr vor der Klasse eine Niederlage beigebracht und ihre Autorität untergraben. Für sie ist dieser Frank Uffelmann ein rechtsradikaler Intellektueller, ein geistiger Brandstifter. Lehrer und Schüler des Immanuel-Kant-Gymnasiums geraten in helle Aufregung.

In seinem Roman „Heimat ist ein Paradies“ von Viktor Streck wirft der Autor zwei Fragen auf, die sich wie ein roter Faden durch die Handlung ziehen. Ist es möglich, stets die Wahrheit zu sagen, so wie es Kant gefordert hat? Was bedeutet dem einzelnen der Begriff Heimat? Zwei interessante Fragen, die zur Diskussion anregen. Strecks Hauptfigur aber ist in seinen Handlungen einfach zu gut für diese Gesellschaft. Wie Jugendliche und Erwachsene diesem gutaussehenden, klugen, belesenen deutschen Jungen aus Sibirien verfallen und folgen, ist etwas realitätsfremd dargestellt. Diese Figur ist einfach zu perfekt. Ständig fragt man sich: Held oder Erlöser? Es fehlt bloß noch der Heiligenschein. Trotzdem hat dieses Buch Spannung und Tempo. Schade nur, daß das Thema Gewalt an der Schule nicht stärker in den Handlungsablauf mit einbezogen wurde. Dennoch empfehlenswert. *Barbara Mußfeldt*

***Viktor Streck: „Heimat ist ein Paradies“**, Viktor Streck Verlag, Bad Pyrmont, geb., 568 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 6215*



350mal Krieg

Kurze Geschichten aus unterschiedlichen Gefechten

Ein Erzählstrom von Geschichten, zwischen denen sich kleine Verbindungslinien öffnen, damit umreißt Michael Opitz, Deutschlandradio Kultur, den Aufbau der „350 neuen Geschichten“ von Alexander Kluge und darüber hinaus die Komplexität seines literarischen Œuvres. Auf einer bedeutsamen Nebenlinie des Stroms fließen Geschichten des Krieges, die Menschen und Gesellschaften mit sich reißen, deformieren und zerstören. Was ist Krieg? Für Kluge ein kompliziertes, artifizielles, immer erneut auf Nachzündung der Feindseligkeit angewiesenes Netz, ein Verhältnis, das die Kräfte überanstrengt.

Der Autor schöpft aus Leserbriefen, Fernseh- und Zeitungsnachrichten, philosophischen Gedanken, Geschichtsbüchern und wissenschaftlichen Abhandlungen. Er verfaßt daraus Kurzgeschichten in Form dichter Beschreibung, was eine kleine Auswahl von Geschichten aus dem Krieg veranschaulichen soll.

„Am 12. Februar 1916, dem für den Angriff auf Verdun festgesetzten Tag (noch war alles ungesehen), fuhr ich mit zwei Ordonanzoffizieren an die Front. Die Landschaft lag in undurchdringlichem Nebel … Die deutsche obere Führung war jedoch in den Kategorien der ‚Klarheit‘ und der ‚bewußten Entschließung‘, also ‚rational‘, ausgebildet. Sie traute keinem ‚ungefähr‘.“ So beginnt die Geschichte „Kein Angriff im Nebel“. Der Angriffsbefehl an diesem Tag wurde zurückgenommen. Dabei hielt der Gegner Angriffe aus dem Nebel für ausgeschlossen, was den Deutschen im Sinne eines Überraschungsangriffs zum Vorteil gereicht hätte: „Wie Gespenster wären die Unsrigen aus dem Nebel aufgetaucht.“

„Fog of war“ ist das Fachgebiet des Strategielehrers und Militärhistorikers Generalmajor Freddy R. Williams. „Ein Prüfungsthema in West Point“ kommt regelmäßig aus diesem gefürchteten Bereich. Laut Williams verlieren mit Kriegsausbruch die Tatsachen selbst ihre feste Gestalt, es erscheinen dann „unbekannte Tatsachen“, nämlich Mischungen aus Notwendigkeit und Zufall – weder Übungen noch Abhärtung taugen da. Also ein für die kriegsunerfahrenen Examinanden der Militärakademie schwer umsetzbares Phänomen, scheinbar „philosophischer Natur“. Carl von Clausewitz begreift den „Nebel des Krieges“ als Friktion, die nach Williams aus den Dingen selbst kommt. Grund sei der Kontakt von Menschen und Tatsachen mit dem Zufall. Man kann die Tatsachen, sobald der Krieg ausbricht, von unerlaubtem Kontakt mit den Zufällen nicht mehr abhalten.

„Die Schnellsten werden die Letzten sein.“ Das zeigte sich bei der Eroberung des Irak durch die USA, deren schnellste und elektronisch am besten ausgerüstete Kampfeinheit die 4. US-Infanterie-Division (die „Digitalisierte“) war. Sie sollte überraschend von Westen über die Türkei, das Kurdengebiet und Mossul auf Bagdad vorstoßen.

Doch die auf Schiffe verladene 4. US-Infanterie-Division erhielt seitens der Türkei keine Erlaubnis an Land zu gehen. Schließlich wurde die Transportflotte umgeleitet, durchfuhr den Suez-Kanal und umrundete die Arabische Halbinsel.

Dann traf die für besonders rasche Vorstöße bekannte Truppe in Kuwait ein: vier Tage nach den entscheidenden Gefechten vor Bagdad.

Die untereinander vernetzten „350 neuen Geschichten“ Alexander Kluges sind im wissenschaftlichen Sinne nicht zitierfähig, so fehlt beispielsweise ein Quellenverzeichnis.

Doch machen seine Geschichten nachdenklich, geben Anreiz zur historischen Reflexion und bieten dem Leser eine anregende Lektüre: eine Tour d'Horizon neuerer Kriegsgeschichte(n), von den napoleonischen Kriegen bis zum zweiten Irakkrieg. *Frank Gerlich*

***Alexander Kluge: „Tür an Tür mit einer anderen Welt“**, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, broschiert, 646 Seiten, 22,80 Euro, Best.-Nr. 6327*

Hans-Burkhard Sumowski
„Jetzt war ich ganz allein auf der Welt"

Ein Junge überlebt den Untergang Königsbergs. Hans-Burkhard Sumowski schildert in seinen Erinnerungen seine erschütternden Erlebnisse am Ende des Zweiten Weltkriegs in Königsberg. Als achtjähriger Junge überlebt er als Einziger seiner Familie die sowjetische Invasion und gerät mit Hunderten anderer deutscher Kriegswaisen in einen wahren Albtraum, bestimmt von Hunger, Krankheiten, Gewalt und Tod.



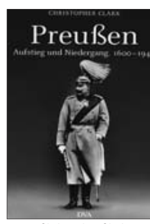
Einen letzten schönen Sommer verbringt der achtjährige Burkhard mit seiner Mutter in Königsberg, bevor im Herbst 1944 die Vorbereitungen für den Endkampf beginnen und die Stadt zur Festung wird. Der Krieg, zunächst ein aufregendes Spiel, wird bald zur grausamen Realität. In den Wirren nach der sowjetischen Invasion sterben Burkhards sechs Wochen altes Brüderchen, seine Mutter und seine Großmutter. Zusammen mit den anderen Königsberger Kriegswaisen kommt der Junge in einem Kinderheim unter und lernt, sich bei den Russen durchzuschlagen. Unfassbar ist das Glück, als die Kinder schließlich im November 1947 nach Deutschland ausreisen dürfen.
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 6316, € 19,95



Erna Ewert, Marga Pollmann, Hannelore Müller
Frauen in Königsberg 1945 -1948
Berichte über die Zeit von 1945 bis 1948, Kart., 188 Seiten
Best.-Nr.: 2812, € 10,80



Michael A. Hartenstein
Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie
„Westverschiebung" und „Umsiedlung" – Kriegsziele der Alliierten oder Postulat polnischer Politik?
Geb., 296 Seiten,
Best.-Nr.: 5996, € 24,90

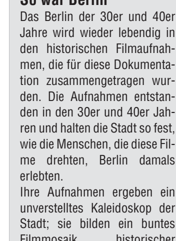


Christopher Clark
Preußen
Aufstieg und Niedergang. 1600–1947
Geb., 896 Seiten mit 62 Abb. sowie Ktn
Best.-Nr.: 6072, € 39,95

So war Berlin

Das Berlin der 30er und 40er Jahre wird wieder lebendig in den historischen Filmaufnahmen, die für dieser Dokumentation zusammengetragen wurden. Die Aufnahmen entstanden in den 30er und 40er Jahren und halten die Stadt so fest, wie die Menschen, die diese Filme drehten, Berlin damals erlebten.

Ihre Aufnahmen ergeben ein unverstelltes Kaleidoskop der Stadt; sie bilden ein buntes Filmmosaik historischer bedeutender Geschehnisse und des alltäglichen Lebens. Zu sehen sind der Bahnhof Friedrichstraße, das Stadtschloss, der neue Dom, die Museumsinsel, das Zeughaus zur Neuen Wache, die Siegessäule, das Brandenburger Tor, die ehemalige Friedrich-Wilhelm-Universität, Unter den Linden, das Café Kranzler, die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, das Hotel Adlon am Berliner Platz, der Reichstag, der Funkturm, das Karstadthaus am Hermannplatz, der Potsdamer Platz, das Haus Vaterland, der Anhalter Bahnhof, die Charlottenburger Chaussee (heute Straße des 17. Juni), der Landwehrkanal, der Flughafen Tempelhof, Potsdam mit der Garnisonskirche, der Nikolaikirche und Schloss Sanssouci, die Schorfheide und der Werbellinner See, die Kaserne Moabit, das Café Efdi, die Olympischen Sommerspiele von 1936 auf dem Reichssportfeld u.v.a.







Als Bonus ist der Film „Mit em Luftschiff über Berlin" enthalten. Weitere acht Filme zeigen bislang unveröffentlichte historische Filmaufnahmen aus Berlin und Potsdam.

Laufzeit: 52 Minuten + 60 Minuten Bonus-Filme
Best.-Nr.: 6300, € 14,95



A.C. Grayling
Die toten Städte
Die Wahrheit über den alliierten Bombenterror
Geb., 416 Seiten, 16 Seiten s/w-Bildteil
Best.-Nr.: 6084, € 22,95

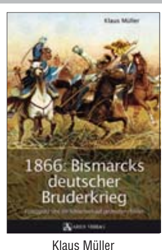
Rosa Labenski
Ich will doch nur zu meinen Kindern
Gefangen in Ostpreußen 1945 bis 1948
Geb., 224 Seiten
Best.-Nr.: 6177, € 14,95



Helma Herrmann-Schicht
Eine Mutter und sieben Kinder
Schicksalstage in Ostpreußen 1945-1948
174 Seiten, 5 S/W Abb.
Best.-Nr.: 6176, € 14,95

Ulrich March
Kleine Geschichte deutscher Länder
Regionen, Staaten, Bundesländer

Kein anderes europäisches Land weist im Verhältnis zu seiner Größe eine solche regionale Vielfalt auf wie Deutschland. Das Spannungsverhältnis zwischen kaiserlicher Reichsidee und Beharren auf regionaler Eigenständigkeit führte zu einer Herausbildung unterschiedlichster Herrschaftsstrukturen. Große Fürstentümer standen kleinsten adeligen Territorien und den Besitztümern der Reichsritterschaft gegenüber, Fürstbistümer den freien Reichsstädten. Zuletzt hat es im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation nicht weniger als 1.789 eigenständige Territorien gegeben. Die Entwicklung in den protestantischen Gebieten und den katholischen Bistümern, wo der Bischof zugleich Landesherr war, verlief nicht selten gegensätzlich. Manche Gebiete wurden von der Macht aufstrebender Handelsstädte geprägt, andere blieben ländlich. In den preußischen und österreichischen Ländern entwickelte sich ein mächtiges Landesherrentum, auch die bayerischen, sächsischen und welfischen Herrscher konnten ihre Länder zu einer eigenständigen Entwicklung führen, die sich nicht zuletzt im Charakter der jeweiligen Hauptstädte spiegelt. Anderswo war wiederum die Vielzahl kleiner und kleinster Landesherren für die Entwicklung bestimmend.



Das Buch schildert die Geschichte der Territorien von den Anfängen der frühmittelalterlichen Stammesherzogtümer bis zu den jüngsten Entwicklungen in den deutschen Bundesländern. Auch die 1648 bzw. 1866 aus dem Reichsverband ausgeschiedenen Länder Schweiz und Österreich werden behandelt. Dabei ist es die besondere Fähigkeit des Autors, die in ihrer Vielfalt oft verwirrenden geschichtlichen Entwicklungen knapp und präzise auf den Punkt zu bringen.
Geb., 296 Seiten, S/W-Abbildungen
Best.-Nr.: 6135, €19,90

Klaus Müller
1866: Bismarcks deutscher Bruderkrieg
Geb., 278 Seiten, zahlr. Farb- u. S/W-Abb., 15 x 23 cm,
Best.-Nr.: 6276, € 24,90

Buch der Woche

Dietmar Bittrich
Achtung, Gutmenschen!
Warum sie uns nerven. Womit Sie uns quälen. Wie wir sie loswerden

Sie lassen Kinder für den Frieden malen. Sie pilgern zum Dalai Lama. Sie bilden Lichterketten. Sie melden Handlungsbedarf an, diskutieren ergebnisoffen, äußern Abscheu, denken das Undenkbare. Die zen, der Wald als solcher, das Klima, der saubere Strom. Bitte nur Ökostrom, erzeugt auf der grünen Wiese, «zum Beispiel von einem Windrad, das die Leute vor Ort nerven mag und gelegentlich ein paar Störche schreddert – aber davon ist eigentlich nicht mehr zu sehen, wenn der Strom aus der Leitung kommt» Und Blutorangen, Negerküsse und Zigeunerschnitzel? Sind tabu.

internationale Initiative «Köche für den Frieden» z.B. spricht sich in ihrem Mainfest resolut gegen Gewalt in der Küche aus. Keine Zwiebel darf mehr bei lebendigem Leibe gehäutet, keinem Spargel der Kopf abgeschnitten, keiner Kartoffel die Augen ausgestochen werden. Sie sind für die Natur im Allgemeinen (natürlich nicht für Stechmücken, Streptokokken oder nicht endenden Regen im Urlaub). Die Umwelt im höheren Sinne liegt ihnen am Her-

Man kann es auch übertreiben mit der Political Correctness! Der Autor beschreibt mit viel schwarzem Humor die Blüten, die das Gutmenschentum mitunter treiben kann. Wer dieses Handbuch kennt, weiß, wie man die Phrasen der Gutmenschen entlarvt und ihre Argumente aushebelt.
Kart., 188 Seiten

Best.-Nr.: 6328, € 7,90

Sonder-Angebot!



Herbert Finck
Geopferte Jugendjahre
Als Kriegsgefangener in Italien, Nordafrika, den USA und England
Geb., 172 Seiten
Best.-Nr. 5716, Statt € 9,00, Nur noch € 2,95, Ersparnis 87 %



Hans Zeidler
Als Ostpreußen verloren ging
Kart., 63 Seiten
Best.-Nr.: 6024, Nur noch € 1,95



Fried von Bartocki / Klaus von der Groeben
Adolf von Bartocki
Das Lebensbild des ostpreuß. Oberpräsidenten, Kart., 201 Seiten
Best.-Nr.: 5892, Nur noch € 2,95



Richard Schröder
Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit
Eine brillante Darstellung deutscher Befindlichkeiten
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 6245, € 16,90



Carolin Philipps
Friederike von Preußen
Die leidenschaftliche Schwester der Königin Luise
Geb., 368 Seiten mit 16 Seiten Farbbildteil
Best.-Nr.: 6303, € 19,90



Ralf G. Reuth
Deutsche auf der Flucht
Geb., 216 Seiten, viele Fotos und Bilddokumente
Format: 22 x 29 cm, mit Schutzumschlag.
Best.-Nr.: 6210, € 12,50

Zeigen Sie Flagge!

Ob für Mütze, Revers oder als Sammlerstück: Flaggen-Anstecker mit emaillierter Oberfläche und Steckverschluss. Maße: ca. 17 x 12 mm

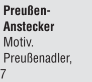


Ostpreußen-Anstecker
Motiv: Ostpreußen-Flagge mit Provinzwappen,
Best.-Nr.: 5889

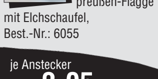


Preußen-Anstecker
Motiv. Preußenadler,
Best.-Nr.: 6057

Elchschaufel-Anstecker
Motiv: Ostpreußen-Flagge mit Elchschaufel,
Best.-Nr.: 6055



Königsberg-Anstecker
Motiv: Königsberg-Flagge,
Best.-Nr.: 6056



Felix Graf von Luckner

Graf Luckner
Seeteufel
Abenteuer aus meinem Leben
Der Seeteufel - wer kennt ihn nicht? Die Lebensgeschichte des Felix Graf von Luckner ist eines der ganz großen Abenteuerbücher unserer Zeit. Spannend und zugleich humorvoll erzählt der »Seeteufel« aus seinem Leben: In Halle an der Saale geboren, verbrachte er Jugend und Schulzeit in Dresden. Schon bald zog es ihn zur See, und ganz gleich, ob es die harte Zeit als Schiffsjunge auf einem russischen Segler ist oder Luckners Erfahrungen als Fakirlehrling, Preisboxer und Leuchtturmwärter - der »Seeteufel« erzählt auf unnachahmliche Weise von spannenden Erlebnissen und aufregenden Reisen um die ganze Welt.
Geb., 259 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen
Best.-Nr.: 2557

Graf Luckner
Seeteufels Weltfahrt
Seit Jahrzehnten sind die Bücher Felix Graf von Luckners Klassiker der Abenteuerliteratur. Generationen von Lesern haben sie mit Begeisterung verschlungen.
Spannend und unkonventionell erzählt er Episoden aus sieben Jahrzehnten, die weder im »Seeteufel« noch im »Amerika«-Buch stehen: lustige und nachdenkliche Geschichten aus seiner Seekiste.
Für die Nachgeborenen beschreibt er aus seiner unnachahmlichen Sicht die Welt, in die er 1881 hineingeboren wurde. Seinen »Seeteufeleien«, Abenteuern und Plaudereien zu folgen, ist auch für Landratten ein spannendes Erlebnis.
Geb., 226 Seiten
Best.-Nr.: 5220





Siegfried Obermeier
Verlorene Kindheit
Erinnerungen aus der Kriegszeit
Geb., 272 Seiten
Best.-Nr.: 5598, € 9,95



Gerd-Helmut Komossa
Die deutsche Karte
Das Verdeckte Spiel der Geheimdienste
Geb., 216 Seiten
Best.-Nr.: 6246, € 19,90

Heinz Magenheimer
Kriegsziele und Strategien der großen Mächte 1939 bis 1945

In diesem neuen Werk stellt der renommierte österreichische Militärhistoriker Dr. Heinz Magenheimer die Kriegsziele und Strategien der am Zweiten Weltkrieg beteiligten großen Mächte Deutschland, Großbritannien, USA, Sowjetunion und Japan in globalen Zusammenhängen dar. Er schildert den militärisch-operativen Kriegsverlauf und stellt die Wechselwirkungen zwischen den oft strittigen politischen und strategischen Zielen der Kriegsparteien und dem Verlauf des Kriegs in Europa und in Fernost dar.
Es zeigt sich, dass es keinen „Masterplan" gab und der Kriegsverlauf keineswegs vorgezeichnet war. Möglichkeiten zur Beendigung des Krieges blieben mehrfach ungenutzt. Die deutsche Strategie war mehr von Reaktion, Widersprüchen und Aushilfen denn von langfristiger Zielverfolgung gekennzeichnet. Eine Darstellung der auch für die Westalliierten so nicht erwarteten Kriegsergebnisse und der daraus resultierenden Entwicklung der Mächtekonstellationen schließt dieses außergewöhnliche Werk ab.





Geb., 232 Seiten
Best.-Nr.: 6053, statt € 27,00 nur noch € 12,95





Werner Kutscha
In der Heimat gefangen
Eine Kindheit zwischen Krieg und Vertreibung
Geb., 386 Seiten
Best.-Nr.: 6080, € 9,95

Richard Wagner
Der deutsche Horizont
Vom Schicksal eines guten Landes
Was ist deutsch? In seinem so fundierten wie geistreichen Buch schreitet Richard Wagner den deutschen Horizont ab. Als brillanter Literat und messerscharfer Analytiker führt er uns vor Augen, wer wir sind und was wir können. Sein Buch ist ein leidenschaftliches wie hochaktuelles Plädoyer für eine tabufreie, selbstbewußte Nation.



Geb., 399 Seiten
Best.-Nr.: 6051, € 19,90

PMD Preußischer Mediendienst — **Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Fax: 040 / 41 40 08 58 · Tel: 040 / 41 40 08 27** — 35/07
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

Friedrich Wilhelm IV. sei Dank

Die Grundsteinlegung zum Weiterbau des Kölner Domes erfolgte vor 165 Jahren im Beisein des preußischen Königs

Von MANFRED MÜLLER

Touristen in großer Zahl strömen in der Hauptreisezeit zum Kölner Dom. Menschen aus aller Welt, Christen und Nichtchristen, wollen dieses gewaltige Monument des Weltkulturerbes sehen, das ohne den Beitrag Preußens wahrscheinlich Bauruine geblieben wäre.

Als solche war sie in den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts deutschen Kunstfreunden und Patrioten ein Stein des Anstoßes. Diese waren stark von der Mittelalterbegeisterung der deutschen Romantik beeinflußt und hofften darauf, daß der Dombau in einer gewaltigen Kraftanstrengung der deutschen Nation vollendet werden könnte.

In seinem berühmten Artikel im „Rheinischen Merkur" vom 20. November 1814 forderte der rheinische Katholik Joseph Görres, der sich von einem jugendlichen frankophilen Revoluzzer zu einem glühenden deutsch-konservativen Patrioten gewandelt hatte, der unvollendete Kölner Dom müsse zu einem Nationaldenkmal ausgebaut werden. In seinem unfertigen Zustand sei der Dom ein ewiger Vorwurf, ein Bild von „Teutschland in seiner Sprach- und Gedankenverwirrung, seinem inneren Hader und seiner Eigensucht, seinem Niedergang und seiner Zerrissenheit". Vollendet als „das wahre Nationaldenkmal" werde der Dom ein Symbol sein „des neuen Reiches, das wir bauen wollen".

Ein erster Ansatz zur Erhaltung des gewaltigen Torsos und für einen eventuellen Weiterbau ergab sich 1821. Preußen vereinbarte mit dem Heiligen Stuhl die Wiederherstellung der durch die Französische Revolution zerstörten Bistümer. Dem preußischen Staat fiel die Pflicht zum Unterhalt der Bischofskirchen zu, soweit die Bischöfe dazu nicht in der Lage waren. Doch unter dem sparsamen und nüchternen König Friedrich Wilhelm III. flossen die Mittel für den Kölner Dom nur ungenügend. 1823 konnte die neue Dombauhütte ihre Arbeit aufnehmen. Jährlich standen ihr etwa 20000 Taler zur Verfügung, von denen 12000 aus der Staatskasse kamen, während der Rest von kirchlicher Seite aufgebracht wurde. Dombaufreunde bemühten sich seit 1838, einen Dombauverein zu gründen. Doch Friedrich Wilhelm III., der sich seit 1837 mit dem Kölner Erzbischof Droste-Vischering in einem heftigen Konflikt wegen der Mischehenfrage befand, lehnte die Genehmigung ab.

Alles änderte sich mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. im Jahre 1840. Dieser Romantiker auf dem Königsthron, christlich konservativ gesinnt, an der deutschen Reichsherrlichkeit des Mittelalters orientiert, war seit seinem 19. Lebensjahr ein begeisterter Anhänger des Dombauvorhabens. Schon am 23. November 1840 genehmigte er die Gründung des Dombauvereins, wie er auch zügig den Konflikt mit der katholischen Kirche beilegte. Der vollendete Dom sollte ein Symbol der Allianz von Kirche und Staat werden (anstelle der Unterordnung des Altars unter den Thron), der Versöhnung von Protestanten und Katholiken und der Abwehr revolutionärer Erschütterungen. 1842 kam es zu folgender Abmachung: Friedrich Wilhelm IV. wollte jährlich 50000 Taler zur Bestreitung der Baukosten bereitstellen, einen ähnlich hohen Betrag sollte der Dombauverein beisteuern. Beide Summen sollten in einen Baufond fließen, aus dem die staatliche Baubehörde die notwendigen Gelder erhielt. Überall in Deutschland kam es zur Gründung von Dombauvereinen (meist kurzlebiger Natur), die dem Kölner Zentralverein zugeordnet wurden.

Am 4. September 1842 nahm Friedrich Wilhelm IV. an der Grundsteinlegung zum Weiterbau des Domes teil. Diesen wußte er bei dem Dombaumeister, dem Schlesier Ernst Zwirner, der von 1833 bis zu seinem Tod an der Dombauhütte wirkte, in besten Händen. Nach zeitgenössischen Presseberichten war eine so große Menschenmenge, wie sie an diesem Septembertag zusammenströmte, in Köln noch nicht gesehen worden. Der König wurde mit enthusiastischem Beifall begrüßt; religiöse und nationale Empfindungen fanden zu einem schönen Einklang zusammen. Es war eine kluge Geste, daß der protestantische Monarch am feierlichen Hochamt im Dom teilnahm (in der damaligen Zeit keine Selbstverständlichkeit).

In der Folgezeit war der abgesprochene Modus der Dombaufinanzierung wiederholt gefährdet, ja es drohte sogar gelegentlich die Einstellung des Weiterbaus. Reiche rheinische Mäzene aus der aufstrebenden Industrie, aus dem Handel und der Bankenwelt mußten gewonnen werden, um ein Stocken der Baumaßnahmen zu verhindern. Aber auf die Dauer war dies keine Lösung. Der Dombauverein entwickelte das Projekt einer Dombaulotterie. Deren Erträge, so schätzte man, würden so groß sein, daß des Königs wiederholtes Zögern, die zugesagten Jahresraten bereitzustellen (wofür es vielerlei politische Gründe gab), nicht mehr so stark ins Gewicht fallen würde. Die Ministerialbürokratie aber hintertrieb jahrelang alle diese Pläne. Erst 1865 genehmigte König Wilhelm I. eine erste Ausspielung der Dombaulotterie. Diese erbrachte einen Reingewinn von 177000 Talern. Weiterer Widerstand der Bürokraten konnte dann eine Dauerkonzessionierung für die Dombaulotterie nicht mehr verhindern.

1880 wurde der Dombau, diese einzigartige Verbindung von mittelalterlich-gotischer Baukunst und moderner Neugotik, vollendet. Das für den 15./16. Oktober geplante Dombaufest wurde überschattet von den Auswirkungen des Kulturkampfes, der heftigen Auseinandersetzung zwischen preußischem Staat und katholischer Kirche. Daher trug der Festverlauf einen stark weltlichen Charakter. Das Domkapitel fühlte sich von den Vorbereitungen ausgeschlossen, der „ultramontan" gesinnte Teil der Kölner Bevölkerung, repräsentiert durch die Zentrumspartei, sah sich provoziert. Ein besonders unglücklicher Umstand war, daß Erzbischof Melchers in der Verbannung weilen mußte. Dennoch gelang es schließlich, Kompromisse zu finden.

Die von streng kirchlichen Kreisen praktizierte „vornehme Zurückhaltung" kam nicht recht zur Geltung. Die Beteiligung der Kölner und der rheinischen Bevölkerung war recht groß, das Kaiserpaar wurde umjubelt. Die offizielle Berichterstattung stellte ganz stark die nationale Symbolik des Dombaus und die Verdienste des preußischen Königshauses heraus. Letztere wurden etwas überbetont, denn die Vollendung des Doms war eine gewaltige Gemeinschaftsleistung des Kölner Bürgertums (Dombauverein, rheinische Mäzene) und des preußischen Staates. Kaiser Wilhelm I. hatte in seiner Festansprache aber durchaus recht mit der Aussage, das eigentliche Verdienst der Dombauvollendung komme seinem verstorbenen Bruder Friedrich Wilhelm IV. zu. Ohne die romantische Begeisterung dieses Monarchen wären die Staatsgelder auf das Maß dessen beschränkt worden, was zur Erhaltung und Renovierung des aus dem Mittelalter überkommenen Torsos notwendig gewesen wäre.



Kölner Dom: Erst staatliche und private Gelder zusammen machten die Vollendung des Sakralbaus möglich. Foto: ddp

Das Ostpreußenblatt

Nr. 35 – 1. September 2007

»Endlich zu Hause«

Im Bissegg bei Weinfelden im Kanton Thurgau wurde der Holzhof in Tilsit umbenannt

Von Manuel Ruoff

Noch vor wenigen Jahren waren auf dem Käsemarkt von Lebensmitteldesignern geschaffene Neuschöpfungen en vogue. Inzwischen gibt der Kunde jedoch lieber bewährten Käsesorten mit Tradition und Geschichte den Vorzug. Diese Ansicht hört man zumindest in der Sortenorganisation Tilsiter Switzerland GmbH. Bei letzterer handelt es sich um eine Schweizer Interessenorganisation an Produktion und Vertrieb des Tilsiter Käses beteiligter Betriebe und Organisationen. Das Stammkapital dieser GmbH mit Sitz in Weinfelden in Höhe von 360000 Schweizer Franken stammt je zu einem Drittel von den Milchproduzenten, den Fabrikanten und den Käsehändlern beziehungsweise Affineuren sowie deren Organisationen.

Damit der Tilsiter wieder aus Tilsit kommt, um dem „Tilsiter wieder eine Heimat zu geben", wie es offiziell hieß, und das gefälligst an ihrem Produktionsort in der Schweiz, gründeten die geschäftstüchtigen Eidgenossen in ihrem schönen Land ein Tilsit. Die Wahl fiel auf den Betrieb der Familie Otto und Claudia Wartmann, den Holzhof. Schließlich ist der erste Schweizer Tilsiter auf eben diesem Holzhof in Bisseg bei Weinfelden, Kanton Thurgau, entstanden. Das war 1893. Der damalige Käser, Otto Wartmann, hatte den Tilsiter in Tilsit kennengelernt. Seither wird auf dem Holzhof Tilsiter hergestellt, mittlerweile bereits in der fünften Generation.

Um der Umbenennung des Holzhofes in Tilsit die nötige Glaubwürdigkeit und Tiefe zu geben, wurden zu dem Akt deutsche und russische Tilsiter eingeladen. Der Russe Jakow Rosenblum von der „Russischen Stadtgemeinschaft Tilsit in Sowjetsk" folgte ebenso der Einladung wie der Deutsche Horst Mertineit von der Stadtgemeinschaft Tilsit in Kiel. Auch der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, folgte der Einladung. Diese seltene Gelegenheit, einmal in der Schweiz die Landsmannschaft und ihre Belange vorzustellen, ließ er sich nicht entgehen. Zu seiner eigenen Überraschung stieß er hier sogar auf eine Vertriebenenorganisation, zu der nun ein intensiverer Kontakt hergestellt werden soll.

Als Gründungstag für Tilsit / Thurgau wählten die Sortenorganisation Tilsiter Switzerland und die Familie Otto und Claudia Hartmann den schweizerischen Nationalfeiertag. An diesem Tag konnten sie voraussetzen, daß ihre Landsleute bereits in festlicher Stimmung waren, nicht erst in diese versetzt werden mußten. Zudem läßt sich dadurch der Gründungstag von Tilsit / Thurgau für Schweizer optimal merken, denn die Strategie der Schweizer ist langfristig. An jedem Schweizer Nationaltag soll zukünftig auch der Gründung von Tilsit / Thurgau gedacht werden, nach zehn,

Fortsetzung auf Seite 16



Enthüllung des Ortsschildes „Tilsit": Christa Klein, Jakow Rosenblum, Horst Mertineit und Otto Wartmann (v.l.n.r.) Foto: Ruoff

Rede des LO-Sprechers Wilhelm v. Gottberg

Der heutige 1. August 2007 ist für mich ein bewegender Tag, denn ich bin hier Gast und Zeitzeuge bei einem ganz ungewöhnlichen Ereignis. Ein Ort, ein kleiner Weiler, bekommt den Namen Tilsit zugeeignet. Was es mit Tilsit auf sich hat, wurde durch Horst Mertineit vorgetragen. Tilsit, kreisfreie Stadt in der früheren deutschen Provinz Ostpreußen, zählte zu den großen und bedeutsamen Städten im Preußenland. Tilsit kann in diesem Jahr auf 455 Jahre Stadtgeschichte zurückblicken. 1552 bekam der Ort durch Herzog Albrecht die Stadtrechte. Die Anfänge der Siedlungsgeschichte Tilsit finden wir im 13. Jahrhundert.

Mir ist kein weiterer Ort in Deutschland oder in Europa bekannt, der den Namen Tilsit trägt. Das alte Tilsit ist nur noch rudimentär vorhanden und es trägt heute den Namen „Sowjetsk". Das schließt nicht aus, daß eine größere Anzahl Menschen im heutigen russischen Tilsit beziehungsweise Sowjetsk an die historische Vergangenheit der Stadt Tilsit anknüpfen wollen.

Mit dem heutigen Tag erlangt das alte Tilsit ein Stück Unsterblichkeit, denn nunmehr bleibt Tilsit als Ortsname erhalten. Sie, meine lieben Schweizer Freunde, knüpfen ja ganz bewußt an Tilsit in Ostpreußen an, und die Brükke zur fernen Stadt am Memelfluß ist der Tilsiter Käse, der seinen Ursprung in der Tilsiter Region Ostpreußens hatte und heute hier in der Schweiz – sicherlich zeitgemäß fortentwickelt – produziert wird. Für die Ostpreußen ein Grund zur Freude.

Ich will das heutige Ereignis in einen etwas größeren geschichtlichen Rahmen stellen. Preußen, ein früherer deutscher autonomer Staat, zeitweilig sogar europäische Vormacht, hatte mit dem Edikt von Potsdam 1685 des Großen Kurfürsten Glaubens- und Gewissensfreiheit als erster Staat in Europa für alle Landeskinder garantiert. Dies war ein Meilenstein in der Entwicklung der Grund- und Menschenrechte in Europa schon im 17. Jahrhundert.

Aufgrund des Potsdamer Ediktes kamen Glaubensflüchtlinge aus den verschiedenen europäischen Regionen nach Preußen. Es kamen die französischen Hugenotten, die Salzburger, die Pfälzer und auch holländische und Schweizer Menoiten. Letztere waren Menschen aus Ländern mit Käsetradition. Sie haben die einheimische Käseproduktion in der Tilsiter Region befruchtet und auch Neuerungen in den Produktionsprozeß hereingebracht. Zum Beispiel brachten die Schweizer den beheizbaren Kupferkessel mit in das Preußenland und sie wußten auch, daß man Rohkäse nachwärmen muß.

Im 19. Jahrhundert gab es vielfältige Methoden, allerdings alle sehr ähnlich, zur Käseherstellung in der Milchwirtschaft in der Tilsiter Region. Es wurde für den eigenen Bedarf produziert.

1845, so schreibt Ulla Lachauer in ihrem Buch „Die Brücke von Tilsit", soll es gewesen sein, daß eine ostpreußische Bäuerin, Frau Westphal, das Rezept für den Tilsiter Käse erstmalig veröffentlichte. Die Produktion dieses Käses wurde dadurch in bestimmte Regeln gebracht. Damit kam eine Professionalisierung der Käseherstellung in Gang. Sie entfernte sich im Laufe der Jahre von der bäuerlichen Wirtschaft. Molkereien entstanden, die Milchverwertung wurde ein eigener Berufszweig und es wurde für den Markt produziert. Der Tilsiter Käse, in der Tilsiter Region entstanden, machte Tilsit deutschlandweit und später europaweit bekannt.

Mir ist es wichtig, auf die Beteiligung der Schweizer Glaubensflüchtlinge, die als Emigranten nach Preußen kamen, bei dem langen Entstehungsprozeß des Tilsiter Käses aufmerksam zu machen. Die geschichtlichen Bezüge der Schweiz zu Ostpreußen liegen auf der Hand.

Noch ein kleiner Exkurs: Das ferne Preußen muß auf die Menschen in der Schweiz schon am Ausgang des 18. Jahrhundert eine gewisse Faszination ausgeübt haben. 1707 wählten die Stände des Fürstentums Neuchâtel, zu Deutsch Neuenburg – heute ein Kanton der Schweiz, König Friedrich I. in Preußen zum Fürsten. Damit wurde Neuenburg oder Neuchâtel preußisches Territorium. 1857 endete die preußische Zeit des Kantons durch Verzicht Preußens auf dieses Gebiet. Der preußische König behielt noch bis zum Ende der Monarchie in Preußen 1918 den Titel Fürst von Neuchâtel und Valangin.

Und noch einen Aspekt will ich nennen, einen Impuls aus Ostpreußen, der auch in der Schweiz eine durchschlagende Folgewirkung hatte. 1898 wurde durch Elisabeth Boehm geborene Steppuhn, eine Gutsfrau aus Rastenburg in Ostpreußen, die Landfrauenbewegung gegründet. Landfrauenvereine gibt es heute auf der ganzen Welt. Natürlich gibt es Landfrauenvereine auch in der Schweiz. Ich weiß nicht, Herr Präsident Walter, ob Ihnen der Ausgangspunkt der Frauenbewegung bekannt war. Ihnen verehrte Zuhörer wird das nicht bekannt gewesen sein. Soweit der Exkurs.

1893 kommt der Urgroßvater von Otto Wartmann nach Tilsit. Er hieß auch Otto Wartmann und die Analen sagen aus, daß eine Geschäftsreise ihn nach Ostpreußen führte. Ich möchte eher annehmen, daß es eine Studienreise war. Otto Wartmann Nr. 1 brachte das Rezept des Tilsiter Käses mit in die Schweiz. Seit 114 Jahren wird nun der Tilsiter Käse auf dem landwirtschaftlichen Anwesen der Familie Wartmann in der Schweiz hergestellt. Otto Wartmann Nr. 4 stellt den Tilsiter nun in der vierten Generation her, wie mittlerweile viele andere Familienunternehmen in der hiesigen Region. Der Wohnsitz der Wartmanns – der Holzhof – wird am heutigen Tage in Tilsit umbenannt. Damit bleibt Tilsit als Ortsbezeichnung erhalten.

Meine Damen und Herren, mit der Namensgebung Tilsit für den Holzhof werden gewissermaßen verschüttete kulturelle und emotionale Bindungen von hier zur Kernprovinz des ehemaligen Preußens wieder freigelegt. Damit wird Kontinuität zur historischen Vergangenheit gewahrt. Wir leben in der Gegenwart. Wir können die Zukunft nur erfolgreich gestalten, wenn die Erfahrungen der Vergangenheit berücksichtigt werden. Das kleine Tilsit in der Schweiz wird zukünftig die Erinnerung an das große Tilsit im fernen Osten wachhalten. Diese Hoffnung habe ich. Und es gibt da noch eine andere Hoffnung, die mit mir viele Ostpreußen und alle noch lebenden alten Tilsiter teilen. Wir hoffen, daß die geschichtsträchtige Stadt am Ufer der Memel eines Tages ihren Namen Tilsit zurückbekommt. Wir wissen, daß viele russische Menschen in Sowjetsk damit einverstanden wären. Tilsit, mit dem Tilsiter Frieden, der nunmehr 200 Jahre zurückliegt, hat auch für die russische Geschichte Bedeutung. Die 62jährige russische Gegenwart von Tilsit ruht auf der 700jährigen deutschen Vergangenheit der Stadt. Die Rückbenennung der Stadt in Tilsit würde die Zäsur von 1945 ein wenig heilen.

Der Schweiz und ihren Menschen, der Schweizer Marketingorganisation Tilsiter und den Menschen im kleinen Ort Tilsit (Holzhof) wünsche ich im Namen der Landsmannschaft Ostpreußen am heutigen 1. August, dem Schweizer Nationalfeiertag, ein herzliches Glückauf.

»Endlich zu Hause«

Fortsetzung von Seite 15

15, 25 Jahren etc. sollen sogar Jubiläen gefeiert werden.

2007 schien Petrus mitzuspielen. Der Gründungstag von Tilsit / Thurgau begann mit herrlichem Wetter, das sich hielt. In der Schweiz ist es seit eineinhalb Jahrzehnten Tradition, daß man am Nationalfeiertag auf dem Bauernhof bruncht, sprich eine deftige warme wie kalte Mahlzeit zu sich nimmt, die Frühstück wie Mittag ersetzt. Dieses Jahr wurden auf 420 Bauernhöfen rund 200 000 Gäste empfangen. Einer dieser 420 landwirtschaftlichen Betriebe war der Holzhof, der 1500 Besucher bewirtete. In diesen Brunch war der Umbenennungsakt als Höhepunkt eingebettet. Um 10 Uhr ging es los. Als die Ehrengäste aus der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation mit ihrem Kleinbus eintrafen, setzte als Willkommensgruß die Musik ein. Danach frühstückten Ehren- wie zahlende Gäste erst einmal gemeinsam im teilweise freigeräumten Stall, im Freien und im Festzelt. Natürlich kam Käseprodukten eine dominante Stellung zu, aber wer wollte, konnte auch Geschnetzeltes mit Bratkartoffeln oder Marmeladenbrote essen. Volksfeststimmung kam auf. Kinder konnten im Heu tollen, Tiere bewundern oder ebenso wie Erwachsene an einem Ratespiel teilnehmen, bei dem es galt, die Milch von Pferden, Ziegen, Schafen und Kühen nach einem Geschmackstest den entsprechenden Tieren zuzuordnen.

Angesichts dieser ausgelassenen Stimmung unter dem weißen Kreuz auf rotem Grund war es schon beeindruckend, mit welcher Selbstdisziplin Ruhe einkehrte, als um 12 Uhr auf der Bühne des Festzeltes mit dem Umbenennungsakt der ernste Teil der Feier begann. Nach einem musikalischen Auftakt mit der Musikgesellschaft Märstetten und dem Jodeldoppelquartett Sirnach begrüßte der Präsident der Sortenorganisation Tilsiter Switzerland, Karl Fürer, die Gäste aus der Bundesrepublik, der Russischen Föderation und der Schweiz. Zusammen mit dem nach ihm auftretenden Schauspieler Kurt Schwarz stellte er die Geschichte des Tilsiters und die Idee, die hinter der Umbenennung steht, vor. Der Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, Nationalrat Hansjörg Walter, zitierte Gandhi mit der Feststellung, daß Heimat da sei, wo das Herz, und nicht dort, wo der Körper sei, um dann festzustellen, daß das Herz von Tilsit hier, auf dem Holzhof sei. Anschließend interviewte die Moderatorin Christa den Gastgeber Otto Hartmann und Otmar Schmid von der Standortgemeinde Bissegg. Hartmann erzählte von der Verknüpfung des Tilsiters mit der Geschichte seiner Familie und Schmid gab seiner Freude und Genugtuung darüber Ausdruck, daß Tilsit nun in seiner Gemeinde liege.

Sehr beeindruckend war die anschließende Rede des 91jährigen Kurt Streit, der wie kein anderer Festredner die Verbindung zwischen Ostpreußen und der Schweiz personifizierte. Der Großvater dieses Ostpreußen Schweizer Abstammung war 1887 wie nicht wenige seiner Landsleute aus der damals armen Schweiz in das damals reiche Tilsit – wie sich die Zeiten ändern – ausgewandert. Der Enkel wurde von der Roten Armee vertrieben und kehrte in die Heimat seiner Vorväter zurück. Es war faszinierend, wie der 91jährige die Schweizer in Schweizerisch begrüßte, um dann aus Höflichkeit gegenüber den Gästen aus dem Ausland ins Hochdeutsche zu wechseln, aber nicht in irgendein Hochdeutsch, sondern in ein solches, das die anwesenden Ostpreußen in dem Redner einen der ihren erkennen ließ. Doch neben dem Schicksal des Vortragenden wußte außer der Form auch der Inhalt des Vortrages zu fesseln. Streit verwies darauf, daß die Vertreibung der in Ostpreußen lebenden Schweizer viel zu unbekannt sei. Dabei ist die Vertreibung der Schweizer „Gastarbeiter“ in Ostpreußen, die häufig in der Milchwirtschaft beschäftigt waren, ein ebenso juristisch wie politisch wichtiges und interessantes Thema. Die Schweiz befand sich nicht im Kriegszustand mit der Sowjetunion und die Schweizer sind über jeden Vorwurf erhaben, in der Sowjetunion Kriegsverbrechen begangen zu haben.



Es ist vollbracht: Horst Mertineit (ganz links) und Wilhelm v. Gottberg (ganz rechts) mit dem Ehepaar Hartmann Foto: Ruoff

Nachdem als erstes die Schweizer geredet hatten und dann als „Scharnier“ zwischen der Schweiz und Ostpreußen Kurt Streit wurde gemeinsam das Ostpreußenlied gesungen und die ostpreußischen Gäste kamen zu Wort. Nach Mertineit und v. Gottberg sprach Rosenblum. Er begrüße die Festgesellschaft namens seiner heute in Tilsit lebenden Landsleute im allgemeinen und der „Russischen Stadtgemeinschaft Tilsit in Sowjetsk“ im besonderen. Der Grundtenor seiner Rede war optimistisch. Er verwies darauf, daß mittlerweile auch in Tisit wieder von Tilsit gesprochen werde, dort versucht würde, der Stadt ihren Namen zurückzugeben, daß der Tilsiter Elch aus Königsbergs Tierpark zurückgekehrt sei, daß in beziehungsweise um Tilsit wieder Käse produziert werde, daß an der Königin-Luise-Brücke das Staatswappen aus der Sowjetzeit wieder durch ein Luisen-Medaillon ersetzt sei, und daß es offizielle russische Internetseiten gäbe, welche als Namensbestandteil „tilsit“ enthielten. Natürlich hatten die ostpreußischen Gäste auch Geschenke mitgebracht. Eine Tilsitflagge und ein bronzener Elch gehörten ebenso dazu wie ein Stadtplan vom heutigen Tilsit und eine Tüte voller Souvenirs. Etwas Besonderes hatte sich der ebenfalls zu den Tilsiter Ehrengästen gehörende Alfred Rubbel einfallen lassen. Er schenkte als Pendant zum Schweizer „Tilsit“-Ortsschild ein deutsches, auf dem mit schwarzer Schrift auf gelbem Grund unter der Ortsbezeichnung „Tilsit“ „Reg. Bez Gumbinnen“ geschrieben steht. Die Schweizer bedankten sich und Fürer versprach, nach Tilsit zu kommen und dann auch etwas mitzubringen.

Nach ein paar passenden besinnlichen Worten zum Thema Heimat, mit gemessener Stimme vorgetragen vom Schauspieler Schwarz, erreichte der Festakt den Höhepunkt – die gemeinsame Enthüllung eines Schriftzuges mit dem Schriftzug Tilsit, wobei man wissen muß, daß die Ortsschilder in der Schweiz statt schwarzer Schrift auf gelbem Grund, weiße Schrift auf blauem haben. Kaum daß Tilsit / Thurgau gegründet war, wurden auch gleich zahlreiche Ehrengäste zu Ehrenbürgern ernannt – einschließlich feierlicher Urkunde. Anschließend wurde in einem Garten auf der dem Hof gegenüberliegenden Straßenseite die Gründungsurkunde von Karl Fürer, Otto Wartmann, Othmar Schmid, Hansjörg Walter, den Ständeräten Dr. Philipp Stähelin und Dr. Hermann Bürgi, der Nationalrätin Brigitte Häberli, Horst Mertineit, Wilhelm v. Gottberg sowie Jakow Rosenblum unterzeichnet. Ihren Abschluß fanden die Umbenennungsfeierlichkeiten damit, daß man nach dem Gruppenfoto vor einem Plakat mit der Botschaft „Endlich zu Hause. Seit dem 1. August hat der Tilsiter wieder eine Heimat. Hier auf dem Holzhof“ gemeinsam das „Tilsit“-Ortsschild vor dem Hof am Straßenrand aufstellte.

Zukünftig sollte man also analog zu Königsberg in Preußen von Tilsit in Preußen sprechen, um Verwechslungen mit dem gleichnamigen Tilsit im Thurgau zu vermeiden. Doch Scherz beiseite. Es bleibt zu hoffen, daß es nicht bei dieser einmaligen Aktion bleibt, sondern sich daraus eine dauerhafte schweizerisch-ostpreußische Verbindung ergibt – wofür spricht, daß die Sortenorganisation Tilsiter Switzerland Mitglied der Stadtgemeinschaft Tilsit geworden ist –, und daß das schweizerisch Tilsit die Fahne des zur Zeit unter anderem Namen firmierenden ostpreußischen Tilsit hochhält.

Aus der Rede des Tilsiter Stadtvertreters Horst Mertineit

Vorweg möchte ich unserem Schweizer und auch Tilsiter Landsmann Streit für seine beeindruckende Rede danken. Mit seinen 91 Jahren kann ich mit meinen 87/88 nicht mithalten.

Danken will ich Ihnen für die Einladung hierher, mehr und nachhaltig aber für das Geschehen hier, für das, was Sie auf den Weg gebracht haben: Tilsit in der Schweiz!

Da kommt man in einem für uns doch fernen Land auf den Gedanken, unserer Heimatstadt Tilsit ein neues Domizil zu geben. Ich bin arg ins Grübeln geraten, als ich Ihre Nachricht, Ihre Einladung las. Was ist denn Tilsit heute, unsere arg geschundene Heimat, die offiziell nicht mehr diesen Namen trägt, und wie leben wir Tilsiter damit. Ist sie für uns auch gestorben, für uns die etwa noch 9000 Einwohner (von einst 60 000) in 29 Staaten der Erde?

Nein, Tilsit lebt weiter, nicht nur für uns, sondern auch als Stadt, auch wenn nicht mehr unter ihrem ehrenwerten einmaligen Namen. Lassen Sie mich das etwas skizzieren; denn wenn Sie diesen heute eingeschlagenen Weg gehen wollen, dann müssen Sie auch wissen, wofür Sie sich einsetzen.

Tilsit, das Städtchen, das 1552 von Herzog Albrecht die Stadtrechte erhielt, einschließlich der Farben und des Wappens, lebt trotz allem weiter. Die Stadt, die ein Verkehrsknotenpunkt war, die Wasserstraße von Ost nach West, der Landweg von Süd nach Nord, sie war auch ein kulturelles Zentrum. Alle „Geistesgrößen“, die den Weg nach St. Petersburg nehmen wollten rasteten in Tilsit und wirkten dabei auch kürzer oder länger in dieser Stadt. Und anders: Viele große und markante Persönlichkeiten kamen aus Tilsit, das Zeitlimit verbietet mir eine Aufzählung. Es war eine in allen Sektoren aufblühende Stadt, die manch einen Beinamen erhielt: So zum Beispiel „Gartenstadt des Deutschen Ostens“, „Stadt der schönen Mädchen“ (und das war sie!), „Die Stadt ohne Gleichen“, so der Regierungspräsident bei einer Festrede, „Die Stadt, in der die Uhren immer anders gingen!“ Kurz, die Stadt die in aller Welt bekannt wurde, nicht nur durch den sogenannten „Tilsiter Frieden“, nein auch, und besonders durch ein Nahrungsmittel, nein, ein Genußmittel, durch den einzigartigen Käse, den „Tilsiter“. Doch dazu wird nach mir von berufener Seite gesprochen werden.

Nun, die Stadt zerstört, arg verfallen, ist das noch unser Tilsit? Es gibt Orte, die als Ruinen untergingen. Es gibt aber auch Städte, die arg ramponiert, aber trotzig standhielten und ihren Charakter bewahrten. Sie wurden zu Wegweisern in der Geschichte, „Landmarken“, würden Segler dazu sagen. Und solch eine Landmarke ist Tilsit. Die Stadt wird nicht mehr im Staub der Geschichte versinken, sie wird weiterleben, das ist jetzt bereits erkennbar. Es ist eine Stadt, die nicht von den Menschen geformt wird, sondern eine Stadt mit eigener Seele und eigenem Charakter, die zweifelsohne die Menschen formt, woher sie auch immer kommen!

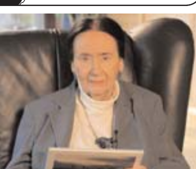
Dafür, für diese unsere Stadt, und da sind wir für jede Hilfe, für jede Unterstützung auf allen Sektoren dankbar; so auch für Ihre Aktivitäten, für Ihre Hilfe; denn Ihr Tun dient nicht nur merkantilen Zwecken. Ob gewollt oder nicht, es bewegt mehr, und dafür sagen wir Ihnen Dank! ...

Etwas, was in dieser Stadt entstand, wobei Sie mitwirkten, was sie in Ihrer Heimat bewahrten und weiter entwickelten, den „Tilsiter“, hier den Schweizer Tilsiter, dafür sagen wir Dank. Weil seine Urheimat heute, ich möchte sagen eine beinahe namenlose Stadt ist, wollen Sie ihr hier eine neue Heimstatt geben. Dafür danken wir Ihnen und ich danke Ihnen für Ihr Zuhören.



Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

Erfreuliches gibt es zu berichten. Nicht nur, daß die Vorbereitungen für unser Symposium „Die Flucht“ (13. bis 16. September im Ostheim, Bad Pyrmont) gut verlaufen – einschließlich der Anmeldungen – sondern auch, daß es trotz der Reisezeit beachtliche Erfolge bei unserer Ostpreußischen Familie zu verzeichnen gibt. So bedankt sich Herr **Benno Krutzke** aus Wismar, der für einen Bürger dieser Stadt nach der damals unverheirateten **Gerda Sembritzki** suchte, die dieser während seiner Zeit beim Reichsarbeitsdienst (RAD) in Johannisburg kennengelernt hatte, für die erfolgreiche Mithilfe unserer Leserinnen und Leser. Er schreibt: „Die von mir an die Ostpreußische Familie gerichtete Bitte um Unterstützung bei der Suche nach Frau Gerda Sembritzki hat ein glückliches Ende gefunden. Schon kurze Zeit nach der Veröffentlichung meldete sich Frau **Saleschus** aus Ditzingen, eine Freundin von Frau Sembritzki. Zeitgleich traf auch von der Kreiskartei des Kreises Johannisburg in Schleswig / Flensburg die Mitteilung der gegenwärtigen Anschrift der Gesuchten ein. Für Ihre Unterstützung danke ich Ihnen und allen Genannten sehr herzlich und wünsche, daß Sie noch vielen Menschen Freude bereiten können.“



Ruth Geede Foto: privat

Gefreut hat sich auch Frau **Elfi Damian** über die Veröffentlichung ihres Wunsches in der *PAZ* Nummer 31 – und das erste Echo. Denn sie teilt uns mit: „Als ich am Sonnabend das *Ostpreußenblatt* erhielt und las mein Anliegen darin, dazu Ihre Erklärung, wie der von mir – bisher vergeblich – gesuchte Ort Kalnischken heißt, habe ich mich ganz schrecklich gefreut, das können Sie sich gar nicht vorstellen. Und denken Sie, am selben Abend erhielt ich bereits zwei Anrufe, es wurde mir einiges aus Ostpreußen erzählt. Aber heute geschah etwas Großartiges: Frau **Trutczewitz** aus Stade rief an, die vor vier Wochen in Goldap gewesen ist, und den Ort kennt, der am Waldrand liegt – so wie ich ihn aus den Erzählungen meiner Großmutter sehe. Anfang September werde ich nach Stade fahren, um Frau Trutczewitz zu treffen, dann ist dort eine Veranstaltung der Ostpreußen. Ich freue mich so sehr und bin wirklich dankbar, daß Sie sich meines Problems angenommen haben.“

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



ZUM 100. GEBURTSTAG

Koss, Charlotte, geb. **Ebelt**, aus Wehlau, Hammerweg, jetzt In Altwegen 3, 78532 Tuttlingen, am 4. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Friedrich, Anna, geb. **Dorka**, aus Seewalde, Kreis Neidenburg, jetzt Bäckerkamp 51 B, 33330 Gütersloh, am 9. September

Lindenau, Albert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Immanuel-Kant-Straße 40, 63303 Dreieich, am 3. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Janutta, Anna, geb. **Radday**, aus Stenzeln, Kreis Lötzen und Sulimmen, Kreis Johannisburg, jetzt Altenheim, Rohlsdorfer Weg 18, 23689 Techau, am 31. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kadelka, Fritz, aus Essen-Kray, Kreis Neidenburg, jetzt Forststraße 3, 34516 Vöhl, am 8. September

Köwitsch, Lucie, geb. **Schmadtke**, aus Wehlau, Freiheit, Kreis Wehlau, jetzt Schwedensteinweg 22, 35066 Frankenberg, am 25. August

Kukowski, Frieda, geb. **Schaarck**, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Von-Eichendorff-Weg 10, 22145 Stapelfeld, am 4. September

Walendy, Herbert, aus Lyck, jetzt Haus am See Nr. 29, 04668 Großsteinberg, am 8. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Funkat, Gertrud, geb. **Skibbe**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, jetzt Hohe Lüchte 35, 29221 Celle, am 1. September

Jaschinski, Emma, geb. **Skrzeba**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Hermann-Löns-Str. 12, 45770 Marl, am 4. September

Lorenz, Elfriede, geb. **Beutler**, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlenweg 8, 24640 Schmalfeld, am 3. September

Wüst, Anna, geb. **Hoffmann**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Lindenstraße 17, 76437 Rastatt, am 7. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Legal, Emmy, geb. **Zamkowitz**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, jetzt Charlottenburger Straße 19, 37085 Göttingen, am 6. September

Pannek, Wilhelm, aus Klein Jeruttten, Kreis Ortelsburg, jetzt Paul-Hütten-Ring 12, 35415 Pohlheim, am 4. September

Piontkowski, Willy, aus Lyck, jetzt Dahlienweg 15, 73760 Ostfildern, am 5. September

Pruss, Paul, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Dahlenweg 36, 28219 Bremen, am 8. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bartuschewitz, Auguste, geb. **Dannowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Bendschenweg 132, 47506 Neukirchen-Vluyn, am 8. September

Botke, Frieda, geb. **Katzmann**, aus Kukers, Kreis Wehlau, jetzt Rheinallee 24, 46487 Wesel, am 9. September

Heinrich, Martha, geb. **Furmanek**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, jetzt Erlenweg 31, 47906 Kempen, am 2. September

Matthey, Margarete, geb. **Bacher**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Rauhenhorst 157, 26127 Oldenburg, am 6. September

Piekarowitz, Margarete, geb. **Porr**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Kerßenbrokstraße 8, 59329 Wadersloh-Liesborn, am 4. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Klein, Fritz, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, jetzt Forsthaus Tiergarten, 21407 Deutsch Evern, am 8. September

Kowalzik, Gertrud, geb. **Sentek**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, jetzt Am Felde 5, 58840 Plettenberg, am 7. September

Skibbe, Irma, geb. **Joswig**, aus Ortelsburg, jetzt Buchenstraße 59, 46535 Dinslaken, am 9. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Broschinski, Erhardt, aus Sanditten, Kreis Wehlau, jetzt Allee 28, 22941 Jersbek, am 9. September

Dommert, Martha, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Ipfweg 4, 71554 Weissach, am 8. September

Mayr, Ida, geb. **Tidder**, aus Sareiken, Kreis Lyck, jetzt Dammstraße 3, 88145 Offenbach, am 6. September

Sturmowski, Anna, geb. **Greub**, aus Grieben, Kreis Ebenrode, jetzt Medelstraße 1, 26676 Barßel Neuland, am 6. September

Zeising, Helmut, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Alte Poststraße 2, 28855 Syke, am 4. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Hein, Hedwig, geb. **Bahl**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Herskamp 13, 45357 Essen, am 9. September

Schiemann, Heinz, aus Schiewenhorst und Landsberg, jetzt Achtenschlagerweg 35, 57339 Erndtebrück, am 14. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bard, Krimhild, geb. **Paul**, aus Adlig Dellgienen, Kreis Samland, jetzt Mosasvägen 86n b, 70226 Örebro / Schweden, am 9. September

Baumann, Lotte, geb. **Brandenburger**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Arthur-Goldschmidt-Weg, 21465 Reinbek, am 8. September

Böhnke, Grete, geb. **Piotrowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Kurt-Schumacher-Straße 10, 31008 Elze, am 8. September

Borchert, Elfriede, geb. **Donder**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, jetzt Ausblick 17, 42113 Wuppertal, am 9. September

Brügmann, Erna, geb. **Orlowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Kaiserallee 2 C, 23570 Lübeck, am 3. September

Gezeck, Gertrud, aus Ortelsburg, jetzt Holzvogtkamp 16, 24220 Flintbek, am 8. September

Großmann, Hedwig, geb. **Kobluhn**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Friedhofstraße 6, 67483 Großfischlingen, am 6. September

Hundertmark, Ruth, geb. **Göhlke**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, jetzt Schloßstetten 321, 74653 Künzelsau, am 8. September

Jakubietz, Hildegard, geb. **Romanski**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Koppel 17, 20099 Hamburg, am 3. September

Jettkannt, Herta, geb. **Bärmann**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Willi-Sänger-Straße 38, 14770 Brandenburg, am 3. September

Kalweit, Gertrud, geb. **Olschewski**, aus Neufreudenthal, Kreis Angerburg, jetzt Heinrich-Egger-Straße 3, 85614 Kirchseeon, am 3. September

Knorr, Fritz, aus Heiligenbeil, jetzt Hasenhöhe 135, 22587 Hamburg, am 5. September

Konrad, Lieselotte, geb. **Galonska**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Möllerstraße 87, 58119 Hagen, am 4. September

Kupzyk, Kurt, aus Ringen, Kreis Treuburg, jetzt Rheinstraße 2 A, 79331 Teningen, am 7. September

Lingnau, Johannes, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Lipper Straße 15, 49078 Osnabrück, am 7. September

Loerzer, Edith, geb. **Petereit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Neustraße 18, 04860 Torgau, am 7. September

Osteroth, Meta, geb. **Bast**, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, jetzt Senioren- und Pflegezentrum, Hindbergstraße 61-69, 45468 Mülheim, am 7. September

Paschk, Fritz, aus Wolfsee und Groß Stürlack, Kreis Lötzen, jetzt Ostlandstraße 16, 27305 Bruchhausen-Vilsen, am 5. September

Philipp, Erna, geb. **Widomsky**, aus Königsberg, jetzt Prinzenweg 23, 22119 Hamburg, am 31. August

Pulst, Edgar, aus Tapiau, Königsberger Straße, jetzt Douglasstraße 2, 76437 Rastatt, am 7. September

Rama, Emma, geb. **Block**, aus Schönlinde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Stiftstraße 9, (SHm.-Wo. 40), 37170 Uslar, am 9. September

Rautenberg, Gerhard, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Von-Galen-Straße 39, 36037 Fulda, am 1. September

Rose, Charlotte, geb. **Unterhalt**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, jetzt Grafenstraße 109, 59821 Arnsberg, am 6. September

Schönwalde, Arno, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, jetzt Lübecker Landstraße 48, 23701 Eutin, am 30. August

Schramm, Werner, aus Freiort, Kreis Lötzen, jetzt Ospenke 30, 37520 Osterode/ Harz, am 6. September

Stegat, Ida, geb. **Parakenings**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, jetzt Schönmörchenstraße 20, 24539 Neumünster, am 4. September

Strelski, Günter, aus Groß Gablick und Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt 163 Mary Ave, Dryden P8N3LZ, Kanada, am 6. September

Trakowski, Harry, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Paul-Sorge-Straße 48, 22459 Hamburg, am 3. September

Ulatowski, Anna, geb. **Ewert**, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rosenweg 2, 77866 Rheinau, am 4. September

Utikal, Thilde, geb. **Dittmann**, Kreis Elchniederung, jetzt Sohlbacher Straße 110, 57078 Siegen, am 6. September

Walleneit, Christel, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, jetzt Willi-Bredel-Straße 15, 19059 Schwerin, am 4. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bittins, Erich, aus Loye, Kreis Elchniederung, jetzt Buerbarg 16, 24235 Laboe, am 3. September

Borchert, Margarete, geb. **Römpke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Heinrich-Heine-Straße 11, 39649 Mieste, am 3. September

Campenhausen, Edelgard, Freifrau **von**, geb. **von Kannewurf**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, jetzt Hambrock 3, 29525 Uelzen, am 8. September

Dembski, Heinz, aus Tannenberg, Kreis Osterode, jetzt Talstraße 87, 89518 Heidenheim, am 4. September

Gläser, Marta, geb. **Abromeit**, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, jetzt Lange Straße 37, 18055 Rostock, am 9. September

Glanert, Albert, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Angerburger Straße 25, 28779 Bremen, am 6. September

Hagmann, Herta, geb. **Engelke**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Hauptstraße 89, 72800 Eningen, am 6. September

Hahn, Gerhard, aus Güldenboden, Kreis Mohrungen, jetzt Lerchenstieg 131, 30657 Hannover, am 1. September

Herith, Georg, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, jetzt Poststraße 3, 73453 Abtsgmünd, am 6. September

Janzik, Alfred, aus Waiblingen, Kreis Lyck, jetzt Im Wolfsbühl 3, 78532 Tuttlingen, am 7. September

Kaspareit, Christel, aus Waldhufen, Kreis Schloßberg, jetzt Blumenauer Straße 14, 09526 Olbernhau, am 6. September

Klotz, Rita, geb. **Objartel**, aus Wehlau, Pfleger Kolonie, Kreis Wehlau, jetzt Schillerstraße 35, 59597 Erwitte, am 7. September

Koenig, Ingrid, geb. **Szonn**, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, jetzt 6565 Caminito Scioto, 92037 La Jolla, Cal., USA, am 6. September

Lasarzik, Günter, aus Markau, Kreis Treuburg, jetzt Kantstraße 18, 31171 Nordstemmen, am 7. September

Meyer, Irmgard, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, jetzt Okerstraße 16, 51371 Leverkusen, am 3. September

Missun, Lothar, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Wilhelm-Busch-Straße 16, 31191 Diekholzen, am 3. September

Mühlau, Hildegard, geb. **Klimmeck**, aus Lyck, jetzt Fetscherstraße 65, 01307 Dresden, am 6. September

Naujoks, Ruth, geb. **Erler**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, jetzt Fallersleber Straße 71, 39126 Magdeburg, am 1. September

Plaga, Wolfgang, aus Lyck, jetzt Auf der Scholle 25, 40668 Meerbusch, am 7. September

Pliquett, Ulrich, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Klaus-Groth-Straße 12, 24782 Büdelsdorf, am 4. September

Poppek, Erna, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, jetzt Brahmsring 16, 38440 Wolfsburg, am 7. September

Preuß, Horst, aus Bartkenguth, Kreis Neidenburg, jetzt Fuldastraße 7, 40822 Mettmann, am 5. September

Rybasch, Hilde, geb. **Trumpa**, aus Tawellenbruch Forst, Kreis Elchniederung, jetzt Peenestraße 3, 22547 Hamburg, am 9. September

Schmidt, Rotraud, geb. **Christoph**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, jetzt Am Tümpelgarten 17, 63452 Hanau, am 6. September

Siekmann, Hildegard, geb. **Kerlies**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, jetzt Immanuel-Kant-Straße 5, 49163 Bohmte, am 7. September

Tees, Helmut, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, jetzt Waldsiedlung 13, 21614 Buxtehude, am 8. September

Tschampel, Herta, geb. **Krause**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Rümpfstraße 18, 09350 Lichtenstein, am 8. September

Weber, Gerda, geb. **Gromm**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Am Grafacker 3, 40789 Monheim, am 2. September

Zeranski, Ernst, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Am Bollhof 9, 33739 Bielefeld, am 9. September



Gehrmann, Heinrich, und Frau Käthe, geb. **Kalkowski**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil und Groß Gotteswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Ernst-Moritz-Arndt-Straße 9, 06886 Lutherstadt-Wittenberg, am 1. September

Krause, Helmut, und Frau Gretel, geb. **Eisele**, aus Marienwalde, Kreis Angerapp, jetzt Freiheitsstraße 5, 39439 Amesdorf, am 7. September

Kubatzki, Georg, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, und Frau Hildegard, geb. **Skirde**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, jetzt Kupferberg 6, 49174 Kamen, am 3. September

Nadolny, Bruno, und Frau Anneliese, geb. **Boseniuk**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Waldroper Straße 25 A, 44536 Lünen, am 18. August

Schwenteck, Erwin, aus Warwegen, Kreis Heiligenbeil, und Frau Renate, jetzt Lessingstraße 50 A, 13158 Berlin, am 7. September

Staedler, Gerhard, und Frau Friedrun, geb. **Glüer**, aus Gergehnen, Kreis Mohrungen, jetzt Klein Hesebecker Straße 13 A, 29549 Bad Bevensen, am 6. September

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 1. September, 20.15 Uhr, ZDF: Bella Block (Krimi)

Sonnabend, 1. September, 22.10 Uhr, Vox: Spiegel TV Special, Das Todeslabyrinth – der Krieg im Schützengraben

Sonntag, 2. September, 16.25Uhr, WDR: Tag 7 Lieber sterben als zurück – Massenflucht aus dem Irak

Montag, 3. September, 22.25 Uhr, 3sat: Gero von Boehm begegnet Günter Wallraff (Gespräch).

Dienstag, 4. September, 20.15 Uhr, ZDF: Das Wunder von Mogadischu (Doku)

Mittwoch, 5. September, 22.45 Uhr, ARD Wer gab Euch das Recht zu Morden? (Doku über die Opfer der RAF)

Freitag 7. September, 17.15 Uhr, 3sat: Papst Benedikt XVI. – Mein Vatikan

Freitag 7. September, 20.40 Uhr Arte: An die Grenze – Drama um DDR-Grenzsoldaten

Veranstaltungskalender der Landsmannschaft Ostpreußen

12. bis 14. Oktober: Kommunaler Dialog in Gelsenkirchen.

16. bis 22. Oktober: 53. Werkwoche in Bad Pyrmont.

26. bis 28. Oktober: Seminar der Schriftleiter in Bad Pyrmont.

3. / 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont.

5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Nähere Informationen erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26.

Auf die einzelnen Veranstaltungen wird in der Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt *noch gesondert hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.*

Seminar Werkwoche in Bad Pyrmont

Unter der Leitung der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, findet vom 16. bis 22. Oktober 2007 im Ostheim in Bad Pyrmont die 53. Werkwoche statt. In den Arbeitsgruppen Musterstricken (Handschkes), Sticken, Weißstokken, Trachtennähen sowie Weben und Knüpfen sind noch Plätze frei. Besonders würden wir uns über eine Teilnahme von jüngeren Interessierten freuen. Die Seminargebühr beträgt 135 Euro bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Einzelzimmer stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung, der Zuschlag beträgt 6, Euro pro Nacht. Fahrkosten werden nicht erstattet. Nähere Informationen und Anmelde-formulare erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg, Tel.: (0 40) 41 40 08 26, Fax (0 40) 41 40 08 48.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

Lahr – Donnerstag, 6. September, 19 Uhr, die Gruppe trifft sich zum Stammtisch in der „Krone“, Dinglinger Hauptstraße 4.

Ludwigsburg – Dienstag, 18. September, Jahresausflug zur Blumeninsel Mainau im Bodensee. Treffpunkt ist um 7.15 Uhr an der Abfahrtstelle Ludwigsburg ZOB, Steig 14 (Firma Jäger). Wir fahren mit dem Bus über die Autobahn Stuttgart / Singen-Radolfzell zum Parkplatz der Insel Mainau. Dort werden wir uns von 11 Uhr bis 15 Uhr aufhalten. Besuchen Sie die Schloßterrasse mit der herrlichen Aussicht, das Arboretum, spazieren Sie durch den Rosengarten, und genießen Sie die hervorragende Inselgastronomie für ein Mittagessen und zum Kaffeetrinken. Es sind keine Lokale fest gebucht, es kann also jeder frei entscheiden. Anschließend fahren wir mit der Bodenseefähre von der Insel Mainau nach Meersburg. Dort besteht die Möglichkeit, durch die Altstadt zu bummeln, das Schloß zu besuchen oder einen Spaziergang am Seeufer zu machen. Um 17.15 Uhr Rückreise entlang des Bodensees vorbei an Unteruhldingen zum Parkplatz des Klosters Birnau und Besuch der Wallfahrtskirche. Anschließend geht es vorbei an Überlingen über die Bodenseeautobahn zurück nach Ludwigsburg, wo wir gegen 19.30 Uhr am ZOB eintreffen. Der Preis für die Busfahrt, Eintritt Insel Mainau und Schiffsfahrt, beträgt 30 Euro und wird im Bus kassiert. Kosten für Speisen, Getränke, Kaffee und Kuchen sind nicht im Preis inbegriffen und von jedem selbst zu tragen. Anmeldung bis zum 8. September bei Günter Martinat, Telefon (0 71 41) 50 66 64, oder Konrad Rohden, Telefon (0 71 41) 5 38 42 oder 50 69 07.

Ulm / Neu Ulm – Sonntag, 23. September, Erntefest in den Ulmer Stuben

Stuttgart – Sonntag, 16. September, 11 Uhr, „Tag der Heimat“ Gedenken und Kranzniederlegung am Vertriebenen-Denkmal vor dem Kursaal, Bad Cannstatt

14 Uhr, große Veranstaltung mit vielen Gruppen aus dem ganzen Land in der Liederhalle.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Dinkelsbühl – Mittwoch, 12. September, 14.30 Uhr, Urlaubserinnerungen im Sonnenhof.

Ingolstadt – Sonntag 16. September, 14.30 Uhr, Heimattreffen im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8.

Landshut – Dienstag, 18. September 12 Uhr, „Insel“, Zusammenkunft zum Törggelen mit Musik.

München – Freitag, 14. September, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München, Zusammenkunft der Frauengruppe.

Nürnberg – Sonntag, 9. September, 15 Uhr, „Tag der Heimat“ im kleinen Saal der Meistersingerhalle

Starnberg / Tutzing – Mittwoch, 12. September, 15 Uhr, „Undosa“, 55. Jubiläumsfeier der Kreisgruppe.

Starnberg – „Geh aus mein Herz und suche Freud in dieser schönen Sommerzeit“, unter diesem Motto könnte man den jährlichen Abschlußausflug vor der Sommerpause unserer gemischten Kreisgruppe der Pommern, Ost- und Westpreußen stellen, der immer im Juli, einem der schönsten Sommermonate stattfindet. Da denken wir noch gern an die Fahrt im letzten Jahr nach Bad Wörishofen auf den Spuren von Pfarrer Kneipp zurück. Auch der anschließende Besuch der berühmten Konditorei Schwermer mit den herrlichen Kuchenspezialitäten und dem legendären Königsberger Marzipan gehörten ebenfalls dazu. Noch vielen unvergeßlich ist der Schiffsausflug auf dem schönen Starnberger See mit prächtigem Alpenpanorama und vielem mehr. In diesem Jahr organisierten der Vorsitzende der Kreisgruppe, Arnold Birk und die Schriftführerin Eva Fledermann einen interessanten und geschichtsträchtigen Tagesausflug zur Schloßbesichtigung nach Oberschleißheim bei München.

Bereits zwei Wochen vorher testeten die beiden Vorstandsmitglieder die Wegstrecke, Mittags- und Kaffee-Einkehr und engagierten für die Gruppe eine Schloßführerin. Da sich nur 15 Teilnehmer anmeldeten, wurden ab Starnberg Fahrgemeinschaften mit Privatautos gebildet. Das neue Schloß ließ Kurfürst Max Emanuel schon 1684 mit Entwürfen von E. Zuccalli beginnen, konnte es aber erst nach der Rückkehr aus seinem elfjährigen Exil ab 1719 nach Plänen J. Effers vollenden. Die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen präsentieren in den Galerieräumen eine spektakuläre Auswahl europäischer Barockmalerei. Eine versierte Schloßführerin, die uns nicht nur die Geschichte, sondern auch Kostbarkeiten des Schlosses mit der grandiosen Gemäldegalerie lebendig nahe brachte, ließ uns die Zeit von zirka zwei Stunden durch ihre fast kokette Leichtigkeit und mit kleinen pikanten Anekdoten am Rande wie im Flug verrinnen.

Die anschließende Mittagseinkehr war köstlich und erholsam zugleich, und man konnte all die vielen Eindrücke nachwirken lassen. Gegenüber vom neuen Schloß gibt es noch das sogenannte Alte Schloß, das schon 1598 als Eremitage Herzog Willhelm V. begonnen und 1617 von Maximilian I. umgebaut wurde. Dieses beherbergt heute ein Zweigmuseum des Bayerischen National Museums, unter anderem eine sehenswerte Sammlung mit Exponaten zur Landeskunde Ost- und Westpreußens unter dem Titel „Es war ein Land“.

Der ausgedehnte Schloßpark ist einer der wenigen kaum veränderten Gärten der Barockzeit, durch ihn gingen wir dann bei flirrender Sommerhitze durch meist schattige Alleen, immer mit Blick auf die prächtigen Blumenrabatten, Skulpturen und herrlichen Springbrunnen, die wenigstens für optische Kühle sorgten. Nach einiger Zeit öffnete sich ein Durchblick auf das Jagd- und Gartenschlößchen Lustheim, das heute eine Sammlung erlesener Meißener Porzellane zeigt, die aus einer Privatstiftung stammt. Die noch „Rüstigen“ ließen sich die Besichtigung solch edlen Geschirrs natürlich nicht entgehen. Man traf sich dann mit den übrigen Freunden der Gruppe im angrenzenden, schattigen, weinumrankten Gastgarten des „Café Curfürst“, wo sich alle erfrischen und in persönlichen, Gesprächen entspannen konnten.

Ein erlebnisreicher, heißer Tag neigte sich dem Ende zu, und ich denke, ein jedes Herz fand viel Freude an diesem schönen Sommertag. Den Organisatoren dieses unvergeßlichen Tagesausflugs möchten alle Teilnehmer hiermit ihren herzlichen Dank aussprechen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, telefon (0 30) 2 54 73 43 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (0 30) 7 71 23 54

HEIMATKREISE

Terminmeldungen für September – Samstag, 8. September, Lyck, 15 Uhr,Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen an Peter Dziengel Telefon (0 30) 8 24 54 79

Pillkallen (Schloßberg) – Sonnabend, 8. und Sonntag 9. September, Hauptkreistreffen in Winsen / Luhe.

Dienstag. 16. Oktober, 13.30 Uhr, Erntedankfest im Haus des Älteren Bürgers in Berlin Neukölln. Werbellinstraße 42. Zu erreichen mit U-Bahnlinien 7 und 8 sowie den Buslinien 104 und 194.

Tilsit-Stadt / Tilsit-Ragnit – 15 Uhr, Ratskeller Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Alle, Anfragen Tilsit: Heinz-Günter Meyer, Telefon (0 30)2 75 16 25, Ragnit: Emil Drockner, (0 30) 8 51 45 64

Angerburg – Donnerstag 27. September, 14 Uhr, „Oase Amera“, Borussiastr. 62, 12103 Berlin, Referat: Zauberland zwischen Meer und Haff. Die Schönheiten der kurischen Nehrung. Anfragen an Marianne Becker (0 30) 7 71 23 54

Darkehmen – Donnerstag 27. September, 14 Uhr, „Oase Amera“, Borussiastr. 62, 12103 Berlin, Referat: Zauberland zwischen Meer und Haff. Die Schönheiten der kurischen Nehrung. Anfragen an Marianne Becker, (0 30) 7 71 23 54

Goldap – Donnerstag, 27. September, 14 Uhr, „Oase Amera“, Borussiastr. 62, 12103 Berlin, Referat: Zauberland zwischen Meer und Haff. Die Schönheiten der kurischen Nehrung. Anfragen an Marianne Becker, (0 30) 7 71 23 54

FRAUENGRUPPE

Mittwoch, 12. September, „Die Wille“, Wilhelmstr.102, 10953 Berlin. Ausflug in den „ Britzer Garten.“ Anfragen an Marianne Becker 771 2354



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Telefon / Fax (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPEN

Mittwoch, 3. Oktober, 14 Uhr, die Heimatkreisgruppe Heiligenbeil feiert ihr Herbstfest im Seniorentreff Dimpfelweg 13. Kostenbeitrag 5 Euro, für Kaffee, Kuchen und Filmvortrag. Gezeigt wird ein film über Masuren. Anmeldung bis 2. Oktober, bei Ldm. K. Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60. Sie erreichen den Seniorentreff mit der U-Bahn Linie 3 bis Hammer Kirche, in der Station die Treppe runter, durch den Tunnel, am Ausgang links den Rumpfsweg bis Dimpfelweg, rechts bis Hausnummer 13.

HEIMATKREISE

Insterburg – Mittwoch, 5. September, 14 Uhr, Monatstreffen im Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg, Telefon (0 40) 55 90 60 ‚erstes Treffen nach der Sommerpause. Bericht über Veranstaltungen



HESSEN

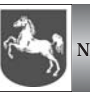
Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Wiesbaden – Sonnabend 8. September 11.15 Uhr, BdV-Gedenkstein in Wiesbaden-Kohlheck, Kranichstraße, Feierstunde zum Gedenken an Flucht und Vertreibung – Sonntag, 9. September, 11.15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Feststunde zum Tag der Heimat.

Frankfurt / M. – Montag 10. September, 14 Uhr, Monatstreffen im Haus der Heimat, Porthstraße 10, mit Pfarrer Johannes Herrmann.

Wetzlar – Montag 10. September, 10 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Vortrag von Dr. Hans-Werner Rautenberg (Kirchhain – ehemals Herder Institut Marburg) zum Thema „Das dreiteilige Ostpreußen in Vergangenheit und Gegenwart“.

Hanau – Mittwoch, 12. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68.

Oldenburg – Mittwoch, 12. September, 15 Uhr, die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen trifft sich im Stadthotel Eversten. Wir hören und sehen einen Diavortrag von Hans-Jürgen Kämpfert, stellv. Bundessprecher der Landsmannschaft Westpreußen: Diareise durch Westpreußen, mit teilweise ganz aktuellen Reiseeindrücken aus dem Land an der unteren Weichsel. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Donnerstag, 13. September, 15 Uhr, „Ostpreußisch Platt“ in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Ennepetal – Samstag, 15. September, 17 Uhr, Tag der Heimat, zentrale Veranstaltung des BdV in der „Rosine“ – 20. September, 18 Uhr, Monatsversammlung in der Heimatstube, eventuell Tagesausfahrt.

Gütersloh – Donnerstag, 13. September, 15.30 Uhr, die Ostpreußische Frauengruppe trifft sich im Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9. Kontakt bitte über Renate Thamm, Telefon (0 524 1) 3 73 43.

Leverkusen – Sonntag, 2. September, 11 Uhr, Feierstunde des BdV zum Tag der Heimat auf dem Friedhof Manfort am Ostdeutschen Kreuz / Friedensstein. Es spricht Dr. Heinrich Neugebauer, Krefeld, Stellvertretender Landesvorsitzender des BdV.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Mainz – Donnerstag, 13. September, 13.30 Uhr, Besuch des Botanischen Gartens der Universität Mainz. Treffpunkt ist an der Haltestelle „Botanischer Garten“ der Buslinie 6.



SACHSEN

Vors.: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (03 72 92) 2 20 35, Fax (03 72 92) 2 18 26. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag, 9 bis 15 Uhr.

Dresden – Sonnabend, 15. September, 15.30 Uhr, Gastkonzert des russischen Kant-Kammerchores aus Gumbinnen im Gemeindesaal der Christuskirche, mit Liedern von Bortnjanskij, Archangelskij und Rachmaninov.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Magdeburg – Dienstag, 4. September, 16.30 Uhr, Vorstandsberatung in der Gaststätte „SV Post“ – Freitag, 7. September, 16 Uhr, Singprobe „TUS“ Neustadt.

Dessau – Montag, 10. September, 14.30 Uhr, die Singegruppe trifft sich in der Begegnungsstätte H. Rühmann.

Giersleben – Donnerstag, 6. September, 14 Uhr, „Alte Schule“, Frauennachmittag

Aschersleben – Donnerstag, 13. September, 14 Uhr, „Bestehornhaus“, Tag der Heimat.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Tel. (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Neumünster – Mittwoch, 12. September, 15 Uhr, Albrecht Dürer – deutscher Maler, Zeichner, Grafiker und Kunstschriftsteller – „Sein Leben und seine Werke“ mit Günther Bogdahn im Restaurant am Kantplatz.

Burg – „Bern-Stein, das Gold der Ostsee“, unter diesem Motto stand ein gut besuchter musikalischer Heimeimatabend der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig im IFA Ferienzentrum. Als Ehrengäste begrüßte der Vorsitzende und Kulturreferent der Landsmannschaft Ostpeußen auf Landesebene, Edmund Ferner die Vorsitzende der LO Ilse Meiske aus Burg, Vorstandsmitglied der LO Westphal aus Eutin und die Möllner Vorsitzende der Ost- und Westpreußen Irmgard Alex, die es sich nicht nehmen ließ mit einem vollbesetztenBus zu dieser Veranstaltung angereist zu kommen

Bern-Stein, hinter dem sich Bernd Krutzinna verbirgt, stammt, genau wie seine Mutter, aus dem Holsteinischen, sein Vater aus dem Kreis Angerapp / Ostpreußen, für den er sein erstes Lied, das „Masuren-Lied“, komponiert hat. Viele, viele Kompositionen folgten, viele Auftritte mit dem „Passat – Chor, in „Schmidt's Tivoli“ in Hamburg, in Leipzig und beim Bundestreffen der Ostpreußen in Masuren

Bern-Stein präsentierte an diesem Abend Volks- und Heimatlieder und verband diese oft mit Geschichten und Bildpräsentationen aus Ostpreußen, Bilder, die man nie vergißt, Masuren, Königsberg, die Kurische Nehrung, aber auch Bilder aus der Zeit des Krieges wie zum Beispiel über die Rettung der Flüchtlinge über See. Bernd Krutzinnas Anliegen ist es, die Kultur Ostpreußens lebendig zu erhalten und seineLiebe zu Ostpreußen und Holstein musikalisch mit seiner wohlklingenden Stimme auszudrücken. Hierfür überreichte ihm der Landesvorsitzende Edmund Ferner die Ehrennadel der LO mit einer Urkunde vom Bundesvorstand der LO.

Schwarzenbek – Am 18. August fand die Sommerausfahrt der Ost- und Westpreußen Schwarzenek mit großer Beteiligung bei herrlichem Wetter statt. Nach einer Besichtigung des „Mini-Born-Park“ in Owlschlag bei Schleswig, in dem 100 bekante Bauwerke der Welt im Maßstab 1:25 zu beschauen sind, war eine weitere Bereicherung des Tages die Fahrt auf der Schlei vor Schleswig bis Ulznis mit dem Motorschiff „Wappen von Schleswig“. Interessant für die ostpreußischen Fahrgäste war, daß dieses Schiff 1927 in Königserg / Ostpreußen mit dem Namen „Altstadt“ bei der Union-Gießerei gebaut worden ist und im Jahr 1945 mit 300 Flüchtlingen an Bord über die Ostsee in Lübeck anlandete. Der jetzige Besitzer des Schiffes, Herr Bischoff, erlernte den Beruf des Schiffbauers auf der Werft in Königsberg. Er erwartete das Schiff 1945, brachte es nach Schleswig, gründete das Unternehmen „Linien und Ausflugsfahrten auf der Schlei“ unter dem Namen „Wappen von Schleswig“. Zurück nach Schwarzenbek ging die Fahrt bei Guter Laune über Eckernförde-Kiel.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Telefon (0 22 25) 70 04 18, Fax (0 22 25) 94 61 58, Danziger Straße 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Telefon (02 09) 2 91 31 und Fax (02 09) 4 08 48 91, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen

Vom 14.- 16. September findet das jährliche Heimattreffen nun schon zum 53. Male in Gelsenkirchen statt. Ort der Hauptveranstaltung am Sonnabend ist wiederum Schloss Horst, nach der ökumenischen Gedenkandacht um 11 Uhr in der Probsteikirche mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Bus um 12.30 Uhr vom Hotel Ibis gut zu erreichen.

Um 13 Uhr werden schon Bücher- und Verkaufsstände geöffnet und an mehreren Stellwänden werden auch die neuesten Fotos von Christel Becker und Bruno Mischke aus dem heutigen Allenstein zu sehen sein. Um 15 Uhr beginnt dann die Feierstunde, musikalisch gestaltet vom Bläser- und Posaunenchor Erle. Kurze Ansprachen des Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft sowie des Oberbürgermeisters der Stadt Gelsenkirchen und des Präsidenten der Stadt Allenstein werden die Teilnehmer der Feierstunde gewiß nicht langweilen, bevor ab 17 Uhr die Kapelle Oskar Delberg zu Tanz und Unterhaltung aufspielt und genügend Zeit zum Schabbern und Plachandern bleibt.

Das Wiedersehen mit alten Bekannten und der Austausch von Erinnerungen und Erlebnisberichten bleibt nach wie vor ein wichtiges Motiv für die Anreise und den Besuch des Jahrestreffens. Gelegenheit zum zwanglosen Beisammensein im Restaurant Dubrovnik gibt es auch schon am Freitagabend insbesondere die alten und neuen Stadtvertreter, die um 15 Uhr im Hotel Ibis zusammenkommen, um die Tätigkeitsberichte der Funktionsträger entgegenzunehmen und auch den neuen Haushaltsplan zu verabschieden. Der Sonntagvormittag ist üblicherweise dem Gottesdienst um 10 Uhr vorbehalten, für die Katholiken in der Probsteikirche und für die Lutheraner in der Altstadtkirche. Von 11 bis 13 Uhr kann auch das immer interessante Heimatmuseum „Treudank“ in der Vattmannstraße besucht werden. Dr. Ernst Jahnke für die Stadtgemeinschaft Allenstein / 15. August 2007

Heimatbrief und Jahrestreffen sind die Säulen der Stadtgemeinschaft,Voraussetzungen und Ziel gleichermaßen für den Zusammenhalt der Allensteiner seit über 50 Jahren. Der Allensteiner Heimatbrief vom Sommer dieses Jahres trägt bereits die Nr. 243. Er bringt wieder hübsche Bilder der Heimatstadt von einst und jetzt sowie interessante Neuigkeiten und auch Rückblicke auf geschichtliche Ereignisse.

Wer wußte schon, daß „Vor 200 Jahren Napoleon in Allenstein“ war und welche Bedeutung dieser Aufenthalt hatte? Oder wußte man es vor Veröffentlichung von Auszügen aus der städtischen Chronik, wie in „Allenstein vor 100 Jahren“ das Wetter war oder welche öffentlichen Bauten begonnen wurden? Der „Einmarsch der Russen in Allenstein 1945“ wird zwar schmerzliche Erinnerungen wecken, in der Bedeutung aber bleiben. Gedenken an Paul Gerhardt und an Maximilian Kaller sowie die Vorstellung des neuen Erzbischofs des Ermlandes gelten bedeutenden Persönlichkeiten.

Hinweise auf Tätigkeiten, Geburtstage oder Todesfälle von Mitgliedern der Stadtgemeinschaft sind aber nicht weniger bedeutsam. Geschichten und Gedichte runden die gelungene Ausgabe dieses Heimatbriefes ab, die auch beim bevorstehenden Jahrestreffen ausliegen wird.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Tel.: (0 41 01) 2 20 37 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Pinneberg – Freitag, 14. September, Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaften Fischhausen e.V.

19 Uhr Kranzniederlegung am Gedenkstein im Drosteipark – 20 Uhr, Gemütlicher Abend mit Repräsentanten des Kreises und der Stadt Pinneberg im VfL-Heim. Bereits anwesende Ortsvertreter sind herzlich willkommen. – Sonnabend, 15. September, 9.30 Uhr, Ortsvertretersitzng im VfL-Heim – 11 Uhr Öffnung der Räume im Hotel Cap Polonio – 14 Uhr, Eröffnung der Veranstaltung und Begrüßung durch den Vorsitzenden Wolfgang Sopha – 15 Uhr, Gedankenaustausch der Heimat- und Familienforscher im VfL-Heim. – 19.30 Uhr, gemütlicher Ostpreußenabend mit Musik, Tanz und Unterhaltung im großen Saal des Hotels Cap Polonio. Von 11 Uhr bis 17 Uhr besteht die Möglichkeit zum Besuch des Samlandmuseums mit Sonderausstellung „Bunte Bilder aus verschwundenen Räumen“. Die Historikerin Heide Lienert- Emmerlich wird an diesem Tag vor Ort sein. – Sonntag, 16. September, 10.45 Uhr Musikalische Einstimmung mit dem gemischten Chor aus Pinneberg-Waldenau. – 11 Uhr Feierstunde zum Tag der Heimat im großen Saal des Cap Polonios, Begrüßung durch den Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Fischhausen e.V Wolfgang Sopha, Grußworte, Festrede von Oberst i. R. Otto Erhardt Schultz „ Zukunft braucht Herkunft- Lebendigen Traditionen“, Schlußwort. Anschließend Fortsetzung des Kreistreffens im Cap Polonio, VfL–Heim und Museum.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreisgumbinnen.de

7. Heimattreffen in Lüneburg – Am 6. Oktober findet im Hägfeld–Bühlows–Kamp 35, in Lüneburg / Kaltenmoor, ein Treffen der Landsleute aus Stadt- und Landkreis Gumbinnen statt. Gäste sind herzlich willkommen. Einlaß um 9 Uhr. Die Veranstaltung beginnt um 10 Uhr und wird voraussichtlich gegen 16 Uhr enden. Anreise mit Personenkraftwagen über die Bundesstraße 4/209 (Umgehungsstraße), Abfahrt Lüneburg / Kaltenmoor. Parkplätze sind genügend vorhanden. Ab Lüneburg ist der Ort des Treffens mit dem Bus der Linie 14 zu erreichen. Während des Zusammenseins besteht die Möglichkeit ein gemeinsames Mittagessen einzunehmen. Es kann auch Kaffee und Kuchen bestellt werden. Auskunft und Organisation: Günther Gaudzuhn, Hirschberger Straße 3, 21337 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 76 98 83, Fax (0 41 31) 76 98 84; Ingeborg Hirsch, Beltgens garten 13, 20357 Hamburg, Telefon (0 40) 25 94 89; Eva Grumblat, Kolberger Straße 6, 21435 Stelle/Ashausen, Telefon (0 41 74) 64 53 81, Fax (0 41 74) 59 30 07.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Telefon / Fax (0 28 50) 10 17

Kreistagssitzung – Am Vortag des diesjährigen Heimattreffens, Sonnabend, 22. September, 11 Uhr, findet die öffentliche Kreistagssitzung im Bildungs- und verwaltungszentrum der Stadt Bochum, Gustav-Heinemann-Platz (hinter dem Rathaus), 2. Etage, Zimmer 2083, statt. Folgende Punkte sind für die Tagesordnung vorgesehen: 1. Eröffnung der Sitzung und Totenehrung, 2. Feststellung der Anwesenden, der Beschlußfähigkeit, der Tagesordnung, der frist- und satzungsgemäßen Einladung sowie der Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Schatzmeisters, 4. Bericht des Kreisvertreters, 5. Bericht der Revision, 6. Entlastung des Vorstandes, 7. Bericht des Schriftleiters, 8. Verschiedenes. Falls zu Punkt 8 noch besondere Themen behandelt werden sollen, bittet der Kreisvertreter bis zum 8. September um schriftliche Mitteilung. Die Kreistagsmitglieder erhalten eine gesonderte Einladung.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (02 03) 2 83 21 51.

Freitag, 7. September 2007, 17 Uhr, Museum Stadt Königsberg in Duisburg, Eröffnung der Ausstellung: „Käthe Kollwitz - Königsberger Jahre. Einflüsse und Wirkungen“ – Herzlich lädt die Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) alle Königsberger, ostpreußischen Landsleute und Gäste zum Besuch ihrer neuen Ausstellung im Museum Stadt Königsberg nach Duisburg ein.

In einem ersten Teil geht die Ausstellung auf die ersten 24 Jahre der Künstlerin in Königsberg ein, in einem zweiten Teil werden über 60 Arbeiten von Käthe Kollwitz, Graphiken und Plastiken präsentiert. (Siehe auch Artikel über Käthe Kollwitz“ im Kulturbereich dieser Ausgabe).

Aus Raumgründen findet die

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20



Einschlafen dürfen, wenn man müde ist,
und eine Last fallen lassen dürfen,
die man sehr lange getragen hat,
das ist eine köstliche, eine wunderbare Sache.
-Hermann Hesse-

Ein tapferes Leben ist still zu Ende gegangen

Erwin Komm

** 23. 8. 1922 † 21. 8. 2007*
Dorbnicken Ostpr. Minden

Traurig nehmen wir Abschied

Deine Lore
Ulrike mit Familie
Hans-Joachim mit Familie
Andreas
sowie alle Anverwandten

32425 Minden, Bonifatiusweg 12, früher: Palmnicken, Samland

Dort, wo die Sterne steigen,
da liegt mein Heimatland…

Bernhard Froesa

* 7. August 1919 † 1. August 2007

Sein Lebenskreis hat sich geschlossen.
Er ist in Frieden heimgegangen.

Wir trauern:
Ursula Froesa, geb. Monien
Christian Froesa
Beate Froesa
mit Vishnu Pala und Kavitha Josephine
Sabine Froesa

42653 Solingen, Normannenstraße 11 A

Die feierlichen Exequien wurden am Donnerstag, dem 9. August 2007, um 9 Uhr in der Pfarrkirche St. Michael zu Solingen-Central gehalten. Anschließend war die Beerdigung von der Kapelle des katholischen Friedhofes Solingen-Ohligs, Hackhauser Straße, aus.
Im Sinne des Verstorbenen ist anstelle von Blumen und Kränzen eine Spende an das SOS Kinderdorf e.V., Konto 7 808 005, bei der Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 700 205 00, Stichwort: Herr Bernhard Froesa, erbeten.



Das Leben ist vergänglich,
doch die Spuren seines Lebens,
seiner Hände Werke
und die Zeit mit ihm
werden stets lebendig sein.

Ortwin Mey

* 23. 10. 1920 in Canditten, Krs. Preußisch Eylau
† 22. 07. 2007 in Tetenbüll/Schleswig-Holstein

Mehr als 20 Jahre lang hatte er mit seiner Frau Ruth die Landsleute aus seiner Heimat betreut und enge Kontakte untereinander gehalten. Seine Liebe zur Heimat Ostpreußen und das Bedürfnis einer engen Zusammengehörigkeit untereinander waren die Triebfedern seines unermüdlichen Handelns. Er organisierte zahlreiche Reisen in die Heimat und konnte immer wieder neue Landsleute und Heimatfreunde für unsere Gruppe gewinnen.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Im Namen seiner Landsleute
Gerd Birth
Vertrauensmann für den Amtsbezirk Wildenhoff

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

Eröffnungsveranstaltung in der benachbarten Karmelkirche statt.

Programm: Begrüßung durch den Museumsleiter Lorenz Grimoni. Vortrag von Dr. Alexandra v. Knesebeck, Göttingen. Frau von dem Knesebeck hat über Käthe Kollwitz promoviert und ist eine exzellente Kennerin ihres Lebens und ihres Werkes. Schlußworte Klaus Weigelt, Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg

Musikalische Umrahmung: Edith Messing (Klavier) und Friederike Lisken (Cello). Nach der einstündigen Eröffnungsfeier Besichtigung der neuen Ausstellung und Verkauf des Ausstellungskataloges (84 Seiten). Der Katalog kann auch im Museum Stadt Königsberg erworben werden (mo, mi, fr 9-13 Uhr, Frau Fischer, Telefon (02 03) 2 83 21 51.

Die Ausstellung läuft bis zum 13. Januar 2008. Gruppenführungen können unter der oben angegebenen Telefonnummer vereinbart werden.



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Martin Lehmann, Im Taufenbachsgarten 2, 53639 Königswinter, Tel. (0 22 23) 2 45 33, Fax (0 22 23) 90 52 52, lehmann.vinxel@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (0 41 01) 20 09 89, Fax (0 41 01) 51 19 38, E-Mail: manfred.klein.rositten@malletech.de.

Unser Kreistreffen in Verden vom 14. bis 16. September 2007 rückt näher. Liebe Kreis-Preußisch-Eylauer, haben Sie schon Ihr Quartier gebucht? Die Tourist-Info hat die Telefonnummer (0 42 31) 1 23 45, und das Tagungshotel „Grüner Jäger“ (0 42 31)76 50.

Die Fahrt nach Verden lohnt sich, wegen des Treffens mit Bekannten und Neuen, wegen der ostpreußischen Atmosphäre und weil wieder für jeden etwas geboten wird.

Höhepunkte sind sicher der Vortrag **„275 Jahre Trakehnen“** am Freitagabend und „Heiteres und Besinnliches aus Ostpreußen“ von und mit Gerhard Stallbaum am Sonnabendnachmittag.

Zudem zeigt sich das Preußisch Eylauer Heimatmuseum in völlig neuer Gestalt. Auf ein Wiedersehen in Verden freut sich Ihr Kreisvertreter Martin Lehmann.



RÖSSEL

Kreisvertreter: Reinhard Plehn, Georg-Büchner-Straße 66, 40699 Erkrath, Tel. (02 11) 25 32 74 Reinhard.Plehn@t-online.de. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Fox, Tel. (0 40) 5 20 31 91

Neuss – Sonnabend 15. September, Hauptkreistreffen im Berufsbildungszentrum, Hammelfelddamm 2, 41460 Neuss, 10.30 Uhr Ordentliche Kreissitzung in der Aula mit Berichten des Kreisvertreters über die Arbeit im Jahr 2006 / 2007, des Schatzmeisters Lm Siegfried Schrade und der Geschäftsführerin und Redakteurin des Rößeler Heimatboten, Frau Gisela Fox. Anschließend Neuwahlen des Vorstandes. Die Sitzung ist öffentlich. 13 Uhr, Mittagessen, 13.30 Uhr, Treffen mit den Landsleuten aus den Heimatorten in der Aula sowie Treffen der Gemeinschaften der höheren Schulen Rößel. 14.30 Filmvorführung im Nebenraum der Aula, „Die Gedenkstätte im Kreis Rößel“, 17 Uhr bis 23 Uhr, Festlicher Heimat-abend in der Aula mit Tanz, Tombola und Tanzdarbietungen des Tanzsportclub Qurinus und dem Stimmungsduo Alfred und Joachim.

Sonntag, 16. September, 10 Uhr Gottesdienst in der Kapelle des St.- Alexius-Krankenhauses, Alexianerplatz 1, 41460 Neuss. 12 Uhr, Feierstunde in der Aula mit Begrüßung durch den Kreisvertreter Reinhard Plehn, Musik mit dem Männerchor Holzheim 1884 e. V, Gedanken zur Heimat Ostpreußen, Totenehrung, Grußwort von Dr. Hans-Ulrich Klose, stellvertretender Landrat des Rhein Kreises Neuss, Festvortrag von Michael Platzke (BdV Landesverband NRW), 13.30 Uhr Mittagessen, 17 Uhr Ausklang und Schlußwort von Kreisvertreter Reinhard Plehn.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (0 57 33) 55 85. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

Hamburg – Sonntag 18. September, 15 Uhr, erste Zusammenkunft nach der Sommerpause im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

Eine starke Frau

Erna Kannt erzählt die Geschichte ihres Lebens

Unter der Rubrik „Erzählen ist Erinnern“ in der Schriftenreihe des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.“ sind nun die Lebenserinnerungen der ostpreußischen Bundesverdienstkreuzträgerin Erna Kannt erschienen.



Die 1917 Geborene erzählt in „Der lange Weg von Ostpreußen nach Stuttgart – Erinnerungen 1935–2000“ ihr bewegtes Leben. Durch Zufall gelangte die aus bescheidenen Verhältnissen stammende Erna Kannt zu einem Arbeitgeber, der die Anfang 20jährige nicht nur als Arbeitnehmerin, sondern auch als eigene Tochter aufnahm.

Dem kinderlosen, vermögenden Ehepaar gehörte unter anderem ein Feinkostladen in Gumbinnen und so war es ihnen möglich, ihrer Ersatztochter Tennisunterricht zu finanzieren. Erna Kannt schildert ihre Jugendjahre wie in einem Märchen. In Georg fand sie dann auch noch ihren Prinzen, den sie ehelichte und mit dem sie drei Kinder bekam. Selbst im Zweiten Weltkrieg erstahl sich das junge Paar einige Momente des Glücks – bis Georg vermißt wurde und Erna Kannt mit ihren Kindern und Eltern zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen war. Hier sieht die Autorin zwar schreckliche Dinge, bleibt aber aufgrund von Glück und wohl auch ihrem immer wieder beherzten Eingreifen vor schlimmeren bewahrt. In der sowjetisch besetzten Zone findet die Familie für einige Zeit ein neues Zuhause, doch Erna erlebt den politischen Druck von Seiten des Regimes hautnah, und so bleibt ihr nur die Flucht weiter in den Westen. „Der lange Weg von Ostpreußen nach Stuttgart – Erinnerungen 1935–2000“ erzählt kurz, knapp und ohne Pathos vom Schicksal einer starken Frau, die sich nie hat unterkriegen lassen. *Bel*

Erna Kannt: „Der lange Weg von Ostpreußen nach Stuttgart – Erinnerungen 1935–2000“, Scribeo-Verlag, Kassel 2006, broschiert, 98 Seiten, 12,95 Euro

»Meine Heimat Ostpreußen«

Hamburg – Der Schauspieler Herbert Tennigkeit liest Geschichten, Gedichte und Anekdoten unter anderem von Siegfried Lenz und Arno Surminski unter dem Titel „Meine Heimat Ostpreußen – Erinnerung an ein geliebtes Land“. Logensaal der Hamburger Kammerspiele, Hartungstraße 9 bis 11, 20146 Hamburg, Dienstag, 11. und 18. September, 19.30 Uhr, Eintritt 8 / 6 Euro.

Gratulationen



50 Jahre – ein Leben zu zweit
50 Jahre – eine schöne Zeit

Am 31. August 2007 feiern

Reinhard Rüdiger
aus Allenstein/Ostpreußen und

Christel Rüdiger geb. Thurow
aus Ratzebuhr/Pommern
jetzt Selsingen/Niedersachsen

das Fest der goldenen Hochzeit

Es gratulieren ganz herzlich die Kinder und Enkel sowie Helga Rüdiger und Fritz und Helga Thurow

Für unsere Freundin

Charlotte Koss

zu ihrem 100. Geburtstag

am 4. September 2007

die herzlichsten Glückwünsche aus weiter Ferne senden

Hugo und Ruth Roggendorf und die ganze Familie

Concepción de Chile, casilla 831

Zum 75. Geburtstag gratulieren wir

Hannes-Siegfried Czernitzki

aus Prostken, Hindenburgstr. 25a

Alles Gute wünschen

Giesela Czernitzki-Leyk und Kinder

Zur Zeit in Spanien
Telefon 00 34 - 9 77 - 64 30 80

Kulturpreis an Kurt Jurgeit verliehen

Eine Ehre besonderer Art wurde Kurt Jurgeit durch die Landesgruppe Sachsen zuteil. Aus den Händen des Landesvorsitzenden Erwin Kühnappel konnte er den Kulturpreis 2007 der Landesgruppe Sachsen entgegennehmen.

In seiner Laudatio würdigte Erwin Kühnappel die Verdienste Jurgeits.

So führte er aus: „Aus Liebe zu seiner ostpreußischen Heimat, suchte er gleich nach der Wende Kontakt zu gleichgesinnten, heimatverbundenen Landsleuten. Auf sein Betreiben hin fanden sich Landsleute zusammen, um die Gruppe Oelsnitz / Vogtland zu gründen. Kurt Jurgeit wurde zum Vorsitzenden gewählt und übt dieses Amt auch heute noch aus.

Der Erhaltung der ostpreußischen Kultur verschrieben

Die Erhaltung der ostpreußischen Kultur und des Brauchtums ist Inhalt der Heimatnachmittage in Oelsnitz. Jederzeit ist er bereit, bei Versammlungen durch seine humorvollen Darbietungen in ostpreußischer Mundart die Landsleute zu erfreuen. ...“ Kühnappel weiter: „Er führt engagiert seine Gruppe Oelsnitz, unter dem Aspekt der Zusammengehörigkeit, im Sinne unserer geliebten Heimat. Er ist würdig, den Kulturpreis der Landesgruppe Sachsen zu erhalten!“

Diese Auszeichnung war eine sichtlich gelungene Überraschung, die Kurt Jurgeit dankbar und mit großer Freude entgegennahm.

Trost bei Schenkendorf

Lieder und Gedichte als Lebensbegleiter

Von H. PATZELT-HENNIG

Meine erste „Begegnung" mit Max von Schenkendorf hatte ich in Tilsit, wo er als Denkmal auf hohem Sockel stand. Als Siebenjährige sah ich ihn dort im Sommer 1944 zum letzten Mal. Nach der Flucht im folgenden Herbst und der Rükkkehr in die Heimat im Frühjahr 1945 streifte ich Tilsit nicht mehr. Aber Max von Schenkendorf tauchte manchmal durch Wort und Reim in meinem Kinderleben auf, denn mein Großvater bemühte

Erste Begegnung in Tilsit

sich in den folgenden vier erbärmlichen, schullosen Jahren, mir das eine oder andere, was er für wissens- und lernenswert hielt, beizubringen. Es geschah bei Tätigkeiten, in die ich einbezogen wurde. Arbeiten, die dem einzigen Zweck des damaligen Daseins, dem Sattwerden, dienten.

Großvater erzählte Geschichten aus dem Leben wie auch solche, die er noch aus der eigenen Schulzeit im Gedächtnis hatte. Und er sagte auch viele Gedichte auf bis hin zu Sprichwörtern. Außerdem sangen wir oft – meistens Choräle. Sehr gern auch „In die Ferne möcht' ich ziehen" von Max von Schenkendorf. Eine Sehnsucht, die aus unserer Verbannung damals ihre Berechtigung hatte. Max von Schenkendorf war mit dem Anfang eines seiner Gedichte manchmal auch dabei, wenn ich mit Mutter und Großvater vor den Gemüsebeeten kniete oder vor den mit dem Spaten „beackerten" kleinen Landstücken, um auf ihnen das Unkraut zu jäten. Dort hörte ich von Großvater, wenn mich die Lust an der Arbeit gänzlich verließ, immer wieder: „Ein Gärtner geht im Garten, wo tausend Blumen blühn, und alle treu zu warten ist innig sein Bemühn. Der gibt er sanften Regen und jener Sonnenschein. Das nenn ich treues Pflegen. Da müssen sie gedeihn." Wenn es auch nicht ganz paßte, verstand ich doch, was ich verstehen sollte.

Als man uns dann vom großelterlichen Hof, auf den wir zurückgekehrt waren, unverhofft verwies und wir in Ragnit, in einem kleinen zugigen Raum einen argen Winter ohne jegliches Heizmaterial verbrachten, so daß man nicht nur draußen, sondern auch drinnen schrecklich fror, sprach ich aus Sehnsucht nach Frühling und Wärme die folgenden Schenkendorfverse oft still vor mich hin: „Mildes warmes Frühlingswetter, weh mich an du laue Luft. Allen Bäumen

Trostspendende Verse in bitterer Not

wachsen Blätter, Veilchen senden süßen Duft." Ich hatte sie wie vieles andere Gereimte, was Großvater mir nahegebracht hatte, irgendwann auswendig gelernt und handhabte sie jetzt mitunter fast wie ein Gebet. – Und dabei hatte ich sogar das Empfinden von einem kleinen bißchen Erleichterung beim Ertragen der Kälte. Vielleicht durch die gedankliche Ablenkung.

1949 waren wir dann in einem niedersächsischen Dorf angelangt. Und in der kleinen Schule, die ich dort besuchte, lernten wir bald darauf das Lied „Freiheit die ich meine" von Max von Schenkendorf. Dieser Text sprach mich so an, daß ich ihn – und nur ihn – in unserer kleinen Flüchtlingswohnung tagelang trällerte. Meine Begeiste-

Freiheit, die ich meine – Erlebte Wirklichkeit

rung für eben dieses Lied nährte wohl auch zusätzlich der Begriff Freiheit, die mir erst seit einigen Monaten zur erlebten Wirklichkeit geworden war, nachdem wir zwei Grenzen innerhalb eines halben Jahres hinter uns gelassen hatten oder besser gesagt hinter uns lassen konnten.

In den Jahren, die folgten, und durch die weiteren Jahrzehnte tauchte dann in heimatlicher Literatur und entsprechenden Druckwerken immer wieder Max von Schenkendorfs Gedicht „Muttersprache, Mutterlaut" auf, das in so großem Umfang vielleicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg und der Vertreibung seine größte Anerkennung fand.

Was mich persönlich unabhängig von seinem literarischen Werk immer wieder sehr anspricht, sind Worte aus einem Brief von Max von Schenkendorfs an Karoline von Wolzogen vom März 1815. Da heißt es: „... Rückwärts geht Gott und die Zeit nicht – also in Gottes Namen vorwärts." Auf diese Worte griff ich schon so manches mal zurück.



Kein Altenteil: Pillkaller Kleinbahn fährt jetzt durch Niedersachsen. Foto: Privat

Dampfende Jubilarin

Lok der Pillkaller / Schloßberger Kleinbahn feierte 90. Geburtstag

Von JÖRG PETZOLD

Am 7./8. Juli 2007 feierte der Deutsche Eisenbahn-Verein (DEV) im niedersächsischen Bruchhausen-Vilsen den 90. Geburtstag seiner Lok SPREEWALD. Doch der heutige Name der Dampflok sagt nicht die ganze Wahrheit über das Leben der 1917 von der Lokomotivfabrik Jung in Jungenthal bei Kirchen / Sieg gebauten Jubilarin. Zwar war die Maschine von 1947 bis 1970 auf der Spreewaldbahn nördlich von Cottbus im Einsatz. In Dienst gestellt wurde sie aber als Lok 23 der Pillkaller Kleinbahn (ab 1938 Schloßberger Kleinbahn). Hier im Nordosten Ostpreußens versah die Jubilarin zusammen mit vier baugleichen Schwestermaschinen den Dienst auf dem 60 km langen, von der Kreisstadt Pillkallen / Schloßberg ausgehenden Meterspurnetz.

Von Juli 1917 bis Oktober 1944 zog sie Personen- und Güterzüge nach Schirwindt, Schillehnen / Schillfelde–Doristhal und Lasdehnen / Haselberg. Die letzten Wochen stand die Kleinbahnlok dann unter dem Befehl der Wehrmacht, transportierte Militärgüter zur Versorgung der Ostpreußen verteidigenden Truppenverbände und brachte Verwundete zurück. Schließlich verlud man die Maschine und brachte sie nach Mitteldeutschland. Bei Kriegsende befand sich die Lok gemeinsam mit anderen ostpreußischen Kleinbahnfahrzeugen in einem Lager der Organisation Todt bei Finowfurt in Brandenburg. 1947 übernahm die Generaldirektion der Landesbahnen Brandenburg die Maschine für den Einsatz auf der Spreewaldbahn; Anfang 1970 wurde der Betrieb auf der Spreewaldbahn eingestellt. Und auch die Lok mit der Betriebsnummer 99 56 33 wäre sicher auf dem Schrottplatz gelandet, hätte sich nicht der damals noch junge DEV um den Kauf einer Lokomotive der Spreewaldbahn bemüht. Am 4. Juli 1971 traf die zuvor hauptuntersuchte Maschine in Bruchhausen-Vilsen ein und wurde hier auf den Namen SPREEWALD getauft.

Erst nach und nach wurde den Mitgliedern des DEV bewusst, welchen Schatz sie erworben hatten. Doch der neue Namen hatte sich mittlerweile eingebürgert, besonders auch wegen eines Modells der Nürnberger Firma LGB. Eine an sich richtige Umbenennung in PILLKALLEN oder SCHLOSSBERG erschien nicht mehr möglich. Die Stimmen, die sich für eine Umbenennung aussprachen, verstummten jedoch nie ganz. In den Jahren 1991 bis 1996 wurde die Lok einer erneuten Hauptuntersuchung unterzogen. Dabei erhielt sie unter anderem einen neuen Kessel und ihr ursprüngliches Führerhaus zurück. Seither präsentiert sich die Jubilarin weitgehend in dem Zustand, den sie 1917 bei ihrer Indienststellung bei der Pillkaller Kleinbahn hatte. Heute zieht die ostpreußische Kleinbahnlokomotive mit dem brandenburgischen Landschaftsnamen die Züge einer niedersächsischen Museumsbahn. Ihre 8 km lange Einsatzstrecke Bruchhausen–Vilsen–Asendorf liegt nun fast 950 km von ihrer eigentlichen Heimat, von Pillkallen / Schloßberg, Lasdehnen / Haselberg oder Schirwindt, entfernt.

An dem Festwochenende bespannte die Jubilarin zahlreiche Sonderzüge. Abgerundet wurde die Veranstaltung von Fototerminen und einer kleinen Ausstellung zur Geschichte der Lok. Als Gratulanten hatten sich auch einige Ostpreußen eingefunden, die die Pillkaller / Schloßberger Kleinbahn noch aus eigenem Erleben kannten und bei den Fototerminen zahlreiche interessierte Zuhörer fanden.

»Nichts ist mir zu klein«

Samländische Lokalhistorie in Kempowskis Manier

Trüge nicht schon eines der auflagenstärksten „ernsten" Bücher seit 1945, Daniel Kehlmanns „Vermessung der Welt", diesen Titel, hätte ihn der pensionierte Pastor und passionierte Lokalhistoriker Klaus Schulz-Sandhof mit guten Gründen für seine Geschichte des samländischen Kirchdorfes Rudau verwenden dürfen.

2006 erschien der dritte, als „Bausteine zu einer Regionalgeschichte" konzipierte Teil, unter dem etwas melancholischen Rubrum „Abschied von Rudau", und vor kurzem legte der Autor die zweite, „wesentlich verbesserte Auflage" des auf das 20. Jahrhundert konzentrierten zweiten Bandes der Rudauer Ortgeschichte vor.

Bereits beim Durchblättern seines im Atlasformat erschienenen Opus fällt auf, daß Schulz-Sandhof zwar bei Kehlmann den Titel hätte entleihen können, daß er aber methodisch einem anderen Schriftsteller viel näher steht: dem als „Chronisten der Deutschen" gefeierten Walter Kempowski. Ganz in der Collage-Manier des Rostockers, der aus Spielzeugsoldaten und Hochzeitphotos „Erinnerungsanker" verfertigt, geht der 1933 in Königsberg geborene Schulz-Sandhof vor: Heimatgeschichte mit dem Finger auf dem Meßtischblatt. Dabei wird jeder Stein umgedreht, jedes Relikt, vom Kleinbahnfahrschein bis zum Hausgrundriß, findet Beachtung. Wagt man sich hinter Kempowski weit zurück auf den Hamburger Aufklärungspoeten Barthold Heinrich Brockes, diesem „ersten wirklichen Realisten und Kirchenvater der deutschen Naturbeschreibung" (Arno Schmidt), darf der Heimatchronist Schulz-Sandhof sogar gleich ihm ausrufen: „Nichts ist mir zu klein".

Das bewährt sich im dritten Band, der „Gebäude-, Güter- und Einwohnerliste" Rudaus, die aktuelle, von endloser Tristesse zeugende Erhebungen im postsowjetischen Brachland ergänzen. Das bewährt sich aber vor allem vorzüglich im zweiten Band.

Mit kühnen Ausgriffen verknüpft der Chronist hier Heimat- mit Weltgeschichte, wenn er etwa den Bogen schlägt vom „Durchgangslager Rudau" zum Lebensweg des SS-Brigadeführers Otto Rasch.

Ihre Feuerprobe besteht solche Mikrohistorie indes beim „Holocaust am Bernsteinstrand", der Massentötung jüdischer Zwangsarbeiter in Palmnicken Ende Januar 1945.

Diese vom Zeitzeugen Martin Bergau in zwei Büchern beschriebenen Ereignisse scheinen sich in der quellenkritischen Analyse Schulz-Sandhof nun doch anders darzustellen.

Die akribische Rekonstruktion, die weder bei Bergau zu finden ist noch in Aufsätzen von Reinhard Henkys und Andreas Kossert, die primär auf politisch-moralisierende Publikumseffekte spekulieren, läßt erhebliche Zweifel am Tathergang wie an der Opferzahl aufkommen.

War Kossert doch nicht einmal in der Lage, den Dienstgrad der verantwortlichen SS-Charge zu ermitteln, die er nachträglich vom Oberschar- zum „Sturmführer" ernennt, von anderen phantasievollen Ausmalungen und der notorischen „Aufrechnung", wonach dieser Vorfall die Vertreibung rechtfertige, gar nicht zu reden. Gegen solche Legendenbildung im Geist „politischer Korrektheit" erhebt Schulz-Sandhofs „Vermessung" der samländischen „Welt" nun überzeugend Einspruch. *Christian Tilitzki*

Klaus Schulz-Sandhof: „Rudau. Geschichte eines ostpreußischen Dorfes", Teil III: „Abschied von Rudau", 2006 und: Tl. II: „Radau in Rudau", 2., wesentl. verb. Auflage 2007, Drethem: Selbstverlag, je 300 Seiten, reich illustriert

Ein Lehrer alter Schule

Schrullenhaftigkeit und Liebenswürdigkeit zeichneten ihn aus

Von HEINZ KURT KAYS

Karl Friedrich Kilian, Oberstudienrat seines Zeichens, hat mehr als 30 Jahre lang am Aufbaugymnasium zu Hohenstein in Ostpreußen Deutsch und Geschichte gelehrt. Auch für das Fach Geographie war er zuständig. Unter den zahlreichen Schülern, welche der stets engagierte Pädagoge bis zum Abitur geführt hat, befand sich auch Emil von Behring, nach dem die renommierte Anstalt späterhin benannt wurde. Als dieser berühmte Arzt und Naturforscher 1921 den erstmals vergebenen Nobelpreis für Medizin erhielt, da konnte Karl Friedrich Kilian zu Recht behaupten, daß er dazu auch ein ganz klein wenig beigetragen hatte.

Emil v. Behring war einer seiner Schüler

Bei all den völlig unbestrittenen Verdiensten, die man dem Hohensteiner Gymnasiallehrer zubilligen durfte, soll nicht verschwiegen werden, daß ihm auch eine gewisse Schrullenhaftigkeit eignete. Doch tat dies der Beliebtheit von Oberstudienrat Kilian im gesamten Pennal keinen Abbruch. Im Gegenteil, sowohl beim übrigen „Lehrkörper“ als auch bei der überwiegenden Mehrheit der „Zöglinge“ wurde ihm jederzeit die größte Hochachtung gezollt. Und seine kleinen „Absonderlichkeiten“ sind zumeist mit vergnügtem Augenzwinkern hingenommen und als harmlos und liebenswert akzeptiert worden.

Für eine seiner Eigentümlichkeiten war Karl Friedrich Kilian bei nahezu allen Schülergenerationen, die ihm im Lauf seines Pädagogen-Daseins unterkamen, sogar ausgesprochen berühmt. Niemals, wirklich niemals, hat er einen der Quartaner oder Unterprimaner als „faul“ bezeichnet, mochte dieser ein solches Prädikat noch so sehr verdienen. Nein, der Herr Oberstudienrat schaute den „Delinquenten“ in einem derartigen Fall milde strafend durch seine Brille an und erklärte: „Da war einer wieder mal unfleißig!“

Der „Pauker“ Kilian liebte derartige „Un-Wörter“. Und er gebrauchte sie oft und gern, wobei diese in fast allen Fällen ureigenste Erfindung darstellten. Sprach er sie aus, dann dehnte er den Vokal „U“ zudem mindestens auf die dreifache Länge. Das hörte sich etwa so an: „Der Zögling Pokornik war diesmal in Geschichte ziemlich u-u-unschlecht!“ Was beinahe die höchste Bewertung war, welche der Herr Oberstudienrat einem der Gymnasiasten jemals gespendet hat.

Der soeben lobend erwähnte Quartaner namens Pokornik galt ansonsten nicht immer als leuchtendes Vorbild für seine Klassenkameraden. Zu seinen Untugenden gehörte unter anderem, daß er zur ersten Stunde des Tages fast nie ganz pünktlich in seiner Bank saß. Als dies der Fall war, registrierte es Karl Friedrich Kilian sofort und stellte voller Erstaunen fest: „Ein kleines Wunder ist geschehen, denn unser lieber Pokornik ist heute u-u-unspät!“

Selbstverständlich wurden solche originellen Wortprägungen nicht nur im Gymnasium verbreitet, sondern liefen auch durch das ganze Städtchen. Man bestaunte und belächelte sie und so mancher versuchte gelegentlich, diesen Tick des allseits beliebten Lehrers nachzuahmen. Als etwa die Herren Unterprimaner so langsam entdeckten, daß es auch Mädchen auf dieser Welt gibt, da wurden die Marjellen nicht etwa als „hübsch“ oder gar „schön“ bezeichnet, nein, man nannte sie ganz einfach „u-u-unhäßlich“.

Natürlich waren die „Un-Wörter“ nicht die einzige Skurrilität, welche von Karl Friedrich Kilian produziert wurde.

Gelegentlich gelangen ihm so ganz nebenbei Sentenzen, die man hätte getrost als „Hohensteiner Stilblüten“ klassifizieren können. Kleine Kostprobe gefällig?

Sie soll sogleich geliefert werden, wobei man sich eine Unterrichtsstunde in deutscher Literatur vorzustellen hat.

Der Herr Oberstudienrat beliebte vor einer nicht gerade übermäßig interessierten Klasse über das dramatische Schiller-Gedicht mit dem Titel „Der Taucher“ zu dozieren.

Überaus anschaulich schilderte er dabei den brodelnden Strudel des aufgewühlten Meeres sowie die in seinem Abgrund lauernden schrecklichen Gefahren. Ebenso rühmte er mit bewegenden Worten den Todesmut des wackeren Jünglings, der sich dort hineinzustürzen wagte.

Dann tat er – sozusagen im Eifer des Gefechts – folgenden Ausspruch: „Wenn man jemand ins eiskalte Wasser schmeißt, so kann sich dieser ganz schön die Finger verbrennen!“

Kein Wunder, daß diese rhetorische Glanzleistung innerhalb kürzester Frist in der gesamten Bevölkerung des ostpreußischen Städtchens bekannt war. Ob der Sinn oder Unsinn solcher Aussage jedoch überall und von jedem sofort verstanden wurde, soll hier dahingestellt bleiben.

Die Kunst über sich Lachen zu können

Viel eher mochte das wohl der Fall gewesen sein bei einem weiteren Ausspruch, der seinerzeit ebenfalls von unserem Pädagogen überliefert wurde.

Auch Karl Friedrich Kilian passierte es nämlich ab und an, daß er aus der Haut fuhr und sich dabei etwas vergaloppierte.

So donnerte er einmal reichlich unwirsch einer etwas renitenten Sextaner-Klasse diese Weisheit von seinem Katheder herab: „Wie oft muß ich Euch noch erzählen, es gibt keine größere und kleinere Hälfte!“

Er machte eine kleine Pause, blinzelte durch seine dicke Brille und fuhr dann fort: „Aber die größere Hälfte von Euch hört ja sowieso nicht zu, wenn ich was sage!“

Worauf mindestens die „kleinere Hälfte“ der Schüllerschar in schallendes Gelächter ausbrach, dem sich – zu seiner Ehre sei es mitgeteilt – nach einem Momentchen der Verblüffung der Herr Oberstudienrat anschloß. Und das bewies, daß Karl Friedrich Kilian zu jener Sorte von Menschen gehörte, die zwar kleinere Schwächen besaßen, sich derer jedoch bewußt waren und sie auch mit einer gehörigen Portion Humor hinnehmen konnten.

> »Un-Wörter« waren sein besonderes Markenzeichen, und so mancher »Delinquent« bekam eines um die Ohren

Sandige Bucht

Verbundeneheit mit dem Fluß der Kindheit

Von H. PATZELT-HENNIG

Als ich ein junges Mädchen war, gelangte ich nach über einem Dutzend Umzügen, Zwischenstationen und Zwangsaufenthalten in eine Stadt, die an einem Fluß liegt, der sich von einigen Uferbereichen her teilweise mit dem Strom meiner ostpreußischen Heimat, der Memel, vergleichen läßt. Er hat wie dieser manche schöne, sandige, von wispernden Weiden umstandene Bucht, von denen ich eine für mich erkor, wo ich in meiner Freizeit oft gern saß. Das war erholsam, erbaulich und ersprießlich. So empfand ich es. Und das gestand ich mir auch wieder und wieder ein. Doch war das in diesem Umfang immer nur so lange der Fall, bis mich jene Gedanken bedrängten, die mich zu einem Vergleich zwangen. Einem Vergleich zwischen diesem Strom und dem meiner Heimat, in dessen unmittelbarer Nähe ich geboren und aufgewachsen bin.

Die Bilder, die mir kamen, waren nicht zu verdrängen. Der Strom meiner Heimat war breiter. Tiefgründig, gebieterisch floß er dahin. In der wärmeren Jahreszeit trug er Flöße, geleitet von Flößern, deren Lieder uns so fremd waren wie ihre Sprache auch. Und im Winter deckte ihn bis zu vier Monate eine dicke Eisdecke. Beides waren Merkmale, die es hier nicht gibt. Und es gibt in diesem Fluß auch nicht die Quappen, die um die Weihnachtszeit in die Memel zum Laichen kamen. Teilweise armlange, sehr schmackhafte Fische, auf die niemand gern verzichtet hätte. Das waren einige Unterscheidungen. Viele aber kamen aus persönlichem Erleben noch dazu. Nirgends sonst beschleicht mich seit der Vertreibung und der späteren Ausweisung nach unserer Rückkehr in die Heimat das Heimweh so sehr wie an diesem Strom.

Innere Bilder der Vergangenheit

Das blieb so bis zu jenem Sommer, als ich in der kleinen von mir so gern aufgesuchten, abgeschiedenen Bucht nicht mehr alleine saß. Als ich mit dem Mann hier weilte, mit dem ich mein Leben verbringen sollte, da verdrängten die Gedanken an die Zukunft mehr und mehr die Bilder der Vergangenheit. Jetzt aber, nach einem halben Jahrhundert, da ich wieder allein die kleine Bucht aufsuche, sind sie erneut gegenwärtig, die Gedanken an den heimatlichen Strom. Ich sehe im Geiste die Flöße stromabwärts treiben, Frachtschiffe vorüberziehen, auf denen Wäschen flatterte und Kinder spielten, ich sehe einen Dampfer mit den vertrauten Namen anlegen und abfahren.

Strom des Heimwehs

Die Visionen dehnen sich meistens aus. Sie erstrecken sich über gute und schlimme in der Heimat erlebte Zeiten. Und fast immer spielt die Memel dabei eine Rolle.

Alle Bücher sind über den PMD, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 27, zu beziehen.

---

heimlich ausspähen | Beistandsleistung einer Behörde | Stadt am Ganges (früherer Name) | Teil eines Kleidungsstückes | Bratenbeigabe, Soße | eine Ehe für aufgelöst erklären | Seemannslohn | englische Prinzessin | Kanton der Schweiz | diplomat. Vertreter eines Staates | knapp, spärlich | Brauch, Sitte (lateinisch) | männlicher Hühnervogel | exquisit, ausgesucht | dreiviertellanger Mantel | Staat in Ostasien | Begeisterung, Verzückung | Fahndung | Hauptstadt der Bahamas | eine Baltin | Steigerung, Zunahme | ein Apostel | wagemutiger Mensch | Lagerstätte, Magazin | unentschieden (Schach) | Schauspiel | vermuten | Schallbecken aus Metall | Geschwindigkeit, Tempo (englisch) | Seebad in Belgien | besitzanzeigendes Fürwort | Nachlassempfänger | orientalischer Markt | Berufssportler (Kurzwort) | Schubs, Anprall; Stapel | Öffnung im Schiffsdeck | Zugspitzgewässer | poetisch: Kopf | Rennbahn | Greifvogel | Begleitmannschaft | griechische Insel | Herrscherin, Monarchin | ein Pariser Flughafen | Winkelfunktion (Mathematik) | freie Zeit und innere Ruhe | ständig, stets | Versehen, Fehler | Gartenammer | Stadt am Niederrhein | Feuerstelle; Rauchabzug | zutiefst betrübt sein | wertloses Zeug | australischer Wildhund | Gesichtsfarbe | Kunststil | Triumph, Erfolg im Wettkampf | vergangen, verstrichen | Richtschnur | elegant; gewitzt (engl.) | ohne Inhalt | Freiheitsentzug, Haft | Bibliotheksraum | äußerste Armut | weibliche Ziege (südd.) | Adelsprädikat | Globus | kostspielig | norddeutsch für Ried, Schilf | afrikanische Wüste | ein Blutgefäß | Rand eines Gewässers | griechischer Buchstabe | Geldschrank; Bankfach | glätten, planieren | innige Zuneigung | Kontenabschluss | Stockwerk | Körperteil (Wassertiere) | Fluss durch München | Westgermane | Wintersportgerät | luftförmiger Stoff | Babyspeise | italienische Weinstadt | wirklich | chemisches Zeichen für Arsen | verzichten; abdanken | Vulkanöffnung | spanisches Weinlokal | biblischer Prophet | Musikzeichen | Hindernis beim Springreiten

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Nebel, 2. Wurst, 3. Kreis, 4. Haken, 5. Siegel, 6. Karton, 7. Fenster – Brikett

Magisch: 1. Amazone, 2. Azteken, 3. Antenne

Schüttelrätsel

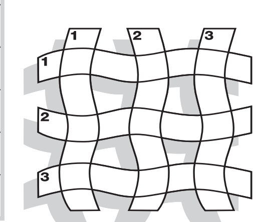
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

KMMRU | EEIR | EELRS | ACHLS | ABEH | DEIN | ELPZ | CHIP | EERTU | ACDEHS | ABEEILMRS | EEMR | ELNZ

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Heizmaterial.

1	BODEN		BANK
2	BOCK		SUPPE
3	HALB		SAEGE
4	ANGEL		NASE
5	DIENST		RING
6	SCHUH		FABRIK
7	DACH		SCHEIBE



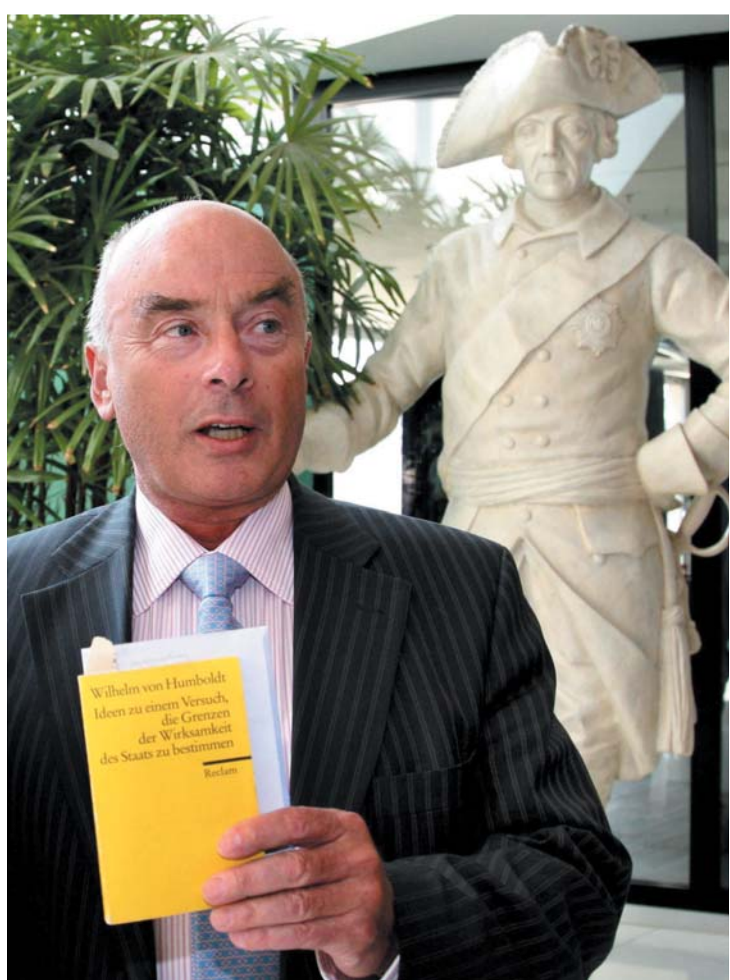
Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Reiterin,
2 mexikanisches Indianervolk,
3 Sende-, Empfangsanlage

Brandenburgs »höchste Anerkennung«

Als 53. Bürger wird Jörg Schönbohm zu seinem 70. Geburtstag mit dem Verdienstorden des Bundeslandes ausgezeichnet



Der 53. Träger des Verdienstordens: Voller Symbolik zeigte sich Jörg Schönbohm zu Beginn der konstituierenden Sitzung der CDU-Grundsatzprogramm-Kommission in Potsdam vor einer Statue Friedrich des Großen und mit Wilhelm von Humboldts Werk „Ideen, zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen" in der Hand. Foto: ddp

Von MANUEL RUOFF

Wenn Jörg Schönbohm einen Tag nach seinem 70. Geburtstag der Verdienstorden des Landes Brandenburg verliehen wird, wird er der 53. sein, dem diese hohe Ehrung zuteil wird. Der Orden ist erst wenige Jahre alt. Das „Gesetz über den Verdienstorden des Landes Brandenburg“ stammt vom 10. Juli 2003, die „Verwaltungsvorschrift des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg zur Ausführung des Brandenburgischen Ordensgesetzes“ vom 26. Juni 2004. „Der Verdienstorden ist die einzige allgemeine Verdienstauszeichnung und somit höchste Anerkennung, die das Land Brandenburg für außerordentliche Verdienste um das Gemeinwohl ausspricht.“ „In einem Kalenderjahr sollen in der Regel nicht mehr als 20 Verdienstorden verliehen werden. Die Zahl der Ordensinhaber soll nicht höher als 300 sein. Der Ministerpräsident ist kraft Amtes Inhaber des Verdienstordens.“ Er ist es auch, der die Auszeichnung verleiht. „Vorschlagsberechtigt sind der Präsident des Landtages für den Landtag und die Mitglieder der Landesregierung für ihre Geschäftsbereiche.“ Im Falle der am 3. September 2007 erfolgenden Ehrung des brandenburgischen Innenministers war dessen Ministerpräsident Matthias Platzeck höchstpersönlich initiativ geworden.

Am 13. Jahrestag des Volksentscheids über die Verfassung des Landes Brandenburg, am 14. Juni 2005, erfolgten die ersten Verleihungen. Seitdem wurden der Autor Günter de Bruyn, der Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, Hans-Joachim Giersberg, und der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, das Ehrenmitglied der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg Gerd Heinrich, ebenso mit dem Orden ausgezeichnet wie der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Hans-Peter von Kirchbach, der ostpreußische Komponist Siegfried Matthus, der ostpreußische Autor und Naturforscher Heinz Sielmann sowie der Historiker und Mitbegründer der Stiftung Genshagen Rudolf von Thadden. Zu den so Geehrten gehört aber auch Manfred Stolpe. Platzecks Vorgänger an der Spitze des Bundeslandes Brandenburg erhielt den Verdienstorden am 14. Juni 2006 und damit 28 Jahre nach der Verdienstmedaille der Deutschen Demokratischen Republik.



Verdienstorden des Landes Brandenburg: Die Ausführung für Herren Foto: Archiv

Da das Mittelstück des brandenburgischen Verdienstordens auf der Vorderseite das Wappentier, den roten Adler, trägt, spricht man auch gerne vom Roten Adlerorden. Mit dieser umgangssprachlichen Bezeichnung wird mehr oder weniger augenzwinkernd an eine Tradition angeknüpft, die ungleich älter ist als das Bundesland Brandenburg und dessen Verdienstorden. Die offiziell Roter Adlerorden genannte brandenburgische und preußische Auszeichnung wurde bereits 1705 durch Erbprinz Georg Wilhelm von Brandenburg-Bayreuth gestiftet. Als Christian Friedrich Karl Alexander 1791 Brandenburg-Bayreuth zusammen mit seinem zweiten fränkisches Markgraftum, Brandenburg-Ansbach, an Preußen verkaufte, wurde auch der Orden preußisch. König Friedrich Wilhelm II. erhob ihn nach dem 1701 gestifteten Schwarzen Adlerorden zum zweiten Ritterorden des Königreichs. Im Gegensatz zum Verdienstorden des Landes Brandenburg, der nur in einer Klasse verliehen wird, war der Rote Adlerorden der deutsche Orden mit den vielfältigsten Abstufungen. Mit der preußischen Monarchie hat auch die Verleihung des Roten Adlerordens 1918 ein Ende gefunden. Insofern kann der Verdienstorden des Landes Brandenburg seine Nachfolge antreten.

Kopenhagen brennt

Vor 200 Jahren überfielen die Engländer die dänische Hauptstadt

Von HANS LODY

Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Was einem Land widerfahren kann, wenn es sich weigert, mit den Angelsachsen ein Kriegsbündnis einzugehen, mußten die Dänen in der napoleonischen Zeit schmerzlich erfahren. Weil das um Neutralität bemühte Dänemark sich weigerte, sich in die von England geführte antinapoleonische Koalition einzureihen, beschlossen die Engländer 1801 etwas, was man je nach Geschmack als Präventivschlag oder Überfall bezeichnen kann. Hierzu entsandten sie 20 Linienschiffe unter dem Kommando von Hyde Parker. Dessen Stellvertreter war der legendäre Horatio Nelson. Am 2. April kam es auf der Reede von Kopenhagen zu einer Seeschlacht. Die Niederlage der von Olfert Fischer geführten dänischen Flotte war vollständig. 1800 dänische Seeleute fanden den Tod, während die Briten nur 264 Gefallene zu beklagen hatten. Nelson führte alle verwendbaren dänischen Kriegs- und Handelsschiffe als Beute weg. Er war es auch, der gedroht hatte, im Verweigerungsfall Kopenhagen mit seiner Artillerie in Schutt und Asche zu schießen. Seine Drohung, die dänischen Schiffe mitsamt den Gefangenen zu sprengen, befand sich auch mit dem damaligen Verständnis der Kriegsführung nicht im Einklang. Sie wird besonders in Dänemark als schwere Verfehlung angesehen, die sich nicht mit dem Image eines Gentleman verträgt.

Nachdem die Dänen ihre Flotte wiederaufgebaut hatten, führten die Briten 1807 einen vergleichbaren Handstreich durch. Am 13. August kreuzte Admiral James Gamier mit einer britischen Flotte vor der Dänenhauptstadt auf. Zusätzlich hatten die Briten diesmal rund 20 000 Soldaten angelandet, um Kopenhagen von der Landseite her abzuschnüren. Eine französische Armee war weit und breit nicht in Sicht, Dänemark stand den Briten ganz allein gegenüber. Am 2. September begannen die Kämpfe. Die britische Marine nahm Stadt und Hafen von Kopenhagen unter intensives Artilleriefeuer. Die von General William Schaw Cathcart kommandierten britischen Landtruppen unterstützten mit ihrer Artillerie von der Landseite her den Beschuß. Die Beschießung der Stadt – unter anderem mit neuartigen Congreve-Raketen – verursachten neben zahllosen Bränden auch erhebliche Verluste unter der Zivilbevölkerung. Das bewußt auf zivile Ziele gerichtete Bombardement war ein Novum in der Kriegsführung. Am 7. September holten die Briten dann zum entscheidenden Schlag aus und zwangen Kopenhagens Verteidiger zur Kapitulation. Die Flotte wurde ausgeliefert. Aber dabei blieb es nicht. Die Briten plünderten die Stadt, sogar das Schiffsbaumaterial der Werften ließen sie mitgehen.

> Im Jahre 1801 hatten die Briten schon einmal zugeschlagen

Nach diesen beiden Angriffen ist der englische Begriff „to copenhagen“ entstanden. Die Briten verwandten den Begriff um anzuzeigen, daß sie gewillt waren, eine wehrlose Marine, eine im Aufbau befindliche Seemacht ohne Kriegserklärung anzugreifen. Insbesondere im wilhelminischen Deutschland bestand die Furcht vor einem derartigen britischen Überfall. Tatsächlich schlug der „Erfinder“ der Großkampfschiffe Lord „Jacky“ Fisher kurz vor dem Ersten Weltkrieg vor, „to copenhagen the German fleet“. Für den vom Admiral vorgeschlagenen Überfall auf Wilhelmshaven mit dem Ziel, die dort im Hafen liegende Hochseeflotte zu vernichten, gab die politische Führung jedoch kein grünes Licht. Statt in Wilhelmshaven durch die Engländer erfolgte die Vernichtung dieser Flotte erst nach dem Ersten Weltkrieg in Scapa Flow durch die Deutschen.

Unbequemer Erzengel

Der 29. September ist der Tag des heiligen Michael

Von MANFRED MÜLLER

Der Erzengel Michael wurde im Verlauf der europäischen Kirchen- und Kulturgeschichte in vielerlei Rollen gesehen. Als Völkerengel, der für das Volk Israel eintrat und es schützte, wurde er zum Schutzherrn des neuen Gottesvolkes, der christlichen Kirche, und so zum Patron des Heiligen Römischen Reiches. Eine Linie, die sich auf verschlungenen Wegen fortsetzt bis zu der Auffassung, Michael sei Schutzpatron Deutschlands und der Deutschen. Im Weltanschauungskampf des Dritten Reiches wurde er insbesondere von der katholischen Jugend in machtvollen Michaelsfeiern als himmlischer Schlachtenhelfer im aktuellen ideologischen Kampf um Rettung angerufen. Vor und nach dem Zweiten Weltkrieg galt Michael als starker Helfer gegen die Gefahren des Kommunismus.

Die Michaelsthematik hat auch für unsere Zeit Bedeutung im Hinblick auf den Kampf der Kulturen und Weltanschauungen, der in manchen Weltgegenden – verdeckt oder offen – schon begonnen hat, in anderen sich abzuzeichnen beginnt. „Quis ut deus“ (Wer ist wie Gott), das ist der Kampfruf der gottgetreuen Engel unter Führung Michaels, dessen Namen aus dem Hebräischen stammt und die wörtliche Wiedergabe dieses Kampfrufes ist. Dieses „Quis ut deus“ im Kampf gegen den apokalyptischen Drachen könnte auch die Fronten klären bei den Bemühungen, die christlich geprägte europäische Kultur und Lebensform zu verteidigen. Hierzu paßt keine feige und schlappe Christenheit, welche die Verleugnung des eigenen Wesens als vermittelnde Geste der Versöhnung ausgibt. Wer sich in einem christlich-islamischen Dialog ängstlich hütet, den dreifaltigen Gott zu bekennen und die Degradierung Jesu zum bloßen Propheten zurückzuweisen, handelt nicht im Zeichen Michaels. Wo auch immer in der Weltbetrachtung, Weltdeutung und Weltgestaltung wichtige christliche Symbole, Rituale, Brauchtumselemente und Werte in multikultureller Zeitgeistverfallenheit ausgeklammert werden, ist Michaels Feldzeichen nicht zu finden.

Die Glaubenskraft und die Intensität der Glaubenspraxis, die viele heutige Muslime auszeichnet, hatte bei unseren Vorfahren durchaus ihre Entsprechungen, ist aber unter heutigen Deutschen weitgehend in Verlust geraten. Ein Vakuum, das für die Ausdehnung des Islam in all seinen Erscheinungsformen beste Voraussetzungen bietet. Aus dem Geiste Michaels ließe sich Abhilfe schaffen.

Ein Vorstoß auf der symbolischen Ebene verdeutlichte vor einiger Zeit, wie scheinbar Nebensächliches eine tiefere Bedeutung hat. In der EU-Metropole Brüssel veranstaltete die Stadtverwaltung einen Ideenwettbewerb und lobte 80 000 Euro Preisgeld aus, um brauchbare Vorschläge für ein neues Emblem der belgischen Hauptstadt zu erlangen. Denn den internationalistischen, multikulturell ausgerichteten Kreisen, die in Brüssel das Sagen haben, ist der Erzengel Michael, der Patron dieser ursprünglich flämischen Stadt, der im traditionellen Emblem als Drachenbezwinger dargestellt wird, anstößig. 1979, bei Brüssels Tausendjahrfeier, wurde noch kräftig mit dem Drachenbezwinger geworben. Nun, im Zeichen von Multikulti, ist dieser Sankt Michael, Leitfigur eines wehrhaften Christentums, untragbar geworden. Auch diejenigen unter uns Heutigen, die nicht mehr wie die Vorfahren glauben können und sich dem Christentum entfremdet haben, müßten bei solchen Vorkommnissen spüren, daß hier ein verhängnisvoller Abbau unserer Kultur und unserer Lebenskräfte begonnen hat, der weit über den Kreis der christlichen Kirchen hinausreicht.

Der Autor ist Verfasser des Buches „St. Michael – ,der Deutschen Schutzpatron'? – Zur Verehrung des Erzengels in Geschichte und Gegenwart“, 2. Auflage, Bernardus-Verlag / Verlagsgruppe Mainz Aachen 2005, 13 Euro.

Wie eine Schutzmauer im Gehirn

Wenn Menschen unter Gefühlsblindheit leiden, und was man gegen diese neurologische Störung tun kann

Von CORINNA WEINERT

Es gibt Menschen, die nicht wissen, was Freude, Trauer oder Wut ist, weil sie Gefühle nicht wahrnehmen können – weder bei sich, noch bei anderen. Wer unter der sogenannten Gefühlsblindheit leidet, hat mit vielen Problemen zu kämpfen.

Renate S. bekam bei der Arbeit plötzlich einen Schwächeanfall. Die Kollegen riefen umgehend den Rettungsdienst und ließen die 42jährige Facharbeiterin ins Krankenhaus bringen. Dort konnte jedoch keine körperliche Ursache festgestellt werden. Erst die psychosomatische Abteilung der Poliklinik, in die man sie überwies, fand die Ursache heraus: Renate S. leidet an „Gefühlsblindheit“.

Bei Alexithymie, so der medizinische Fachausdruck für die neurologische Störung, wissen Menschen nicht, was Emotionen sind. „Die Betroffenen sind unfähig, Gefühle bei sich oder anderen zu erkennen“, erläutert Professor Harald Freyberger, der Leiter der psychiatrischen Klinik der Universität Greifswald. Statt Gefühle wahrzunehmen, werden die Betroffenen krank. Gefühle erleben sie nur als körperliche Symptome: Bauchbeschwerden, beunruhigender Herzschlag oder Schmerzen. Eine unangenehme Prüfungssituation zum Beispiel ruft keine Angst hervor, sondern Magendruck oder Kopfweh. Die Betroffenen stehen dauerhaft unter Anspannung und haben ständig große Mengen von Streßhormonen im Blut. Das bleibt nicht folgenlos: Erhöhter Blutdruck, Depressionen oder Rückenbeschwerden lassen sie von Arzt zu Arzt laufen. Nicht selten werden sie bei somatoformen Beschwerden als Simulanten abgetan oder müssen sich wirkungslosen Therapieversuchen unterziehen.

Alexithymie ist ein in der Öffentlichkeit relativ unbekanntes Phänomen, das aber gar nicht so selten ist. Statistisch gesehen leidet in Deutschland jeder Zehnte darunter, wobei Männer etwa zweimal häufiger betroffen sind als Frauen.

Gefühlsblindheit macht Menschen einsam, denn Gefühle nachvollziehen oder teilen zu können ist die Grundlage einer jeden Beziehung. Kaum ein anderes Phänomen erschwert das Miteinander so sehr wie die Alexithymie. Die Betroffenen haben ein Defizit, das sie schnell ins gesellschaftliche Abseits manövrieren kann.

Menschen kommunizieren nämlich nicht nur mittels Sprache, sondern auch durch Mimik, Gestik und Körperhaltung und transportieren so verborgene Botschaften, die mitunter gar nichts mit der verbalen Aussage zu tun haben. Wer diese Signale nicht deuten und darauf angemessen reagieren kann, steht außen vor.

„Die Betroffenen sind kaum oder gar nicht fähig, sich in ihr Gegenüber hineinzuversetzen“, erklärt Dr. Hans-Jörgen Grabe, der als leitender Oberarzt in der psychiatrischen Klinik der Universität Greifswald tätig ist.

„Menschen mit Gefühlsblindheit, die über ihre Gefühle sprechen sollen, sind vergleichbar mit Blinden, die Farben beschreiben sollen – man verlangt von ihnen über etwas zu sprechen, das ihnen grundsätzlich fremd ist“, erklärt der Neurowissenschaftler und Psychoanalytiker Professor Matthias Franz von der Universitätsklinik Düsseldorf, der sich eingehend mit dem Thema beschäftigt. Übersetzt bedeutet das Wort Alexithymie, das aus dem Griechischen stammt, „keine Worte für Gefühle“.

Alexithymie ist vermutlich nicht angeboren, sondern wird früh im Leben durch bestimmte Ereignisse erworben. Eine Theorie, warum manche Menschen keine Gefühle wahrnehmen, ist die, daß sie als Kind solch eine Fähigkeit nicht entwickeln konnten. Neueste Studien zeigen, daß der Zugang zur eigenen Gefühlswelt wie auch der Zugang zur Gefühlswelt anderer Menschen grundlegend durch die Beziehung von Mutter und Kind geprägt wird. Schon Säuglinge heften normalerweise den Blick an das Gesicht der Mutter, das ihre Empfindungen spiegelt. Weint das Kleine, schaut sie besorgt, beruhigt es und – noch viel wichtiger – verbalisiert seine Empfindungen: „Hast du Aua? Bist du traurig?“ Dadurch lernt das Kind, körperliche Empfindungen zu deuten und Gefühle wie Angst oder Freude mit ihnen zu verknüpfen.

Manche Forscher sind wiederum davon überzeugt, daß die Ursachen für Alexithymie größtenteils in der Erziehung liegen. Grabe erläutert: „Wenn Eltern dem Kind nicht genügend Zuneigung geben oder das Kind zu stark kontrollieren, lernt es nicht, mit Gefühlen umzugehen. Dann kann es das auch als Erwachsener nicht.“ Wie differenziert jemand Gefühle wahrnehmen kann, hat laut Grabe wiederum Einfluß darauf, wie gut dieser mit emotionalen Belastungen fertig wird.

Es ist auch möglich, daß sich Menschen nach einem traumatischen Erlebnis abrupt ihren emotionalen Empfindungen und Wünschen verschließen. Gefühlsblindheit ist dann als Anpassungsstrategie zu deuten, die das Gehirn entwickelt, um vor dem bewußten Erleben negativer Gefühle zu bewahren. „Quasi wie eine Schutzmauer schottet die Gefühlsblindheit den Menschen dann mit Hilfe einer Fehlfunktion im Gehirn ab“, erklärt Grabe. Auch bei Soldaten wurde nach Kriegseinsätzen vorübergehende Gefühlsblindheit festgestellt.

Die Mediziner der psychiatrischen Klinik der Universität Greifswald glauben, daß bei Alexithymie-Betroffenen der Informationsfluß zwischen den Gehirnhälften gestört ist. „An unterschiedlichen Stellen gespeicherte Informationen können offensichtlich nicht mehr zusammengesetzt werden“, so Freyberger. Bedeutung hat das, weil die linke Gehirnhälfte für die sprachliche Verarbeitung der Gefühle zuständig ist, die rechte Seite aber den Gesichtsausdruck anderer Menschen erkennt.

Gehirnuntersuchungen ergaben, daß Funktionsveränderungen in bestimmten Gehirnbereichen vorliegen. In Versuchen wurde die Hirndurchblutung bei Probanden gemessen, die an eine extrem emotionale Situation denken sollten. Es ließ sich feststellen, daß sich das limbische System, das Zentrum der Gefühlsverarbeitung, kaum regte, dafür aber eine ganz andere Region im Gehirn, der Stirnlappen. Er ist in der Lage, die Weiterleitung emotionaler Reize zu unterbinden. Der Ablauf der Gefühlsbildung wird blockiert, emotionale Reize nicht an das dafür zuständige Zentrum der Gefühlsverarbeitung übermittelt.

Die betroffenen Person zeigen dann körperliche Reaktionen, zum Beispiel Bauchschmerzen statt Angst, Schwindel statt Wut. Gefühlsblindheit ist demnach nicht das Fehlen von Gefühlen, sondern ihre Unterdrückung.

Die Psychotherapie hat spezielle Behandlungstechniken entwickelt, bei der intensiv auf den Patienten eingegangen wird.

Im Gegensatz zur klassischen Therapie, bei der sich der Therapeut komplett zurücknimmt, gibt er dem Patienten mit Alexithymie emotional authentisch Rückmeldungen. „Der Therapeut hilft dem Patienten, seine Körperempfindungen als Gefühle zu begreifen und zu lernen, was es zum Beispiel bedeutet, wenn er Herzrasen hat“, schildert Franz.

Die Forschung steckt auf dem Gebiet der Behandlung aber noch in den Kinderschuhen. Nach einem traumatischen Erlebnis kann sich die Gefühlsblindheit wieder etwas zurückentwickeln, sobald die seelische Erschütterung überwunden ist. Für die Mehrzahl der Betroffenen trifft das aber nicht zu.



Erworbene Störung: Nicht jeder Mensch kann Empfindungen wie Freude, Liebe oder Angst ausdrücken. Foto: colourbox

Gefährlich

Allergische Reaktionen auf Henna-Zusatz

Von ROSEMARIE KAPPLER

Drei Jahre nach seinem ersten Hinweis warnt aktuell das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) erneut vor Henna-Tattoos. Das Institut reagiert damit auf die Beobachtungen besorgter Allergologen, die immer öfter Patienten sehen, die allergisch auf Henna-Tattoos, Haarfarben und Textilien reagieren. Oft sei der Allergie-Auslöser ein sogenanntes „Body Painting“. Die filigranen schwarzen Henna-Tätowierungen seien begehrte Mitbringsel aus südlichen Ländern, wo Künstler sie auf Straßen und an Stränden günstig anbieten. Damit die Hennafarbe dunkler und intensiver wirkt, wird ihr para-Phenylendiamin (PPD) zugesetzt. Die Substanz hat ein stark sensibilisierendes Potential, so daß es bei erneutem Kontakt mit PPD zu Allergien kommen kann. In Europa darf para-Phenylendiamin kosmetischen Mitteln zur Färbung der Haut deshalb nicht zugesetzt werden. Im Kosmetikbereich ist die Verwendung auf Haarfarben beschränkt.

Bei Henna handelt es sich um ein Pulver aus den Blättern des Cyperstrauchs (Lawsonia inermis), der unter anderem in Indien, Afrika und auf Sri Lanka heimisch ist. Für Henna selbst ist keine sensibilisierende Wirkung nachgewiesen. Allergische Reaktionen nach Anwendung von Henna werden meist durch para-Phenylendiamin ausgelöst, das der orangegelben Hennafarbe zum Abdunkeln und zur Farbintensivierung zugesetzt wird. Para-Phenylendiamin hat eine stark sensibilisierende Wirkung und kann bei erneutem Kontakt folgenschwere Hautschäden auslösen.

Personen, die einmal gegenüber PPD sensibilisiert sind, können lebenslänglich allergisch auf den Stoff oder auf Farben mit ähnlicher chemischer Struktur reagieren. Sie müssen Produkte meiden, die diese Substanz enthalten. Das ist gar nicht so einfach, weil para-Phenylendiamin außer in Haarfarben auch als Bestandteil von Farbstoffen in dunklen Lederwaren und dunklen Textilien vorkommen kann, in denen es ebenfalls eingesetzt wird.

Gut gemeint, aber ...

Operierte warten zu lange auf Reha und Behindertenausweis

Von NORBERT MATERN

Nach gelungener Operation steht wenige Tage später der Sozialberater der Klinik am Krankenbett des Patienten. Nach den besten Wünschen für schnelle Genesung hat er folgendes mitzuteilen: Ihnen steht ein kostenlose dreiwöchige Reha durch die „Deutsche Rentenversicherung Bund“ zu und „erschrecken Sie nicht, hier sind die Antragsformulare für einen Behindertenausweis“.

Der tüchtige Sozialberater war auch schon tätig. Er bietet dem dankbar überraschten Patienten auch gleich vier verschiedene Rehabilitationskliniken an landschaftlich reizvollen Orten an, dann aber kommt der Pferdefuß: Angetreten werden kann die Rehamaßnahme frühestens in drei Wochen. Vorher ist kein Termin frei.

Das aber, so erkennt der Patient schnell, ist zu spät. Er braucht die Hilfe erfahrener Ärzte und Physiotherapeuten sofort. Es bringt nichts, zunächst drei Wochen daheim zu verbringen. Für den Arbeitgeber bedeutet das, drei Wochen länger auf seinen Mitarbeiter zu warten, für den Pensionär, drei wertvolle Wochen für die völlige Wiederherstellung zu verlieren. Es ist schwer, ohne die internen Abläufe bei der „Deutschen Rentenversicherung Bund“ zu kennen, Vorschläge für eine schnellere Terminzuteilung zu geben. Aber sicher ist die derzeitige Regelung nicht zufriedenstellend.

Die Versicherung ist sich dessen auch bewußt. Jürgen Ritter vom Grundsatzreferat "Recht der Rehabilitation und Teilhabe am Arbeitsleben": „Erfolgt die Einleitung der Leistung zur medizinischen Rehabilitation direkt aus dem Krankenhaus heraus, wird von einer Anschlußheilbehandlung gesprochen. Die Besonderheit dieses Verfahrens besteht darin, daß der Bescheid über die Bewilligung der Rehabilitationsleistung regelmäßig erst dann erteilt wird, wenn sich der Betroffene bereits in der Rehabilitationseinrichtung befindet. Ziel des Verfahrens ist eine schnelle und unbürokratische Versorgung des Patienten in entsprechenden Fällen.“

Das stimmt, ändert aber nichts daran, daß viele Patienten zunächst etwa drei Wochen für die Gesundheit wenig gewinnbringend daheim verbringen. Rund 426 000 Leistungen für insgesamt 1,3 Milliarden Euro hat die „Deutsche Rentenversicherung Bund“ im Jahre 2006 erbracht. Die Patienten danken es ihr.

Zu lange dauert es auch bei der Ausstellung eines Behindertenausweises. Bei dem von uns dokumentierten Fall dauerte es genau drei Monate nach Antragsstellung, bis dem Rekonvaleszenten – es gab einen Zwischenbescheid – mitgeteilt wurde, daß sein Ausweis bei der zuständigen Paßstelle abgeholt werden könne. Nach drei Monaten jedoch haben viele Patienten wohl die schlimmste Zeit hinter sich. Vorher hätten sie gern von ihrem neuen Recht auf einen Sitzplatz in den öffentlichen Verkehrsmitteln oder einem Parkplatz Gebrauch gemacht.

Die Behörde begründet die lange Wartezeit mit der Notwendigkeit, die medizinische Situation zu überprüfen. Sie hat jedoch die Arztbriefe von Klinik und Reha vor sich – was ist darüber hinaus noch festzustellen, um einen meist zeitlich befristeten Ausweis auszustellen?

Alles andere als eingeschlafen oder märchenhaft

Von Helgoland bis zur Zugspitze wird sich vom 14. September bis zum 14. Oktober ein seltsames Gefährt bewegen. „Das BETT“ wird einige Teilstrecken zwar mit dem Schiff oder dem Hubschrauber bewältigen, ansonsten aber wird es von professionell Pflegenden in einer Art Stafellauf von Ort zu Ort geschoben. Der eine oder andere Prominente wird in dem Gefährt, das an den kleinen Häwelmann im Märchen erinnert, liegen oder sitzen und sich zu dem Thema "Pflege" äußern. Denn schließlich ist diese Aktion alles andere als märchenhaft, wollen die Veranstalter, die Stiftung Pflege e.V. in Berlin in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Berufsverband für Krankenpflege e.V. und der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege sowie der Barmer Ersatzkasse, doch auf den Pflegenotstand und auf die Vielfalt der Pflegeberufe aufmerksam machen. – Ein Thema, das alle angeht, kann doch jeder von heute auf morgen zum Pflegefall werden. *SiS*

SUPER-ABOPRÄMIE

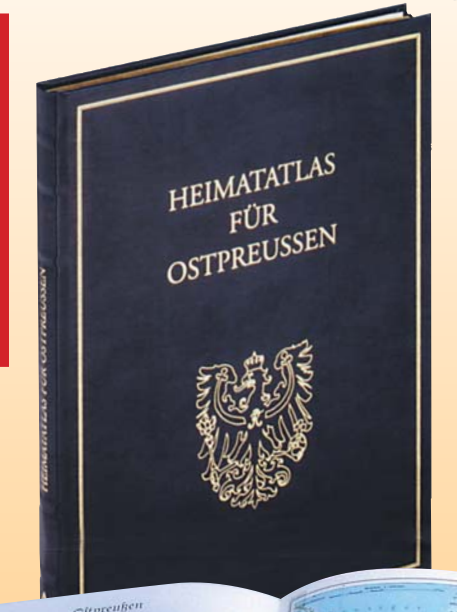
für ein Jahresabo der

Preußische Allgemeine Zeitung – Das Ostpreußenblatt – Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland – Das Ende der Reformen

Ostpreußen in Karten und Bildern

Als Geschenk für Sie:

Dieser wertvolle Heimatatlas von Ostpreußen

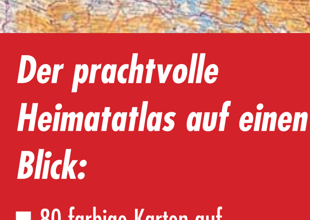


Geliebtes Land zwischen Weichsel und Memel

Einzigartiges Kartenmaterial aus den 30er Jahren hält die Erinnerung an die unvergessene Heimat fest.
Geographische und politische Karten sowie Verkehrs- und Wegekarten ergänzen diesen schönen Atlas.



Kostbare Reprint-Ausgabe des Originals von 1926



Der prachtvolle Heimatatlas auf einen Blick:

- 80 farbige Karten auf 21 Kartenblättern
- mehr als 70 historische Fotos und Porträts
- prachtvolle Farbtafel des Ostpreußen-Wappens
- praktisches Lesebändchen
- edler Bucheinband
- Großformat: 25 x 33 cm
- insgesamt 80 Seiten

Lesen Sie die **Preußische Allgemeine Zeitung**

- **Informationen**, die Hintergründe aufzeigen.
- **Themen**, die Sie woanders nicht lesen.
- **Kommentare**, die aussprechen, was andere verschweigen.

ANTWORT COUPON

Einfach absenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Parkallee 84/86
20144 Hamburg
oder am schnellsten per SERVICE-TELEFON bestellen
Telefon: 040/41 40 08 42
Fax: 040/41 40 08 51
www.preussische-allgemeine.de

Schicken Sie mir bitte die Preußische Allgemeine Zeitung von der nächsten erreichbaren Ausgabe an für mindestens 1 Jahr und zusätzlich die Prämie für z.Zt. nur EUR 99,60 im Jahr (inkl. Versandkosten). Mit dem Bezug der Preußischen Allgemeinen Zeitung werde ich gleichzeitig Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen. Gültig ist der jeweils aktuelle Bezugspreis. Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Für bestehende oder eigene Abonnements oder Kurzzeitabos (unter 12 Monaten) wird keine Prämie gewährt. Im letzten halben Jahr waren weder ich noch eine andere Person aus meinem Haushalt Abonnent der Preußischen Allgemeinen Zeitung. Prämienauslieferung solange Vorrat reicht. Lieferung nur innerhalb Deutschlands.

☒ Ja, ich abonniere für mind. 1 Jahr die Preußische Allgemeine Zeitung und erhalte den Heimatatlas von Ostpreußen

☐ bequem + bargeldlos durch Bankabbuchung ☐ gegen Rechnung
☐ vierteljährlich € 24,90 ☐ halbjährlich € 49,80 ☐ jährlich € 99,60

Name/Vorname: Kontonummer:

Straße/ Nr.: Bankleitzahl:

PLZ/Ort: Geldinstitut:

Telefon: Datum, Unterschrift

PAZ

Das Faß ist leer – Landwirtschaft muß sich wieder lohnen

Betr.: „Der Butter-Schock" (Nr. 31)

Gegen den Vergleich Milchwirtschaft-Ölmultis verwahre ich mich ernsthaft!

Die Milch bleibt erneuerbar. Sie bleibt ein hochsensibles Nahrungsmittel, das nicht beliebig anoder abschaltbar ist.

Das Molkereiwesen besteht in Deutschland aus vielen Betrieben, die überwiegend als Genossenschaft der Bauern die Milch verarbeiten. Fast ein Jahrzehnt waren bestenfalls gleichbleibende Preise am Markt durchsetzbar. Wenn immer mehr Höfe die Milchviehhaltung aufgaben, so hat das doch wohl Gründe. Die Menge der Liter Milch ist seit der Milchquote in Europa gleich, sie wird von den noch existierenden Betrieben genutzt. Für Europa ist die Produktion ausreichend, eine Überschreitung der Menge wird seit dieser Regelung bestraft.

Jetzt hat sich die Marktlage verändert. Alle Milchprodukte von Käse über Butter und Milchpulver werden seit Januar 2007 stark nachgefragt und mit entsprechenden Preissteigerungen exportiert. Die Geschäftsführer unserer Molkereien sind verpflichtet, diese Felder zu bedienen und für ihre Mitglieder möglichst hohe Auszahlungspreise zu ermöglichen. Auf keinen Fall wollen wir noch einmal den Zusammenbruch einer Genossenschaft erdulden, wie es vor rund zehn Jahren in Schleswig-Holstein geschehen ist. Da gingen den Bauern die Genossenschaftsanteile und von zwei Monaten die Bezahlung der angelieferten Milch verloren.

Die Preissteigerungen sind jetzt so deutlich, weil der Verkauf über langfristige Verträge läuft, die jetzt neu ausgehandelt wurden. Wenn die Dürre in Australien – Neuseeland vorübergeht und die Nachfrage in Asien sich etwas beruhigt, muß das durchaus nicht so weiter gehen wie mit dem Öl. Daher kann die Preiskampagne der Mineralindustrie nicht für die Milchwirtschaft gelten. Wir erhöhen nicht am Wochenende! Alle landwirtschaftlichen Produkte sind verderblich!

Nachdem man über lange Jahre die Landwirtschaft ausgenommen hat, ist nun das Faß leer. Bis wir die Menschen und die Betriebe wieder aufgebaut haben, brauchen wir eine klare und verläßliche Vision, die wieder das Leben auf dem Lande erstrebenswert macht.

Karl Feller, Gau-Algesheim

Unglaubwürdige Behauptung

Betr.: Leserbrief „Freiwillig' in die Waffen-SS oder Strafbataillon" (Nr. 31)

Der Leser irrt sich in mehreren Punkten. Er konnte nicht gezwungen werden, nach Kriegsende Mitglied der NSDAP zu werden. Der Fall lag anders. Soldaten, die in die Partei eintreten wollten, konnten erst nach dem Krieg aufgenommen werden. Hitler hatte einen Aufnahmestopp angeordnet, da ihm die immer größer werdende Zahl von Antragstellern nicht geheuer war. Erst recht konnte er an einer erzwungenen Parteimitgliedschaft kein Interesse haben. Den Terminus „Arbeitsbrigaden" gab es beim RAD (Reichsarbeitsdienst) nicht.

Völlig unglaubwürdig ist des Leserbriefschreibers Behauptung, daß Männer bei der Musterung zur Waffen-SS gepreßt wurden, indem man bei Weigerung die Verschickung ins Strafbataillon anordnete. Die Bewährungseinheiten gab es nur für Soldaten, die gegen das Militärgesetz verstoßen hatten. Jede Maßnahme bedurfte einer Untersuchung und eines Urteils der Waffen-SS-Gerichtsbarkeit.

Otto Frommhagen, Schadewohl

Anfänge getan

Betr.: „US-Waffen nach Nahost" (Nr. 31)

Medien errechneten: für 63 Milliarden Dollar. Mit Stationierung eigener Ausbilder in sämtlichen Ländern. Bush will also einen weiteren Krieg in Nahost. Den desaströsen Abzug aus dem zerstörten Irak (mit über einer halben Million Toter) schieben Cheney-Bush der Nachfolge-Administration zu. Sie soll ihn mit ihrem Namen verbinden müssen. Selbst beginnen können sie den nächsten Krieg nicht mehr, ihn zu führen, können sie die Nachfolge-Administration nicht zwingen, ihn sicherstellen aber geht. Also diese Waffenlieferungsverträge.

Zudem: Sie lassen kämpfen, bis eine Seite absehbar verloren hat und die andere erschöpft ist, um dann unverbraucht als Kriegspartei einzusteigen und der Nachkriegszeit ihre Bedingungen zu diktieren. So sind die allerchristlichsten Christen aus Washington, solches die „Werte" ihrer Demokratie.

Gudrun Schlüter, Münster



Kühe machen Arbeit: Milch ist eine sensible Ware, doch die Produzenten fühlen sich nicht entsprechend honoriert. Foto: colourbox

Jodl und Co.

Betr.: Leserbrief „Lenz und Co. einen Strick drehen" (Nr. 30)

Dem Leserbriefschreiber möchte ich raten, einmal einen Blick auf die Uniformen von Generaloberst Jodl oder Generalfeldmarschall Keitel zu werfen. Unübersehbar prangt dort über dem Eisernem Kreuz aus dem Ersten Weltkrieg, bei Keitel über der Wiederholungsspange, das runde Mitgliedsabzeichen der NSDAP. Für jedermann bis heute überprüfbar wird dies durch Fotografien, so zum Beispiel von der Neujahrsgratulation am 1. Januar 1945 oder von der Kapitulationsunterzeichnung in Berlin-Karlshorst am 9. Mai 1945, zirka 0.50 Uhr.

Bei Keitel, eingerahmt von Generaloberst Stumpf für die Luftwaffe und Generaladmiral von Friedeburg für die Marine, ist deutlich das Parteiabzeichen zu erkennen.

Wiederum galt hier einmal mehr: Quod licet Jovi, non licet bovi.

Dr. Werner Heid, Viechtach

Beinahe ausgelöscht worden

Betr.: Leserbrief „Waren wir keine Opfer?" (Nr. 32)

Dieter Pfeiffer hat Recht. Nach dem Brockhaus haben 1932 bei den Reichstagswahlen immerhin mehr als 37 Prozent der Deutschen für die NSDAP gestimmt und sie damit zur stärksten Fraktion im Deutschen Reichstag gemacht. Nun ist Prozentrechnung offenbar nicht jedermanns Sache. Aber so, wie ich es seinerzeit im Dresdner König-Georg-Gymnasium erlernte, waren damit damals 63 Prozent der Wähler gegen die NSDAP. Sie verzettelten sich nur auf alle möglichen anderen Parteien, so daß nach dem Wahlgesetz der Weimarer Republik dennoch die stärkste Fraktion den Reichskanzler stellen sollte, und Hindenburg auf Drängen seines Militärkameraden Franz von Papen Hitler am 30. Januar 1933 dennoch schließlich zum Reichskanzler machte. Während Dieter Pfeiffer für sich bekennt, damals sieben Jahre alt gewesen zu sein, mußte ich noch bis zum 11. Februar 1933 im Mutterleib ausharren, bekam diese Sache also überhaupt nicht mit. Dennoch bin ich als „Deutscher" immerhin so mitschuldig, daß die Anglo-Amerikaner in der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945 versuchten, mich mittels Bomben in Dresden „auszulöschen", was ihnen aber dennoch nicht gelang, weil mein Vater uns riet, in einem Bombentrichter das Bombardement über uns ergehen zu lassen.

Deutsche sind ebenso Opfer der Nazibarbarei und der Folgen des Krieges wie auch andere Nationen. Da gibt es keinen Unterschied. Und wer diesen Unterschied dennoch machen will, der will keinen Frieden, sondern ewig Haß und Zwietracht säen, der will de facto nicht die in mehr als 1000 Jahren gewachsene europäische Einheit der Europäer, der will immer nur Streit sowie Habgier und Neid auf die Arbeitserfolge seiner Nachbarn.

Zu meinen persönlichen Vorfahren gehören sowohl Polen als auch Franzosen und Engländer, Dänen und Schweden, Friesen und Sachsen, Langobarden und Goten. Mein Vater sprach noch perfekt Sorbisch, er war in der Oberlausitz geboren und aufgewachsen. Soll ich mir aber dennoch heute noch Gedanken machen, ob einer davon vielleicht mit dem berüchtigten „Schwedentrunk" einst deutsche Bauern folterte, um Mädchen oder Geld zu erpressen? Ich bin weder verantwortlich noch mitverantwortlich für die (evtl.) Un-Taten meiner Vorfahren, sondern nur für mich selbst. So sind die deutschen Vertriebenen ebenso Opfer wie die polnischen, russischen, ungarischen, litauischen und lettischen. Übrigens sehen das die meisten polnischen Vertriebenen aus Ostpolen ähnlich, die in die einstigen deutschen Ostgebiete nach 1945 ebenso zwangsweise aus ihrer rechtmäßigen Heimat vertrieben wurden.

Hans-Peter Lötzsch, Papstdorf

Politische Korrektheit ist vierte Gewalt im Staate

Betr.: „Flakhelfer im Visier" (Nr. 26)

Seitdem der Schriftsteller Günter Grass 2006 die Öffentlichkeit mit dem Geständnis überraschte, er sei als 17jähriger in die Waffen-SS eingetreten – was dann prompt zu breit angelegten Diskussionen über die Glaubwürdigkeit seiner Person und die seines literarischen Werkes führte –, werden nun systematisch die Lebensläufe prominenter Deutscher durchleuchtet, die sich am Ende des Zweiten Weltkrieges im Alter zwischen 16 und 19 Jahren befanden. Als erstes „erwischte" es die Schriftsteller Siegfried Lenz (geboren 1926) und Martin Walser (geboren 1927) sowie den Kabarettisten Dieter Hildebrandt (geboren 1927), bald danach auch die ehemaligen Bundesminister Horst Ehmke (geboren 1927) und Erhard Eppler (geboren 1926) sowie den 2005 verstorbenen einstigen Regierungssprecher Bundeskanzler Kohls und früheren Chefredakteur einer großen deutschen Boulevardzeitung, Peter Boenisch (geboren 1927), denen 62 Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches vorgehalten wird (bei Boenisch sogar posthum!), noch 1944 in die NSDAP eingetreten zu sein. Weitere „Opfer" werden vermutlich bald folgen; denn nachdem die NS-Vergangenheit aller Deutschen, die bei Kriegsende erwachsen, also älter als 20 Jahre waren, hinreichend untersucht wurde und kaum noch etwas Neues zu erwarten ist, ja diese Jahrgänge mehrheitlich bald ohnehin nicht mehr leben werden, nimmt man nun die Generation der älteren Angehörigen der Hitlerjugend (HJ) der Jahre 1944 und 1945, die damals zumeist als Luftwaffenhelfer dienten, genauer unter die Lupe. Damit stehen zunächst einmal die Geburtsjahrgänge 1926 bis 1929 unter Generalverdacht, wobei für die selbsternannten Nazi-Jäger unter den Journalisten natürlich insbesondere prominente Namen ins Visier des Interesses geraten. Denn auch 2007 ist kaum ein Thema in den Medien so publikumswirksam zu vermarkten wie „Enthüllungen" über die „NS-belastete" Vorgeschichte von Menschen, die einen gewissen Bekanntheitsgrad genießen.

Einige der kürzlich Beschuldigten haben zwar umgehend bestritten, jemals einen Aufnahmeantrag in die NSDAP unterschrieben zu haben, Tatsache ist aber auch, daß die entsprechenden Parteimitgliedskarten im Bundesarchiv existieren; denn während diese noch fast vollständig vorliegen, sind die meisten – eigenhändig unterschriebenen – Aufnahmeanträge nicht mehr vorhanden. Längst ist eine Historiker-Debatte darüber entbrannt, ob jemand in der Endphase des Zweiten Weltkrieges auch gegen seinen Willen, also „automatisch", Mitglied der NSDAP werden konnte, was viele eher bezweifeln (der Autor dieser Zeilen, selbst Historiker, neigt im übrigen ebenfalls dieser Ansicht zu), andere hingegen durchaus für möglich halten. Dies soll aber hier nicht Gegenstand von Erörterungen sein.

Festzustellen ist vielmehr, daß auch im Jahre 62 nach 1945 viele Journalisten immer noch geradezu reflexartig nach vermeintlich belastendem Material Ausschau halten, wenn sie über eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens berichten, die das Pech der zu frühen Geburt (vor 1930) hatte. Gut verdeutlichen läßt sich das etwa am Beispiel von Papst Benedikt XVI.: Kaum war er gewählt worden, fühlten etliche „Schreiberlinge" sich genötigt, den Lebenslauf des Mannes zu durchforsten, der 1927 geboren wurde und damit immerhin etwaiger Jugendsünden verdächtigt werden konnte. Gott sei Dank (!) tauchte dann ja auch noch ein Foto des jungen Josef Ratzinger in der Uniform eines Luftwaffenhelfers („Nazi-Uniform") auf, und nur der Respekt vor seinem Amt hat wohl letztlich dazu geführt, daß diesen „Verdächtigungen" nicht weiter nachgegangen wurde.

Daß die heutige deutsche Bundeskanzlerin früher in den Reihen der Freien Deutschen Jugend (FDJ) des SED-Regimes der DDR diente, gehört inzwischen – zum Glück! – zur Normalität des Alltags, und wer wollte ihr deswegen auch einen Vorwurf machen. Ebenso hat man ja die Person des ehemaligen deutschen Außenministers (1998–2005) Fischer, etwa in seiner Rolle als international geachteter Friedensstifter, hinreichend gewürdigt, wobei unvergessen bleibt, daß er einst der linksradikalen Steinewerfer-Szene der Außerparlamentarischen Opposition (APO) angehörte. Der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Herbert Wehner, war einmal aktives Mitglied der KPD, ehe er sich zum Demokraten wandelte, und auch etliche andere prominente Bundespolitiker der Gegenwart betätigten sich in ihrer Jugend in kommunistischen Organisationen, bevor sie sich von diesen abwandten. Kaum jemand käme auf die Idee, ihnen heute noch ihre „Jugendsünden" als Belastung vorzuwerfen.

Anders hingegen verhält es sich dann, wenn jemand Mitglied der HJ, der NSDAP, der Waffen-SS oder auch im Nachkriegsdeutschland einer rechtsextremen Organisation war; hier gilt die ewige Schuld nach dem Motto „Einmal Nazi, immer Nazi" – von Jugendsünden keine Rede mehr! Wer aber in seinem Lebenslauf eine solch „belastende Vergangenheit" ausklammert, kann sicher sein, unweigerlich ins Netz inquisitorischer Fahnder zu geraten, die letztlich über seinen Ruf entscheiden – streng nach den Gesetzen der politischen Korrektheit einer veröffentlichten Meinung, die längst zur vierten Gewalt im Staate geworden ist (neben Parlament, Regierung und Justiz).

Wolfgang Reith, Neuss

Falschen Albrecht zum Erzbischof gemacht

Betr.: „Kirchberg und Weißenhorn zum Pfand" (Nr. 28)

Daß der Verfasser Albrecht von Brandenburg-Ansbach, den letzten Hochmeister des Deutschen Ordens und ersten Herzog von Preußen, ein ausgewiesener Lutherfreund und Anhänger der Reformation, ausgerechnet zum Erzbischof von Mainz erhebt, ist schon recht abenteuerlich.

Hier liegt offenkundig eine Verwechslung mit Albrecht II. Markgraf von Brandenburg vor, dem zweiten Sohn des Kurfürsten Johann Cicero von Brandenburg, der 1513 Erzbischof von Magdeburg und Administrator von Halberstadt wurde, um schließlich ein Jahr später den Kurerzbischöflichen Stuhl zu Mainz zu ersteigen. Albrecht von Brandenburg-Ansbach hingegen, zwar im gleichen Jahr wie Albrecht II. geboren, war der Sohn Friedrich V. von Hollenzollern, Markgraf von Brandenburg-Ansbach.

Es ist bedauerlich, daß eine Wochenzeitschrift, die sich dem Erbe Preußens verschrieben hat, nicht in der Lage ist, biographische Grunddaten des ersten Herzogs von Preußen zu recherchieren.

Richard Both, Saarbrücken

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Stauffenberg war Motor und Seele, ohne ihn kein Umsturz

Betr.: Leserbrief „Uniform ist historisch falsch“ (Nr. 31)

Tom Cruise als Graf Stauffenberg? Peter Hild hat dankenswerterweise die Person von Schenk Graf von Stauffenberg noch einmal in historischer Hinsicht klar dargestellt. Wer einen solchen Film drehen will, muß sich exakt an Fakten halten, ansonsten sollte man solches unterlassen.

Hier prallen wieder die Meinungen pro und contra 20. Juli 1944 aufeinander. Immer wieder erlebe ich alte Soldaten der Erlebnisgeneration, für die das Urteil feststeht: Feiglinge, Stauffenberg hätte eine Pistole nehmen sollen.

Man muß den Dingen auf den Grund gehen, dann ergeben sich Erkenntnisse, an denen man nicht vorbei kommt. Mit nur noch drei Fingern der linken Hand (Stauffenberg) kann man kein Pistolenattentat ausführen. Stauffenberg war Motor und Seele des Putsches, ohne ihn lief nichts. Hätte sich Stauffenberg in der Wolfsschanze mit in die Luft gesprengt, wäre in der Bendler-Straße in Berlin nichts gelaufen. Erst nach seinem Auftauchen in Berlin kamen die Dinge ins Rollen. Mehrere Mitverschwörer hatten im entscheidenden Augenblick versagt, kein Wunder, in Anbetracht der ungeheuren seelischen und nervlichen Belastung. Es ist eine Tragödie, daß ein schwerkriegsverletzter Offizier das Attentat ausführen mußte, nachdem mehrere vorausgegangene Attentatsversuche scheiterten. Wenn heute die Verschwörer beschimpft werden, wird eines vergessen: Wo waren denn die Generalfeldmarschalle von Bock, von Kluge und von Manstein sowie der Generaloberst Fromm am Putschtag? Sie blieben untätig und griffen zugunsten der Attentäter nicht ein, obwohl sie vorher von den Putschplänen alle Kenntnis hatten.

Man lehnte sich zunächst zurück nach dem Motto: „Mal sehen wie die Sache ausgeht.“ Danach begann das große Sterben, jedes Gefallenendenkmal in Deutschland zeugt davon.

Will noch heute jemand ernsthaft bestreiten, daß im Juli 1944 für Deutschland der Krieg endgültig verloren war.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Hinterhältig und feige

Betr.: Leserbrief „Uniform ist historisch falsch“ (Nr. 31)

Die Behauptung des Leserbriefschreibers, daß Stauffenberg das Deutsche Kreuz in Gold gehabt habe, ist nicht belegbar. In dem Buch „Die Träger des Deutschen Kreuzes in Gold“ (1983) von Horst Scheibert, das alle Träger dieses Ordens auflistet, ist Stauffenberg nicht erwähnt. Vielmehr hatte er das Goldene Verwundetenabzeichen.

Der Schreiber wendet sich gegen die Bezeichnung des Obersten als feigen „Aktentaschenbomber“. Jedoch vermag ein ähnlich gelagerter Anschlag die Hinterhältigkeit und Feigheit der Verschwörer zu verdeutlichen. Am 7. Juli 1944 legten sie bei der Vorführung neuer Waffen in Anwesenheit des Führers drei frontbewährten, ahnungslosen Unteroffizieren mit hohen Auszeichnungen und goldener Nahkampfspange Sprengstoff ins Sturmgepäck. Im geeigneten Moment sollten die drei mit Hitler und Unschuldigen in die Luft fliegen. Kurz vor der Waffenvorführung fuhr Hitler jedoch zum Berghof zurück.

F. K. Pohl, Lüneburg

Alberne Mischform

Betr.: „Grundstein für Hipp-Werk in Heiligenbeil“ (Nr. 32)

In Ihrer Ausgabe habe ich auf Seite 16 folgenden Fehler entdeckt: „Bei einer späteren Erweiterung soll die Produktion auf 200 Millionen Gläschen per anno hochgefahren werden können.“ Das freut mich für Herrn Hipp, den ich auch persönlich kurz kennenlernen durfte, doch muß es richtig per annum oder pro anno heißen. Das von Ihnen gewählte per anno ist leider schlechtes Latein oder einfach eine Mischform aus Italienisch und Latein! Vergleiche Duden, Fremdwörterbuch, wo allerdings nur noch pro anno als aktuell zugelassen wird und Karl Wilhelm Weeber: „Romdeutsch“. Ansonsten habe ich allerdings an Ihrer Zeitung nichts zu bemängeln und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg!

René Schmitz, München



Zu Ehren Stauffenbergs: Bundeswehr-Rekruten stehen im Bendlerblock in Berlin bei einem feierlichen Gelöbnis. Foto: ddp

Wieder neu belebt

Betr.: Preußische Allgemeine Zeitung

Zur *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt*, darf ich feststellen, daß mir keine Zeitung bekannt ist, die allen politischen Widernissen, Fälschungen und Rückgratlosigkeiten mit soviel Mut und Können sowie Entschlossenheit in unserem deutschen Vaterland begegnet, wie die *PAZ*! Das betrifft vor allem das Wort und keineswegs nur die „Idee“ Preußen, sowie die unsäglichen Verbeugungen unserer gesamten Politikerkaste vor dem Trauerspiel ihrer Ergebenheitsadressen östlich in unseren alten Provinzen. Preußen wurde durch diese Zeitung aus dem verordneten Sumpfstatus und Agonie wieder in die Gesellschaftsfähigkeit zurückgeholt. Danke! Mit Hochachtung und Respekt

Reiner Eschweiler, Bonn-Bad Godesberg

»Aktentaschenbomber« ist Verharmlosung

Betr.: Leserbrief „Uniform ist historisch falsch“ (Nr. 31)

Herr Hild reklamiert die Bezeichnung „Aktentaschenbomber“. Der Begriff ist noch eine Verharmlosung für die feige Tat des Ordenträgers. v. Stauffenberg hat billigend den Tod seiner Kameraden in Kauf genommen. Unsere „Gutmenschen“ feiern diesen Attentäter auch noch als Held! Als Mann von Adel hätte er den Führer ja erschießen können – aber nein, feige wie der Adel nun mal ist, wird eine Bombe dem Freund unter den Tisch geschoben und die Flucht ergriffen ...

Auch der Bruder von Graf Stauffenberg, Alexander v. Stauffenberg, in einem Gedenkartikel 1955, war ganz anderer Meinung: „Ein echtes Bild der damaligen Zeit müßte in vielen Farben schillern. Man darf nicht den häufig begangenen Fehler wiederholen, es in einer kruden Schwarz-Weiß-Technik nachzumalen. Es ist ein grober Unfug, sich bis heute vorzumachen, als ob Anhänger des Nazisystems damals alle Teufel, seine Gegner durchweg Engel gewesen wären. Die Wirklichkeit sah anders aus, – das Bild war häufig umgekehrt.“

Wenn Sie über Stauffenberg und seine Mittäter ausführlich berichten, sollten Sie nicht vergessen, zu erwähnen, daß die nicht sofort verhafteten Personen aus dem Kreis der Umstürzler von den Engländern über Rundfunksendungen verraten wurden.

Als Dank dafür bekam Churchill den Karlpreis umgehänigt!

Heinrich Banse, Diesdorf

An restloser Aufklärung nicht interessiert

Betr.: „Verwirrspiel der Opferzahlen“ (Nr. 31)

Das Umfeld des Zweiten Weltkrieges hat vielen Millionen Menschen das Leben gekostet, wobei die Zahl der Toten bei den West-Siegern wohl sicher angegeben werden kann, was bei uns schon schwieriger ist, weil es mächtige inländische Kräfte gibt, die ein Interesse daran haben, die Zahl der deutschen Opfer, wenn man sie überhaupt Opfer nennt, möglichst niedrig zu halten. Wir müssen allein die Bösen bleiben und haben erlittene Tode selbst verschuldet.

Der Sieger im Osten hat mit einer redlichen Aufrechnung seiner Opfer größte Schwierigkeiten, weil viele Opfer auf das Wirken des eigenen Unterdrückungs-Staates zurückzuführen sind. So ist bekannt, daß sowjetische Soldaten auch mit Waffengewalt in den Angriff getrieben worden sind und rücksichtslos auf zurückgehende Rotarmisten geschossen wurde. Auch viele in deutsche Gefangenschaft geratene Rotarmisten haben die deutsche Niederlage nicht überlebt, wurden sie doch zu Landesverrätern erklärt.

Gerade bei uns wird bewußt ignoriert, welche Menschheitsverbrechen von Kommunisten begangen worden sind, was Kommunisten in der Sowjetunion ihren eigenen Bürgern angetan haben. Da ist es dann kein Wunder, daß über das Wie des Sterbens vieler sowjetischer Bürger nie Klarheit herrschen wird, denn auch das heutige Rußland ist an der restlosen Aufklärung nicht interessiert.

Hartmut Evers, Leutkirch

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Wolf Oschlies.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **7236**

Tod der Kameraden in Kauf genommen

Betr.: Leserbrief „Uniform ist historisch falsch“ (Nr. 31)

Hohe Tapferkeitsauszeichnungen sind eine Sache, die Ausführung des Attentats durch Graf v. Stauffenberg steht auf einem anderen Blatt. In der ersten Nachkriegszeit war der Heldenmythos um die Widerständler auch darum nicht sonderlich ausgeprägt.

Dr. Max Domarus in „Hitler, Reden 1932–1945“:

„Charakteristisch war die scharfe Ablehnung, die der beim Attentat schwer verletzte General der Flieger Karl Bodenschatz dem Attentäter zuteil werden ließ: ‚Stauffenberg war ein sehr guter Freund von mir. Ich hielt ihn für einen charakterfesten Menschen, für einen anständigen Kerl. Bis zu jenem Tag wenigstens, an dem er mir die Bombe unter die Füße legte. – Es ist eines deutschen Offiziers unwürdig, so viele seiner Kameraden zu opfern, um einen Menschen zu töten. Außerdem war er ein Feigling, denn nachdem er die Aktentasche zu Füßen des Führers abgestellt hatte, entfernte er sich schnell und weit. Vor allem darf man eines nicht vergessen: Wegen einer wichtigen Angelegenheit mußte Stauffenberg im Mai und Juni (richtiger Anfang Juli) oft stundenlang zum Führer. Da stand er dann Auge in Auge Hitler gegenüber. Da hätte er seinen Plan durchführen können. Allerdings möglicherweise unter Aufopferung seines Lebens. Und das wollte Stauffenberg vermeiden!‘“ Vgl. Interview Bodenschatz in „Der Hausfreund für Stadt und Land“, Nürnberg, Nr. 26 v. 26. Juni 1954.

Bei den jährlichen Gedenkfeierlichkeiten ist das angerichtete Blutbad keiner Erwähnung wert. Schon ohne die vorgesehene zweite Bombe gab es elf Leichtverletzte, sechs Schwerverletzte, zu ihnen gehörte Karl Bodenschatz, vier Tote: Heinrich Berger, Reichstagsstenograph, Rudolf Schmundt, Günther Korten, Heinz Brandt. Auch um sie trauerten und trauern Angehörige und Nachkommen.

Es war übrigens der in das Attentat eingeweihte Generaloberst Fromm, der seine Freunde in höchster Eile dem Erschießungskommando im Bendlerblock auslieferte.

Hanna Schulze, Wittingen

Auch als Werkzeuge mißbraucht

Betr.: „Stardirigent im Antifa-Feuer“ (Nr. 31)

Es gibt eine Pest in deutschen Landen, die sich Antifa nennt. In der sowjetischen Kriegsgefangenschaft waren die deutschen Lagerleitungen 1945 von den Kreaturen der sogenannten Antifa besetzt, sie waren fast immer der Bodensatz menschlicher Wesen, lebten von Verrat und Gemeinheit, sie waren ganz einfach das Letzte. Anders habe ich sie nie erlebt.

Da hat sich bis zur Gegenwart wohl wenig geändert, nur daß sie heute auch als Werkzeuge von Leuten dienen, die nicht besser sind als sie, sich aber nicht die Hände schmutzig machen. Daß ihre Gruppen staatliche Zuschüsse erhalten, diskreditiert die Geldgeber, macht sie zu Mitschuldigen. Daß deutsche Bürger das Recht der freien Meinung haben, wird heute weitgehend unterdrückt oder vergessen. Nur so ist die Verteufelung von Rechts zu erklären, die das ganze Spektrum der Diskriminierungsbegriffe von rechts bis nazistisch-rassistisch umfaßt. Selbst die Union muß sich schon bei Gelegenheit der Rechten zuordnen lassen.

Der Dirigent Rolf Reuter ist eines von vielen Opfern. Und er wird nicht das letzte sein, jedenfalls nicht so lange, bis in unserem Land wieder Anstand und Recht gelten und Meinungsverschiedenheiten im Widerstreit der Meinungen mit Argumenten ausgetragen werden.

Gottfried Temel, Erfurt

Rot-grüner Unrat

Betr.: „Kindesmißbrauch auf Behördenrat?“ (Nr. 32)

Dem Fragezeichen fehlt leider die Berechtigung, denn die Propagierung des sexuellen Mißbrauchs an kleinen Kindern durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung war bereits gegeben und wurde öffentlich erst beendet, als Ministerin v. der Leyen darauf aufmerksam gemacht worden war.

Leider müssen wir aber davon ausgehen, daß der Unrat, der unter rot-grüner Regierung produziert wurde, fortwirken wird, denn er wird ja heute noch von seinen Machern verteidigt, die wohl statt eines Gute-Nacht-Sagens Scheide und Penis ihrer kleinen Kinder streicheln, wenn sie denn welche haben.

Untergehende Kulturen haben ihre Begleitumstände. Dieser Skandal gehört dazu.

Waltraud Schenk, Fürth

MELDUNGEN

Spanien: Bootsflüchtlinge werden weniger

Madrid – Die immer rigideren Maßnahmen der spanischen Regierung zur Abwehr illegaler Zuwanderer aus Afrika zeigen offenbar Wirkung: In den ersten sieben Monaten dieses Jahres sank die Zahl der aufgegriffenen Bootsflüchtlinge auf 5686 gegenüber 13 760 im Vorjahreszeitraum. Nachdem der Zugang über die Straße von Gibraltar, über Ceuta, Melilla, Marokko und Westsahara weitgehend abgeschnitten wurde, blieb den meisten nur noch die lebensgefährliche Route von Mauretanien zu den Kanaren.

Türkei verbietet »Mein Kampf«

Ankara – Auf Drängen Deutschlands hat die türkische Regierung „Mein Kampf“ verboten. Das Hitler-Buch war in den vergangenen Jahren zum Bestseller aufgestiegen und erreichte zeitweise Rang drei der türkischen Verkaufslisten. Der Freistaat Bayern hatte als Inhaber der Rechte an dem Buch geklagt.

ZUR PERSON

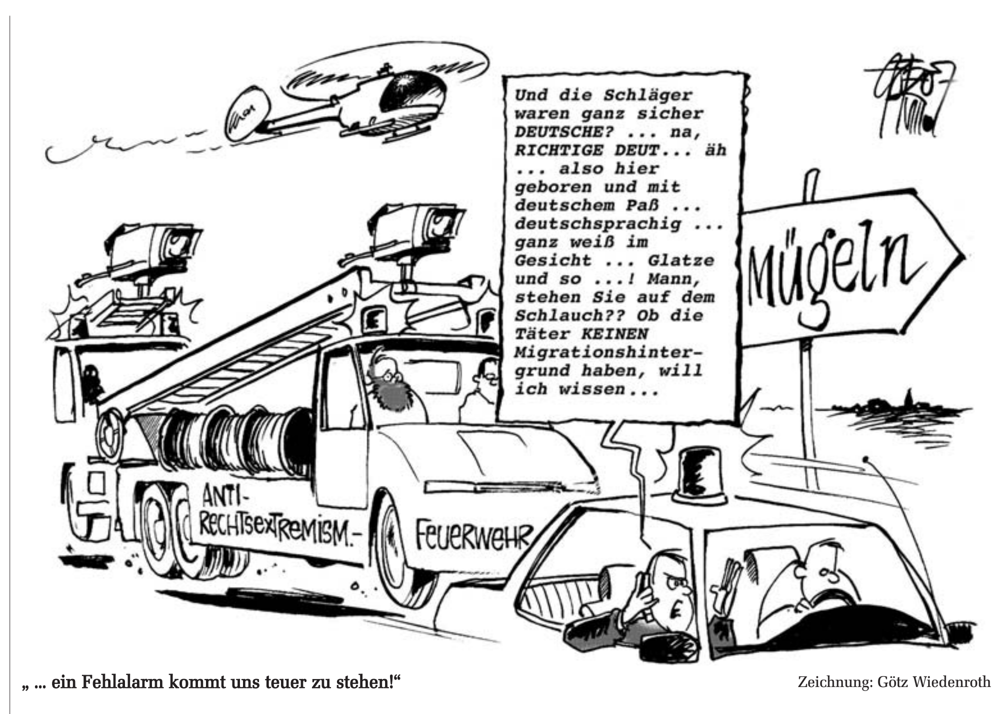
Berufskämpferin gegen Rechts



An der Spitze der hauptamtlichen Kämpferinnen und Kämpfer gegen Rechts steht **Anetta Kahane**. Das Kind jüdischstämmiger Kommunisten, die während der NS-Zeit ins Exil gingen, kam 1954 in Ost-Berlin zur Welt. Kahane studierte Lateinamerikanistik und arbeitete als Übersetzerin.

Nach einem Bericht der „Berliner Zeitung“ arbeitete sie gemäß dem IM-Vorgang V 55/74 unter dem Decknamen „Victoria“ ab 1974 als Inoffizielle Mitarbeiterin fürs Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Erfreut notierte demnach ihr Führungsoffizier Mölneck, daß sie bereits beim zweiten Treffen „ehrlich und zuverlässig“ berichtet und auch „Personen belastet“ habe. In der Tat wurden dann auch etliche der von IM „Victoria“ genannten Personen anschließend vom MfS überprüft. Nichtsdestotrotz behauptet Kahane, niemandem geschadet zu haben. 1982 endete die Zusammenarbeit mit der Stasi, 1986 stellte Kahane einen Ausreiseantrag.

Ungeachtet ihrer Vergangenheit ging Kahanes Karriere nach dem Mauerfall erst richtig los. Nachdem sie sich 1989 beim Neuen Forum in der Arbeitsgruppe Ausländerfragen engagiert hatte, wurde sie im Mai 1990 die erste und letzte Ausländerbeauftragte des Magistrats von Ost-Berlin. 1991 gründete sie in Berlin die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) und überzog anschließend die Neuen Länder mit einem großen RAA-Netzwerk, dessen Geschäftsführung sie übernahm. 1992 rief Kahane den Arbeitskreis Sinti und Roma ins Leben. 1998 gründete sie die Amadeu-Antonio-Stiftung. Zuerst Kuratoriumsvorsitzende ist sie seit 2003 hauptamtliche Vorsitzende dieser Stiftung, der gemeinsam mit der Stiftung Demokratische Jugend die programmatische Verantwortung für das staatliche Programm „civitas“ übertragen wurde. *M. R.*



„ ... ein Fehlalarm kommt uns teuer zu stehen!“ Zeichnung: Götz Wiedenroth

Stäbchen?

Warum wir unsere Kanzlerin genau beobachten sollten, wie wir den Mond befreien, und wozu wir noch »richtige« Deutsche benötigen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Dem Himmel sei Dank sind die Chinesen nicht bloß fleißige Leute, sondern auch ordnungsliebend. Sonst hätte es noch passieren können, daß Ministerpräsident Wen Jiabao die Zettel vertauscht, und seinen Gast aus Deutschland mit dessen eigener Rede begrüßt. Wie kurz vor dem Merkel-Besuch in China bekanntwurde, sind die Chinesen über das, was in deutschen Regierungscomputern an Wissenswertem gespeichert ist, besser informiert, als man es unter „Freunden“ sein sollte.

Seine Neugier auf alles, was andere geheimhalten wollen, hat das Milliardenvolk in ein denkbar schlechtes Licht getaucht. Die Beteuerungen Wens, man wolle beim Spionieren und Kopieren künftig etwas kürzer treten, haben etwas von den Menschenrechtsversprechen eines Erich Honecker. Der „Welt“ ist ein wunderbarer Schnitzer passiert. Als die Zeitung die Zusage des chinesischen Regierungschefs wiedergeben wollte, der eigenen Produktpiraterie das Handwerk zu legen, schrieb der Korrespondent aus Versehen, was er wirklich dachte, nämlich: „Der chinesische Ministerpräsident sagte zu, man werde den Schutz des geistigen Eigentums mit allen Mitteln bekämpfen.“ Bei Wens Dreistigkeit stößt selbst die Geduld von Papier an ihre Grenzen.

Hoffentlich haben die deutschen Geheimdienstler unsere Kanzlerin nach ihrer Rückkehr nach Berlin genau untersucht. Schließlich muß sichergestellt werden, daß es die echte ist und nicht ein eiligst hergestelltes chinesisches Plagiat. Angela Merkel wäre nicht das erste deutsche Spitzenprodukt, daß im Reich der Mitte beinahe originalgetreu nachgebaut würde.

Wir werden genau auf ihre Aussprache achten, Sie wissen schon, die chinesische Malaise mit dem „r“. Auf jeden Fall: Wenn die „Kanzlerin“ in einem Moment der Unachtsamkeit Stäbchen verlangen sollte oder dabei erwischt wird, wie sie heimlich Nudeln aus einem Schälchen schlürft, wissen wir Bescheid und die Falle kann zuschnappen: Der deutsche Zoll wird die Billigkopie umgehend sicherstellen und unter den Augen der deutschen Öffentlichkeit im hellen Sonnenlicht verschrotten!

Oder unter gleißenden Scheinwerfern, denn mit Sonne geizt das Jahr 2007 ja ziemlich. Das mag der Grund sein, warum die Deutschen gerade jetzt einen anderen alten Himmelsfreund wiederentdeckt haben, den Mond. Mit seinem leicht geneigten, melancholischen Blick sieht der ohnehin aus wie ein Deutscher. Auch ist er spröde und etwas blaß, wie viele andere Deutsche auch. Zudem ist der Mond ein treuer Gefährte, der in guten wie in schlechten Tagen bei uns blieb. Und Loyalität gehört ja zu den hervorragenden Eigenschaften der Deutschen, die ihnen selbst ihre Feinde nicht absprechen, wenn sie ausnahmsweise ehrlich sind.

> Wenn nur noch »Migrantenkinder« herumlaufen, wer macht dann bloß den Rassisten?

Allerdings waren die Erddeutschen für den Mond bislang eine herbe Enttäuschung. Schon vor Jahrzehnten, mochte er sich freuen, daß wir ihn bald besuchen kommen, da ja eine Deutscher namens Wernher von Braun das notwendige Verkehrsmittel entwickelte. Ausgestiegen sind dann aber lauter Amis, die nur Steine geklaut und einen beflaggten Schrotthaufen hinterlassen haben. Eine galaktische Enttäuschung!

Nun aber naht die Erlösung. Schon 2012 sollen zwei deutsche Satelliten den Trabanten zärtlich umstreicheln, und 2018 wird der erste Landsmann mit ein bißchen europäischer Verwandtschaft im Schlepptau persönlich zu Besuch kommen. So sehen es Pläne unserer Raumfahrer vor.

Es könnte natürlich auch ganz anders kommen. Niemand sollte sich wundern, wenn kurz vor der europäischen eine chinesische Mission auf dem Erdbegleiter landet, in einer Rakete herangebraust, nennen wir sie „Aliane“, die der unseren verblüffend ähnlich sieht.

Ist aber unwahrscheinlich. Warum? Nun, mit den Plagiaten ist das ja so eine Sache: Die sehen zwar gut aus, taugen aber nichts. Nicht umsonst pilgern jedes Jahr mehr Chinesen nach Deutschland, um hiesige Markenprodukte zu kaufen, nachdem sie der abgekupferte Küchenmixer zu Hause fast skalpiert hätte. Wir dürfen also davon ausgehen, daß „Aliane“ schon kurz nach dem Start zu bollern anfängt, hoffnungslos im All herumeiert und die chinesischen Astronauten statt auf dem Mond auf dem brütend heißen Merkur absetzt, wo sie sich bitte schön die Flossen verbrennen sollen. Wir können es kaum erwarten.

Bis 2012 sind es allerdings noch fünf lange Jahre, von 2018 ganz zu schweigen. Womit beschäftigen wir uns in der Zwischenzeit? Mit Mügeln natürlich. Dort haben ... ach, das wissen Sie ja alles längst. Ursula von der Leyen weiß sogar, warum es östlich der früheren Zonengrenze immer wieder zu solch abscheulichen Taten kommt. Die Leute da sind nicht zivilgesellig genug, hat uns die Familienministerin aufgeklärt. Kaum einer weiß so genau, was sie damit meint, aber es klingt außerordentlich soziologisch und muß daher als wissenschaftlich gesichert angesehen werden.

Andere erläutern uns den Nachteil der „Ossis“ ein bißchen volksnäher: Es gebe da eben zuwenig Ausländer, oder, wie wir heute hauchen: zuwenig Leute mit „Migrationshintergund“ – deshalb der grassierende Rassismus.

Das klingt einleuchtend. Man stelle sich nur eine Keilerei im Festzelt einer westdeutschen Kleinstadt vor. Da messen für gewöhnlich Gangs von Zuwandererkindern ihre Kräfte oder gehen auf die verhuschten Restbestände von Jugendlichen los, deren familiäre Wurzeln noch am Ort des Geschehens liegen. Die Eingeborenen räumen, ganz zivilgesellig, rechtzeitig das Feld oder ... – na, dann sind sie eben selber schuld.

Wie soll sich hier also Rassismus ausbreiten? Der ist schließlich ausnahmslos deutsch. Wenn junge Türken auf Deutsche losgehen und sie dabei mit Kosenamen wie „Scheißdeutscher“ oder „Schweinefleischfresser“ belegen, ist das nämlich kein Rassismus, sondern das Resultat „unserer ungenügenden Integrationsbemühungen“ und der „Tatsache, daß junge Migranten von der deutschen Mehrheitsgesellschaft benachteiligt werden“.

Der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, der Sozialdemokrat Heinz Buschkowsky, verriet einmal, daß etwa 80 Prozent der Gewalttäter in seinem Bezirk Ausländer und rund 85 Prozent ihrer Opfer Deutsche seien. Die zusammengeschlagenen Deutschen sollten sich was schämen, so bei der Integration versagt zu haben. Aber einen Trost hat die CDU-Familienministerin immerhin für sie: Die Neuköllner dürfen sich freuen, in einer funktionierenden Zivilgesellschaft zu leben, auch wenn sie das komplizierte Wort der herausgehauenen Zähne wegen nur noch lispeln können. Das Gegenteil von „zivil“ lautet bekanntlich „uniformiert“. Und Unformierte, Polizisten also, trauen sich schon seit langem nicht mehr (es sei denn, in Kompaniestärke) in gewisse Ecken der deutschen Hauptstadt.

Dem Kampf gegen Rechts, der so vielen Menschen Lohn und Brot beschert, könnte allerdings irgendwann das Pulver ausgehen. Die Kämpfer müssen schon bald in immer entlegenere Käffer pilgern, um eine angemessene Zahl „reinrassiger“ Deutscher aufzuspüren, die für eine kräftige Antifa-Suppe unerläßlich ist. In Städten wie Hamburg, wo mittlerweile fast jedes zweite Neugeborene einen „Migrationshintergrund“ vorweisen kann, gibt es für sie kaum noch etwas zu ernten.

Man stelle sich die Blamage vor: Da haben sie nach langer Suche endlich einen 16jährigen Rassisten gestellt und der rückt plötzlich mit seinem brasilianischen Vater raus! Völlig gleichgültig, wen er warum zur Minna geprügelt hat, als „Rassist“ geht der in keinem Falle mehr durch!

Wahrscheinlich starten um die Zukunft besorgte Stadtregierungen deshalb Programme zur ethnischen Durchmischung sogenannter Ausländerghettos: Man benötigt eben immer noch ein paar „richtige“ Deutsche – für Vorführzwecke sozusagen, im Sinne des Wortes.

ZITATE

Die „Frankfurter Allgemeine“ vom 25. August verurteilt, wie der kleine Ort ***Mügeln*** *nach erprobtem Muster* ***niedergemacht*** *wird:*

„Wo immer es in Ostdeutschland einen Vorfall mit Ausländern gibt, wird daraus eine Schlagzeile ... Die Dramaturgie ist immer die gleiche ... So werden kleine, stille Orte in den Ausnahmezustand versetzt. Bürger und Kommunalpolitiker werden überrollt von den kamerabewährten Feldzügen moralischer Gewißheit im Kampf gegen Neonazis. Was immer die Einheimischen sagen, wird gegen sie ausgelegt.“

Der ***Staatsrechtler Wolfgang Löwer*** *warnt in der „Welt“ vom 28. August davor, die Zuträger der Geheimdienste in den Reihen der* ***NPD*** *„abzuschalten“, um die Partei* ***verbieten*** *zu können. Der letzte Verbotsversuch war gescheitert wegen der vielen* ***„V-Leute“*** *des Verfassungsschutzes in der radikalen Partei:*

„Das sind doch keine Amtsträger, die wie im Kampf gegen die organisierte Kriminalität eingeschleust werden und verdeckt ermitteln. Sondern das sind Leute aus der NPD, die schlicht Kohle brauchen. Die bereit sind, ihre Loyalität zur Partei gegen Geld zu verkaufen. Von diesen Typen mit zwei Schulterklappen kauft der Verfassungsschutz seine Informationen. Die müssen sie abschalten, das ist bei erneuter Verfahrensdurchführung alternativlos.“

Kirtagsrummel

Wir Burschen ziehen immer gern
– am liebsten gleich in Gruppe –
zu Kirchweihfesten nah und fern,
denn wo, ist ziemlich schnuppe.

Nach Mädchen nämlich steht der Sinn,
und nicht bloß sie zu sehen –
da nehmen wir es durchaus hin,
recht weit auf Pirsch zu gehen.

Nur ist nicht jede Biene frei
– das sind des Lebens Tücken –
so gibt's halt eine Keilerei
und zwischen Zähnen Lücken.

Vor kurzem ging es hoffnungsvoll
noch ein paar Länder weiter:
Auch Hindu-Mädel sind ja toll
und Tempelfeste heiter.

O weh – die Hindu-Überzahl
hat dort uns arg verprügelt!
Ich glaub', es gibt dafür lokal
das Hindu-Wort „gemügelt“.

Doch dann – wir hätten's nie gedacht
als gute Taufschein-Christen –
hat man die Täter ausgemacht
als Hindu-Extremisten!

Fakire, Gurus allesamt,
Minister und Verleger,
sie haben vehement verdammt
die eignen Hindu-Schläger.

Die Inder werden mit System
jetzt gründlich umerzogen,
bei Hindu-Kreuzen außerdem
die Enden gradgebogen.

Und seht, es mußte wohl so sein
als Sühne für die Schande:
Man bürgerte uns glattweg ein
im frommen Hindu-Lande ...

Nein, ich gesteh', die ganze Mär
hab' eben ich erfunden –
die Wilderei ist lange her,
die Burschenzeit entschwunden.

Pannonicus